Zweite Ausgabe.

Hallische Zeitung

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark.

Insertionsgebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pf., 15 Pf. für Halle und Regierungsbezirk Merseburg.

Verlag der „Actiengesellschaft Hallische Zeitung". im vorm. G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.) Verantwortlicher Redacteur: In Vertr. A. Goehring in Halle.

№ 91. Halle, Sonnabend den 21. April 1883.

Für die Monate Mai und Juni eröffnen wir ein besonderes Abonnement auf die Hallische Zeitung zum Preise von ℳ 2,00, incl. Postprovision.

Bestellungen nimmt jedes Postamt, sowie die unterzeichnete Expedition entgegen.

Den hinzutretenden Abonnenten sind wir gern bereit, die Zeitung vom Tage der Bestellung ab zu liefern, auch die landwirthschaftliche Beilage, seitdem dieselbe in der landwirthschaftlichen Versuchsstation redigirt wird, sowie den Anfang des Romans „Die Trader" auf Wunsch kostenfrei beizufügen.

Expedition der Hallischen Zeitung.

Die Kaiserliche Botschaft und die Fortschrittspartei.

Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittspartei sucht seinen Gesinnungsgenossen in der Provinz durch ein „Rundschreiben" vorzuspiegeln, daß eine Auflösung des Reichstags zu erwarten sei, und fordert dieselben auf, schon jetzt in die Agitation für die Wahlen zu treten. In diesem „Rundschreiben" werden den Vorständen und Mitgliedern der Wahlcomités gewisse Instructionen über die Auffassung ertheilt, welche die Führer der Fortschrittspartei von der gegenwärtigen politischen Lage haben und verbreitet wissen wollen. Als Ausgangspunkt der ganzen Darlegung dient die Kaiserliche Botschaft vom 14. April, deren sichtlich großen Eindruck im Lande zu verwischen und zu bekämpfen den Herren besonders am Herzen zu liegen scheint.

Einmal wird behauptet, daß nur die Regierung Schuld habe an der bisher noch nicht erreichten Erledigung der sozialpolitischen Vorlagen, indem sie den Reichstag mit so viel aussichtslosen Gesetzesvorlagen überhäuft habe; sodann wird die jetzige Feststellung des Etats auf die Absicht der Regierung zurückgeführt, längere Zeit die Verwaltung, und insbesondere die Militairverwaltung, ohne eine angeblich nur durch die Etatsberathung mögliche Controle zu führen und den Reichstag gewissermaßen bis zum Ablauf der Wahlperiode kaltzustellen; und schließlich wird das Unfallversicherungsgesetz selbst als ein die Interessen und Rechte der Arbeiter schädigendes bezeichnet, welches nach den Grundlagen des Haftpflicht- und Hilfskassengesetzes umgearbeitet werden müsse.

„Die Klarstellung dieses unseres Standpunkt muß bei der beginnenden (?) Agitation der gegnerischen Parteien — so sagt das fortschrittliche „Rundschreiben" — eine wesentliche Aufgabe unserer Gesinnungsgenossen sein." Mit anderen Worten: Tendenz und Inhalt der Kaiserlichen Botschaft soll durch Hervorkehrung jener Gesichtspunkte nach jeder Richtung hin bekämpft werden.

Wie sich aus der gegenwärtigen Lage im Reichstage ergiebt, hat die Fortschrittspartei für diese ihre Anschauungen bei den anderen Parteien (vielleicht mit Ausnahme der Secessionisten) auf keinerlei Entgegenkommen zu rechnen und hat sie deshalb auch den von Herrn Richter angeregten Gedanken des Erlasses einer Adresse an den Kaiser, die etwa die gleichen Ausführungen enthalten würde, nicht weiter verfolgen können. Im „Berl. Tageblt." werden direct die Nationalliberalen dafür „verantwortlich" gemacht, daß dieser Plan hat aufgegeben werden müssen. Daß unter solchen Umständen alle Aussicht zu einer Auflösung, wenn sie je überhaupt vorhanden gewesen, vollständig fehlte, sollte sich doch auch ein Fortschrittler an den fünf Fingern abzählen können. Trotzdem soll, da es mit einer Adresse nichts ist, die Agitation im Volke beginnen, welche versuchen soll, dort das Verständniß für den fortschrittlichen Standpunkt zu verbreiten, welches im Reichstage noch nicht in hinreichendem Maße vorhanden ist.

In welchem Geiste dies geschehen soll, davon geben einige Artikel der Fortschrittspresse Kunde, welche sich erdreistet, der Kaiserlichen Botschaft ein ganz neues Gegengewicht entgegenzustellen: so wird in der Volkszeitung ausgeführt, daß der Reichstag verpflichtet sei, keinerlei Rücksichten zu nehmen, ja es wird sogar der Krone gegenüber die „Souveränität" des Reichstags, sein „heiliges Recht", seine Würde und „erhabene" Stellung ausgespielt.

Angesichts solcher Sinnverwirrung kann es auch nicht Wunder nehmen, daß der Inhalt der Kaiserlichen Botschaft mit den oben erwähnten Einwendungen bekämpft wird, obwohl die völlige Grund- und Haltlosigkeit derselben auf der Hand liegt. Die Gesetzesvorlagen, welche die Regierung dem Reichstage macht, werden doch nicht im Interesse der Regierung oder um den Reichstag zu chicaniren, sondern im wohlverstandenen Interesse des Landes gemacht. Bei den gegenwärtigen Parteiverhältnissen ist gar nicht vorauszusehen, welche Vorlage auf Zustimmung rechnen kann. Die Regierung hat daher allein ihre Ueberzeugung und ihr Gewissen zu Rathe zu ziehen und die Bedürfnisse des Landes, nicht diejenigen der Führer der Fortschrittspartei zu berücksichtigen. Wenn die Berathung der Vorlagen viel Zeit in Anspruch nimmt, so hat hieran die Fortschrittspartei einen großen Theil der Schuld, da sie durch agitatorische Reden und durch das Hineinziehen fernliegender Gesichtspunkte die Debatten in einer Weise ausdehnt, welche einen raschen Geschäftsgang unmöglich macht. Was aber die Ansicht anbetrifft, die Regierung wolle sich der lästigen Controle durch den Reichstag entziehen, so widerlegt die Thatsache, daß der Reichstag im Winter versammelt sein soll und jeder Zeit — jede Vorlage, nicht blos der Etat giebt dazu Gelegenheit — Controle zu üben im Stande ist, diese Insinuation auf das Schlagendste. Wenn freilich „Controle üben" gleichbedeutend sein soll mit dem Halten von agitatorischen Reden gegen den „Militarismus" zu Wahlzwecken, so wird die Fortschrittspartei allerings dazu weniger Gelegenheit finden. Es fragt sich aber, was dem Lande nützlicher ist, sich durch dergleichen unfruchtbare Reden beunruhigen zu lassen oder das Wohl der arbeitenden Klassen eifrig gefördert zu sehen. In allen nichtfortschrittlichen Kreisen kann die Antwort ebensowenig zweifelhaft sein, wie die Ueberzeugung, daß die socialpolitische Reform, wie sie von der Kaiserlichen Botschaft erstrebt wird, eher zum Ziele führen wird, als die Fortbildung der in dem Haftpflicht- und Hilfskassengesetz gewonnenen Grundlagen, die doch nun schon allseitig als zu einer wirksamen Reform ungeeignet erkannt werden.

Es ist zu bedauern, daß die Fortschrittspartei die herrlichen Worte der Kaiserlichen Botschaft mit einem derartigen „Rundschreiben" beantwortet hat; sie hat damit den Kampf gegen den Inhalt der Botschaft aufgenommen, zu ihrem eigenen Schaden: denn es wird ihr bald klar werden, daß sie sich stark in dem Volke täuscht, wenn sie meint, auf solche Weise sich das Herz desselben zu gewinnen.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner ⊙-Correspondent schreibt uns heute:

Die Tage folgen sich, aber sie gleichen sich nicht. Wenn ich noch in meinem letzten Briefe constatiren zu dürfen glaubte, daß auch auf kommerziellem Gebiete die Friedenstendenz die Oberhand zu gewinnen scheine, so daß man mehr und mehr auf einen glücklichen Abschluß der Verhandlungen mit Spanien rechne, so ist diese Zuversicht durch neuere Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg." erschüttert worden, welche mit einer Offenheit und Rücksichtslosigkeit über den Stand der Dinge sich äußert, die kaum noch eine Besserung erwarten läßt. Es wird aus diesen Artikeln sehr klar ersichtlich, daß man den bisherigen Mißerfolg nicht sowohl aus der Unmöglichkeit, sich über den Ausgleich materieller Interessen zu verständigen, herleitet, als aus dem Versuch, politische Fragen in die kommerziellen hineinzutragen. Damit würde eine Muthmaßung bestätigt, welche ich schon früher aussprach, daß in Madrid sich allerlei Intriguen in die Vertragsverhandlungen mischten, und der spanische Gesandte in Paris hat durch ein auffälliges Verhalten dem etwa bestehenden Verdachte neuerdings eine gewisse Bestätigung und Richtung gegeben. An den Veranstaltungen, welche kürzlich in Paris getroffen wurden, um die Geldbeutel der Pariser Gesellschaft zu Gunsten der Ueberschwemmten von Elsaß zu öffnen, Veranstaltungen, welche unter der Firma der Wohlthätigkeit in demonstrativster Weise dem Deutschenhaß fröhnten, — betheiligte sich nämlich von allen diplomatischen Persönlichkeiten nur der Vertreter Spaniens. Sollte aber Paris wirklich das Terrain sein, von welchem aus gegen die Erneuerung des deutsch-spanischen Handelsvertrags operirt worden ist, so wäre damit nur ein neuer Beweis von der Kurzsichtigkeit gegeben, mit welcher man internationale Fragen dort behandelt. Denn sicherlich sollte man dort keine Veranlassung nehmen, gegen Deutschland zu intriguiren, während Frankreichs Isolirung immer deutlicher zu Tage tritt. Wo immer die Anknüpfungspunkte für eine große französische Kolonialpolitik, welche Chalemell-Lacour in's Auge gefaßt hat, gesucht werden, stoßen Frankreich auf Gegner, oder auf eine Beobachtung, welche sich jeden Augenblick in Gegnerschaft verwandeln kann: am Congo, auf Madagaskar, in Ostasien. In England scheint man sogar ein gewisses Behagen daran zu finden, aller Welt klar zu machen, daß Frankreich von den platonischen Freundschaftsversicherungen auch nicht den kleinsten materiellen Vortheil zu erwarten hat; sonst würde es sich in der Libanonfrage, an welcher außer der Pforte selbst nur Frankreich und England ein Interesse haben, nicht bis jetzt von der Uebereinstimmung der Mächte, welchen beizutreten eventuell auch Rußland bereit ist, ausgeschlossen haben. Die Libanonfrage könnte sich sogar in sehr eigenthümlicher Weise verwickeln, wenn die Erklärung Englands sich über den demnächst eintretenden Termin, an welchem die Vollmachten des jetzigen Gouverneurs ablaufen, verzögert.

Im Uebrigen scheint die Botschafter-Conferenz nicht ohne günstigen Einfluß auf die Stellung der Pforte bleiben zu sollen; mindestens ist ja im englischen Unterhause endlich die Erklärung abgegeben worden, daß die Berliner Vertragsmächte zu einer baldigen Regelung der Tributsverhältnisse bereit wären, eine Bereitwilligkeit, welche die Pforte durch ihre Entschließung in der Eisenbahnfrage gewiß nicht unwesentlich gefördert hat; wenigstens in Bezug auf Oesterreich. Daß übrigens durch die Bestimmung wegen des Anschlusses die Schwierigkeiten der Ausführung noch sehr wenig erleichtert werden, ist ziemlich einleuchtend. Die nächste Frage ist: wer soll bauen? Und schon an diese Frage knüpfen sich so viel große finanzielle Interessen und Nebenbuhlerschaften, daß an einen Ausgleich derselben nicht so bald zu denken ist.

Nachdem am 5. Juni v. J. bekanntlich die Berufszählung im deutschen Reich stattgefunden hat, sind durch den gegenwärtigen Reichshaushaltsetat die Mittel bewilligt worden, um auf Grund jener Zählung eine landwirthschaftliche und gewerbliche Betriebsstatistik herzustellen, und der Bundesrath hat nunmehr die in den berufsstatistischen „Bestimmungen" vorbehaltene Entschließung über die weitere Verwendung des Urmaterials zu treffen. Bereits im Sommer v. J. waren von den in Kassel versammelt gewesenen Vorständen statistischer Centralstellen Formulare zu den Uebersichten der landwirthschaftlichen und gewerblichen Betriebe in Vorschlag gebracht worden. Die bei der Bearbeitung des berufsstatistischen Urmaterials inzwischen gemachten Erfahrungen ließen indessen einige Abänderungen bezw. Ergänzungen wünschenswerth erscheinen, welche durch den Direktor des Kaiserl. statistischen Amts unter Zustimmung sämmtlicher an der Bearbeitung des Urmaterials betheiligten statistischen Büreaus bewirkt worden sind. Die abgeänderten bezw. ergänzten Formulare sind jetzt nebst einem erläuternden Bericht des Direktors des statistischen Amts dem Bundesrath zur Beschlußfassung zugegangen. Das erste Formular dient zur Aufnahme einer Uebersicht, welche die auf die unentbehrlichsten Daten beschränkten Nachweisungen der Berufsverhältnisse mit denjenigen territorialen Unterscheidungen liefern soll, die gemacht werden müssen, um die charakteristischen Verschiedenheiten zwischen den Gegenden des Reichs hinsichtlich der Erwerbsthätigkeit ihrer Bevölkerung darstellen zu können. Die Uebersicht nach dem zweiten Formular soll die bei der Berufszählung im Formular II. des Zählbogens gemachten Angaben über die landwirthschaftlichen Betriebe, deren Verwerthung durch die seitherigen Beschlüsse des Bundesraths noch nicht angeordnet ist, zusammenfassen. Zwei weitere Formulare sind zur Darstellung der gewerblichen Betriebe bestimmt, und zwar soll die sachlich ausführlichere eine Uebersicht nur für die Staaten im Ganzen, bezw. das Reich, die sachlich beschränktere andere Uebersicht für die größeren Verwaltungsbezirke und die einzelnen Städte von 100,000 oder mehr Einwohnern ausgestellt werden. Der Reichskanzler bemerkt bei der Vorlegung der Formulareund der dazu gehörigen Denkschrift noch, daß der Werth der zu beschaffenden Angaben noch wesentlich erhöht durch das zweite Formular würde, wenn auch eine nähere Ermittlung der Waldflächen des deutschen Reichs nach Besitzständen und Größenklassen durch ent sprechende Erweiterungen der die Anzahl der Forstbesitzer und die Größe der Forst- u. s. w. Flächen umfassenden Spalten des Formulars stattfände. Auf diese Weise würden zunächst für die „Wirthschaften (Haushaltungen) mit landwirthschaftlichem Betriebe, einschließlich der landwirthschaftlichen Betriebe von Gemeinden" die erforderlichen Angaben erzielt werden. Wenn dann noch für die übrigen Forsten, deren Besitzer keinen landwirthschaftlichen Betrieb im Zusammenhang mit den Forsten haben, also namentlich für die Staats- und isolirten Stiftungsforsten, für einen Theil der Kommunal- und Privatwaldungen ergänzende Erhebungen nachträglich stattfänden, so würde ohne große Mühe eine, wenn auch vielleicht nicht ganz genaue, so doch immerhin brauchbare Forststatistik nach Besitzständen und Größenklassen sich herstellen lassen. Damit würde einem Mangel abgeholfen werden, welcher gerade in der letzten Zeit sich fühlbar gemacht hat.

Ein in der Rechnung über das Etatsjahr 1879—80 ausgeführtes Abkommen der Telegraphenverwaltung mit einer Aktiengesellschaft zur Legung eines unterseeischen Kabels zwischen Deutschland und Norwegen, welches ähnlich dem von der Postverwaltung angewandten System beim Bau von Postgebäuden ist, giebt dem Rechnungshof des Reiches Veranlassung zu folgenden Bemerkungen: „In diesem Abkommen wird, wenngleich das Reichspostamt solches nur als einen Pachtvertrag betrachtet wissen will, in der Hauptsache ein Kaufvertrag nicht zu verkennen sein, inhalts dessen der Kaufpreis in Ratenzahlungen abzutragen, der Kaufgelderest aber verzinst wird. Hiermit ist aber ein Schuldverhältniß eingegangen, welches ohne vorgängige Genehmigung der gesetzgebenden Faktoren unzulässig ist."

Wie gemeldet, hat ein Mitglied der Commission für die Ausarbeitung des Entwurfs eines Deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs beim Bundesrath den Antrag gestellt, aus seiner Stellung als Mitglied der Commission entlassen zu werden. Wie wir erfahren, ist dies der Geheime Rath, Professor Dr. v. Windscheid in Leipzig, welcher mittels Gesuchs vom 18. März d. J. beantragt hat, aus dieser Stellung zum 1. October d. J. entlassen zu werden. Da die Versuche, Herrn v. Windscheid zu einem längeren Verbleiben in der Commission zu bestimmen, erfolglos geblieben sind, so wurde in der Bundesraths-Sitzung vom 11. d. M. auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, das Gesuch dem Ausschusse für Justizwesen zu überweisen.

Aus den Städten des Regierungsbezirks Marienwerder erfährt man, daß die Bildung von reorganisirten Innungen daselbst rüstig fortschreitet. Bis Ende Januar sind die Statuten von 18 Innungen in den Städten D.-Eylau, Riesenburg, Konitz und Schlochau vom Bezirksrath bestätigt worden; andere Innungsstatuten sind in Vorbereitung. Man hofft in den Handwerkerkreisen immer lebhafter, daß durch die neuen Innungen ein Aufschwung des Handwerks erfolgen werde. Die pekuniäre Lage des kleinen Handwerkes ist zwar zur Zeit noch keine glänzende, jedoch weisen die kleinen Sparkassen, welche vorzugsweise zur Anlegung der Sparpfennige des Handwerks und Kleinbürgers dienen, einen erfreulichen Fortgang auf. So hat sich z. B. bei der Sparkasse der Stadt Thorn im verflossenen Jahre die Einzahlung um 16,313 ℳ, der Reservefonds um 3964 ℳ gegen das Vorjahr gehoben.

Ueber den in Folge des neuesten parlamentarischen Skandals in Budapest vielgenannten Abgeordneten Füzessery wird uns geschrieben:

In Füzessery hat man es mit dem Typus jener „verachtundvierziger Magyaren" zu thun, die bis auf den heutigen Tag noch im ungarischen Abgeordnetenhause als ganz kleines Ueberbleibsel sitzen. Die jüngst im Schooße der äußersten Linken stattgehabte „Versöhnung" erweist sich verhängnißvoll genug. Die Partei hat längst aufgehört, ein positiver Faktor in der ungarischen Legislative zu sein, da sie sich jedem modernen Reformgedanken auf's Hartnäckigste widersetzt. Die gebildeteren Elemente dieser Partei, zu denen auch der angegriffene Polonyi gehört, suchen nach einem Ausweg, um dem Parteiverdande zu entkommen, finden aber einen solchen nicht, während die „Wilden" fortfahren die Hetze und den Minenkrieg auch unter sich zu betreiben, als deren würdiger Ausdruck auch der letzte Skandal gelten mag.

Die Engländer sind unausgesetzt bestrebt, ihre Kolonialmacht zu erweitern und wo immer sich ihnen eine Gelegenheit bietet, neue Territorien der britischen Krone zu unterwerfen. In der letzten Zeit hat die Regierung die Kolonie Queensland, Neu-Guinea, die größte Insel Australiens und eine der größten der Erde, in Besitz genommen und empfängt dafür von der Londoner Presse den Zoll uneingeschränkter Anerkennung. Die „Morningpost" weiß zu berichten, daß die Regierung von Queensland sich zu dieser Annexion schnell entschloß, weil sie aus Andeutungen einer deutschen Zeitung den Argwohn schöpfte, Deutschland habe auf Neu-Guinea sein Auge geworfen und gehe mit dem Gedanken um, dasselbe zu einem „zweiten Java" zu machen, außerdem hätten auch Holland und Italien in Bezug auf diese Insel Annexionsgelüste gezeigt. — Die Kolonisten haben daher rasch zugegriffen in der sicheren Voraussicht, daß die Regierung des Mutterlandes diesen Schritt gutheißen und die Herrschaft über die Insel annehmen werde.

Eine andere Annexion hat die Londoner Regierung direkt unternommen. Lord Derby, der Staatssekretär für die Kolonien, hat den Gouverneur der westafrikanischen Kolonie, Havelock, er-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818830421 2-11/fragment/page=0001

mächtigt, ein namhaftes Länderegebiet, das sich von britisch Sherber bis nahe an die Grenze von Liberia erstreckt, zu annektiren. Die Proklamation der Königin wurde wie des „Daily News" gemeldet wird, bereits veröffentlicht. Das abgetretene Gebiet erstreckt sich vom Meere eine halbe Meile nach dem Inlande zu und umfaßt auch alle Sandbänke, Inseln und Flußufer, welche früher unter der Herrschaft der eingeborenen Könige standen. Dies sichert England die vollständige Kontrole in diesem Gebiete, welche sich die Franzosen in ähnlicher Weise im Norden von Sierra Leone zu verschaffen wußten.

Der Sultan hat den größeren Theil der Veränderungen genehmigt, welche die Militair-Commission unter dem Vorsitz Mukhtar-Paschas an dem von den Mitgliedern des Deutschen Comités für die Reorganisation der Türkischen Armee ausgearbeiteten Plane vorgeschlagen hatte. Den eingeführten Reformen zufolge wird der Militairdienst für alle muselmanischen Unterthanen obligatorisch gemacht. Christen bleiben vom Heeresdienste gegen Zahlung einer festgesetzten Summe befreit. Erhebliche Veränderungen sind in dem Avancements-System der Armee eingeführt worden. Die Armee wird in 12 Territorial-Departements eingetheilt. Jedes Armeecorps wird aus einer Division Nizams (active Truppen) und einem Corps Redifs ersten Aufgebots zusammengesetzt sein, während eine Division zweiten Aufgebots die Reserve des Armeecorps bildet. Die Cavallerie und die Artillerie werden ebenfalls zwischen diesen Corps vertheilt sein.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, den 19. April.

— Der Kronprinz wird sich am Sonnabend früh zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Schwerin begeben und Abends wieder nach Berlin zurückkehren. Am Dienstag nahm der Kronprinz militärische Meldungen entgegen. An Baßtage Vormittag wohnte der Kronprinz dem Gottesdienste in der Nicolaikirche bei. Nachmittags fuhren der Kronprinz, die Kronprinzessin und die Prinzessinnen Victoria, Sophie und Margarethe nach Potsdam. Dort statteten dieselben zunächst der Prinzessin Wilhelm einen Besuch ab und unternahmen dann eine Promenade durch die neuen Anlagen. Der Kronprinz begab sich dann sofort nach dem Kunstgewerbemuseum und empfing dort die Kaiserin, welche er dann bei dem Rückgange zur Besichtigung der silbernen Hochzeitsgeschenke geleitete. — Heute Vormittag 10 Uhr begab sich der Kronprinz nach dem Exercierplatz bei Moabit.

— Der Kronprinz hat am Sonnabend den Professor Dr. Hans Prutz aus Königsberg empfangen. Prof. Prutz hatte die Ehre, seine eben erschienene und dem Kronprinzen gewidmete „Kulturgeschichte der Kreuzzüge" zu überreichen.

— Heute, am 20. April, ist der Geburtstag des kürzlich in Ruhestand getretenen Staatsministers und Chefs der Admiralität v. Stosch und heute empfängt derselbe das ihm von den Officieren und Beamten der Admiralität, soweit dieselben selbstständig den Decernaten vorgestanden haben, übersandte Album, das, ein Meisterwerk an sich, nicht verfehlen dürfte, auf den Empfänger einen tiefen Eindruck hervorzurufen, sowohl durch die künstlerische Ausführung, wie auch die mit der Spende zu Tage getretene Verehrung und Anhänglichkeit. In dem Album — von der bekannten Berliner Firma Collin angefertigt — sind die in groß Cabinetformat ausgeführten Photographien der Spender enthalten. Dem Album liegt eine Adresse mit folgendem Wortlaut bei:

Zum 20. April 1883.

Die Offiziere und Beamten der Admiralität, welche bei dem Scheiden Eurer Excellenz aus dem bisherigen Wirkungskreise die hohe Ehre hatten, sich unter Eurer Excellenz einsichtsvollen und genialen Leitung an den Arbeiten betheiligen zu können, durch welche Eure Excellenz sich um die Entwickelung unserer Marine so hoch und dauernd verdient gemacht haben, nahen sich an dem heutigen festlichen Tage Eurer Excellenz mit der tiefgefühlten Bitte, als ein äußeres Zeichen ihrer hohen, aufrichtigen Verehrung, ihrer wärmsten und treuesten Anhänglichkeit Eurer Excellenz das beifolgende, mit den Bildnissen der Betreffenden versehene Album zur freundlichen Erinnerung an dieselben darbringen zu dürfen.

Sie knüpfen daran den bescheidenen Wunsch, daß es Eurer Excellenz noch recht lange Jahre hindurch beschieden sein möge, im frohen Familienkreise sich alles dessen zu freuen, was Eure Excellenz in elfjähriger rastloser Thätigkeit zur Förderung und zum Gedeihen unserer Marine geschaffen haben und zu schöner Frucht fernerhin alle die Liebe reifen zu sehen, welche Eure Excellenz in die Gemüther Ihrer Untergebenen zu legen in so besonderer Weise verstanden haben.

Im Namen und im Auftrage der Betheiligten

Livonius,

Contre-Admiral und Director in der Admiralität.

— Dem früheren Chef der Admiralität, Staatsminister Stosch, wird eine eigenartige Ovation bereitet werden. Eine Anzahl großer Eisenindustrieller des Rheinlands hat in Berlin vor acht Tagen eine Zusammenkunft abgehalten und auf Anregung der Firmen Krupp und Hamiel u. Luig in Düsseldorf beschlossen, dem ehemaligen Chef der Admiralität eine kunstvoll ausgestattete Adresse zu widmen, für welche die beträchtliche Summe von 36,000 ℳ aufgewendet werden soll. Zwei der namhaftesten Künstler sind bereits aufgefordert worden, entsprechende Entwürfe anzufertigen.

— Die philosophische Fakultät der Berliner Universität wird demnächst zur Bewerbung um einen bedeutenden Preis auffordern, den der verstorbene Generalkonsul Major a. D. Reizebauer gestiftet hat. Diese Stiftung, von welcher eine Summe von 9000 Mark zu vergeben ist, hat durch ihre Bedingungen ein allgemeines Interesse. Zunächst hat jeder Deutsche das Recht, um den Preis zu konkurriren, und ferner ist gewünscht, bei der in deutscher Sprache zu schreibenden Arbeit alle französischen Redensarten zu vermeiden. Der Zweck der Preisausschreibung ist, den Einfluß der Wissenschaften auf das öffentliche Leben in Deutschland und die seit dem Jahre 1865 bemerkbar gewordenen Fort- oder Rückschritte derselben zu erforschen. Es sind folgende zwei Aufgaben hierzu gestellt: „Welchen Einfluß hat die neuere Entwickelung der National-Oekonomie auf die staatliche Gesetzgebung in Deutschland in den letzten Decennien ausgeübt?" „Welchen Einfluß hat die Entwickelung der wissenschaftlichen Chemie in den letzten zwanzig Jahren auf Industrie, Handel und Nationalwohlstand ausgeübt und welche Bedeutung besitzt derselbe für Kultur und Kunst?" Es bleibt den Preisrichtern überlassen, einen oder mehreren der bis zum 1. Januar 1886 einzureichenden Arbeiten den Preis zu ertheilen, ebenso dessen Höhe zu bestimmen, doch ist als niedrigster Satz die Summe von 900 Mk. bezeichnet. Die Zuerkennung der Preise erfolgt am 8. März desselben Jahres.

— Bei Weitem glanzvoller, wie die erste, gestaltete sich die gestrige zweite Corsofahrt. Das herrliche Frühlingswetter hatte die Schaulustigen zu Tausenden nach dem Thiergarten gelockt, während sich Alles, was aus den Kreisen der Aristokratie und der Sportswelt gegenwärtig in Berlin weilt, in der Hofjäger-Allee ein Rendezvous gegeben zu haben schien. Vom Hofe hatte sich Prinz Friedrich Leopold einzefunden, der an der Seite seines militärischen Begleiters auf einem munteren Braunen die Bahn durcheilte. Von bekannten Vertreten der Sportkreise waren die beiden Grafen Hohenau mit Gemahlinnen, sämmtlich zu Pferde, Kammerherr von Prillwitz mit Tochter, Lieutenant von Tepperski, Oberstlieutenant v. Rosenberg und viele andere zur Stelle; oft sprengte eine lange Colonne von Reitern und Reiterinnen an der Menge vorüber und gab so dem Ganzen eine ungemein lebhaftes Gepräge. Aber auch die Equipagen, deren Zahl so groß war, daß oft Stillstand in der Umfahrt eintrat; verdienten Aufmerksamkeit; Vierspännen waren mehrfach zu bemerken, so war beispielsweise die Prinzeß Radziwill in einem solchen auf der Corsostraße. Zwei Capellen, die der Garde-Ulanen und der Garde-Artillerie, ließen wieder ihre lustigen Weisen ertönen, und da auch Blumen gekauft und geworfen wurden, so hat Berlin in der gestrigen Corsofahrt seinen Corso mit allen Eigenthümlichkeiten vergangener Jahre wieder erhalten.

— Die beiden Poliere Seiler und Otto, welche im Auftrage ihres Meisters den Abbruch des Stadt-Theaters geleitet haben, sind gestern in Haft genommen worden. Es wird ihnen zur Last gelegt, daß sie durch Fahrlässigkeit den Tod, beziehungsweise die Verletzungen der durch den umgestürzten Pfeiler beschädigten Personen herbeigeführt haben, indem sie sich einer Winde zum Abstürzen des Pfeilers bedienten und diese gefährliche und schwierige Arbeit in Abwesenheit des verantwortlichen Baumeisters und nach Eintritt der Dunkelheit vornahmen.

— Wie aus Schwerin gemeldet wird, ist die Leiche des Großherzogs nach erfolgter Oeffnung und Einbalsamirung in der Nacht zum Mittwoch nach der Schloßkirche überführt worden. Donnerstag und Freitag findet dort die Paradeausstellung der Leiche statt und am Sonnabend Nachmittag 3 Uhr die feierliche Beisetzung im Dome. Der König von Dänemark wird sich bei der Leichenfeier durch den Obersthofmarschall von Löwenskjöld vertreten lassen. Der Großherzog von Hessen-Darmstadt, sowie die Prinzen Heinrich und Wilhelm von Hessen begeben sich heute nach Schwerin.

Düsseldorf, 18. April. Das aus den Ueberschüssen der Düsseldorfer Gewerbeausstellung zu gründende Gewerbemuseum wird, einer Mittheilung des Vorstandes zufolge, bereits Anfang Mai d. J. eröffnet werden. Ermöglicht ist dieser frühzeitige Termin zunächst durch die großartige Böninger'sche Schenkung, welche aus ethnographischen und kunstgewerblichen Gegenständen, die der 1882 gestorbene Herr Ex. Böninger (Duisburg) auf seinen vielfachen Reisen im Orient, in Japan, China, Indien, den Südseeinseln 2c. gesammelt hat, bestehend, einen der größten Säle vollständig füllen wird. Dann aber sind dem Vorstande, der viele Gegenstände käuflich erworben hat, eine große Menge interessantester Stücke leihweise offerirt.

Bonn, 18. April. Der hiesige Verein für Körperpflege in Volk und Schule hat vor einigen Tagen eine Eingabe an den Kultusminister v. Goßler gerichtet, worin derselbe gebeten wird, er möge seine überall so dankbar empfundene Fürsorge für das körperliche Wohl der die Schule besuchenden Jugend ganz besonders auch den Volksmädchenschulen zuwenden, wobei die Einführung eines geregelten Turnunterrichts an denselben als das dringendste Bedürfniß zu erachten sei.

— Ein äußerst tragischer Vorfall hat sich in dem zum benachbarten Rittergute Birkholz gehörigen Dorfe gleichen Namens in voriger Woche zugetragen. Dort feierten die Altsitzer Schulze'schen Eheleute das Fest der goldenen Hochzeit. Nach der kirchlichen Einsegnung fand ein fröhliches Mahl statt, und am Abend betheiligte sich die ganze Bevölkerung beim fröhlichen Tanz. Abends gegen 11 Uhr zog sich das hochbetagte Jubelpaar zurück und suchte sein bescheidenes Schlafstübchen auf. Am andern Morgen fand man Beide als Leichen vor. Die Ehefrau, welche zuerst verstorben, lag im Bette, während ihr Ehemann, am Boden sitzend, die kalte Hand der treuen Lebensgefährtin in seiner gleichfalls erkalteten Hand hielt. Beide sind nach ärztlichem Ausspruch am Schlagzfluß gestorben.

Fiddichow, 15. April. Der „Neuen Stettiner Zeitung" wird von hier berichtet: „Heute früh um 4 Uhr hörte man im Pfarrgarten einen Schuß fallen, und eine Stunde später fand man die Leiche unseres Oberpredigers, des Pastors Fasch, im Garten. Der Unglückliche, seit längerer Zeit an einem Herzleiden schwer erkrankt, hatte sich in einem Anfall von Geistesstörung mit einem Revolver erschossen. F. war ein Mann von großen Erfahrungen und reicher Begabung. Er hat als Marinepfarrer viele Länder gesehen, und seine Predigten waren stets, auch von Auswärtigen, sehr besucht, so daß sein tragisches Ende allgemein das tiefste Bedauern hervorruft." — Die „Stett. Ztg." fügt hinzu: Fasch hatte urlängst einen Schlaganfall gehabt. Am Sonnabend Mittag war sein einziges Kind gestorben, während seine Frau auf dem Krankenlager mit dem Tode ringt.

Udine, 19. April. Heute begann der Prozeß gegen Ragosa und Giordani unter sehr starkem Andrange des Publikums. Ragosa gab zu, daß er mit Oberdank gereist sei, leugnete aber, irgend welche Mordabsichten gehabt zu haben. Giordani gestand ein, daß er Oberdank und Ragosa Beistand geleistet habe, damit dieselben über die Grenze gelangten, stellte aber jede Kenntniß von deren Absichten in Abrede. Nach der Verlesung der Anklageakte wurden noch 17 Zeugen verhört.

Paris, 19. April. Das Gerücht von einem Unwohlsein des Präsidenten Grévy ist unbegründet, Präsident Grévy hat heute Vormittag dem Ministerrathe präsidirt und heute Nachmittag einen längeren Spaziergang im Bois de Boulogne gemacht.

Das Urtheil in dem zu Petersburg vom 10. bis 17. d. M. geführten Nihilistenprozeß ist, wie von verschiedenen Seiten aus der russischen Hauptstadt gemeldet wird, am Dienstag gefällt worden. Von den siebzehn Angeklagten wurden sechs (Slatopolski, Gratschewsky, Bogcanowitsch, Tetalow, Klemenko und der Marinelieutenant Bujewitsch) zum Tode durch den Strang, zwei (Stefanowitsch und die Iwanowskaja) zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, die übrigen neun wurden zu fünfzehn und zwanzig Jahren verurtheilt. Für Boreischa und die beiden Frauen Pribilewa und Juschowska wird das Gericht bei dem Kaiser Milderung des Urtheils beantragen. Die öffentliche Urtheilsverkündigung wird am 22. d. erfolgen. Am letzten Verhandlungstage nahmen einige der Angeklagten das Wort, wobei Slatopolski betonte, daß die Terroristen keine Mörder, sondern Freiheitskämpfer seien, die eine Staatsverfassung in der einen oder der anderen Form wünschten und vor allen das von Grund aus verderbte russische Beamtenthum bekämpften.

London, 19. April. Die folgenden in der Dynamit-Affaire verhafteten Personen: Wilson, Dalton, Curtin, Ausburgh, sowie Thomas und Bernhard Gallagher erschienen heute zusammen mit Whitehead, welcher von Birmingham hierher transportirt worden war, vor dem Polizeigerichte von Bowstreet. Der verhaftete Norman ist Kronzeuge geworden. Der Staatsprokurator legte die Gründe dar, welche zur Erhebung der Anklage gegen die Verhafteten geführt hätten und erklärte, daß dieselben des Hoch- und Landesverraths angeschuldigt seien.

London, 19. April. In dem Prozesse gegen die des Hochverraths angeklagten Personen bezeugt Norman, das Dynamitkomplot sei durch eine Brüderschaft der Fenier in New-York gebildet worden, deren Mitglieder Thomas Gallagher und er gewesen seien. Gallagher habe eine herrschende Stellung innerhalb der Brüderschaft eingenommen und O'Donnovan Rossa eine zeitlang an den Berathungen derselben theilgenommen. Gallagher sei es gewesen, welcher ihn (Normann) beordert habe, nach London zu kommen und ihm das nöthige Geld zur Reise gegeben habe. Als er nach London gekommen sei, habe Gallagher ihn mit allen Instruktionen versehen nach Birmingham gesandt, von wo er nach London mit der Schachtel Nitro-Glycerin zurückkehrte, ohne indeß von dem Inhalt der Schachtel etwas gewußt zu haben.

Liverpool, 19. April. Der unter dem Verdachte der Theilnahme an den Morden im Phönixpark hier verhaftete Kingston ist heute in Begleitung irischer Polizeibeamten nach Dublin gebracht worden. Seitens der Behörden und der Polizei wird versichert, daß derselbe zu den Führern der sogen. „Unüberwindlichen" gehöre und an mehreren Verschwörungen gegen den ehemaligen Oberstsekretär von Irland, Forster, theilgenommen habe.

Dublin, 19. April. Der Prozeß gegen Timothy Kelly, den dritten des Mordes im Phönixpark Angeklagten hat heute begonnen.

— Herzog Karl II. Ludwig von Parma und Bourbon, Infant von Spanien, ist vorgestern in Nizza gestorben. Geboren am 22. Dezember 1799, war derselbe im Jahre 1824 seiner Mutter, der Infantin Marie Louise, in der Regierung des Fürstenthums Lucca gefolgt, das er im Jahre 1847 an Toscana abtrat. Kurz darauf, in demselben Jahre succedirte er nach dem Ableben der Herzogin Marie Louise, der Gemahlin Napoleons I., in Parma, Piacenza und Guastalla. Nach dem Ausbruch der Revolution des Jahres 1848 verließ der Herzog Parma und legte durch ein aus Weistropp im Königreich Sachsen datirtes Manifest die Regierung zu Gunsten seines Sohnes, des im März 1854 erworbenen Herzogs Ferdinand Karl III., nieder. Seit dieser Zeit lebte der jetzt Verstorbene abwechselnd auf seinen Gütern in Toscana und in Nizza. Das Herzogthum Parma wurde durch Dekret des Königs Victor Emanuel im Jahre 1860 mit Sardinien und demnächst mit dem Königreich Italien vereinigt, nachdem die bis dahin souveraine herzogliche Familie in Folge des italienischen Krieges im Jahre 1859 vertrieben war.

Lokales.

Halle, den 20. April.

— Der hiesige Kunstgewerbe-Verein hielt gestern Abend im „Café David" seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr erster Bürgermeister Staude eröffnete die Versammlung mit der Mittheilung, daß in der Herbstversammlung des Vereins u. A. beschlossen worden sei, den Vorstand in Anbetracht der wachsenden Mitgliederzahl von 12 auf 18 Mitglieder zu verstärken und diesen Beschluß heute zum ersten Mal in Kraft treten zu lassen. Ferner wurde in jener Versammlung beschlossen, daß in Folge der von den beiden städtischen Behörden dem Verein bewilligten Subvention, dieselben auch im Vorstande des Vereins durch je 2 Mitglieder vertreten sein möchten. Der Magistrat ist dem Wunsche begetreten und hat die Herren zweiter Bürgermeister Schneider und Stadtrath Helm in den Vorstand des Vereins deputirt. Die Stadtverordnetenversammlung hat indeß das Anerbieten abgelehnt und muß daher auf die Vertretung derselben verzichtet werden. Der Herr Vorsitzende konstatirt noch das stete Wachsen des Vereins, das rege Interesse der Bürgerschaft, das Entgegenkommen der städtischen Behörden und der hiesigen Presse, wofür Allen besonderer Dank gebühre. — Hierauf berichtet der Schatzmeister des Vereins, Herr Maurermeister Kuhnt über die Kassenverhältnisse, deren Auszug wir bereits ebenfalls neulich ausführlich in der Besprechung des Jahresberichts wiedergegeben haben. — Zu Rechnungs-Revisoren wurden die Herren Kolonialwarenbesitzer Lutze und Fabrikbesitzer Thalmeyer hier ernannt, welche den Revisionsbericht in der Herbstversammlung erstatten werden. Sodann wurde der Etat pro 1883 aufgestellt und nach den Vorschlägen des Vorstandes anstandslos genehmigt. Die Einnahme setzt sich wie folgt zusammen: Beiträge von 361 Mitgliedern = 1900 ℳ, Ueberschuß vom vorigen Jahr = 834,38 ℳ, Subvention von der Stadt = 500 ℳ, in Summa 3234,38 ℳ. In der Ausgabe figurren: 600 ℳ für Prämien und Vereinspreise, 250 ℳ Verwaltungskosten, 500 ℳ für Vermehrung der Bibliothek, Ergänzung von Gypsjachen 2c., 450 ℳ Einrichtungskosten für die angekauften 3 Wohnzimmereinrichtungen, 500 ℳ für Ehrendiplome, 234,38 ℳ Insgemein, in Summa 2534,38 ℳ. Es würden sonach noch 700 ℳ übrig bleiben, welche einem zu bildenden Reservefonds überwiesen werden sollen. Dieser Reservefonds soll die Grundlage zum Bau eines eigenen Grundstücks, einer Kunstgewerbehalle bilden. Die Versammlung genehmigt den Etat pro 1883, der sich nunmehr in Einnahme und Ausgabe auf 3234,38 ℳ stellt und ist auch mit der Bildung eines Reservefonds zu dem gedachten Zwecke einverstanden. Bezüglich der in der Ausgabe des Etats vermerkten Position: Diplome ist zu bemerken, daß der Vorstand beschlossen hat, bei Preisausschreibungen den mit einem Geldpreise bedachten Bewerber auch ein bleibendes Andenken an den Verein durch Uebergabe eines Diploms zu übergeben. Diese Diplome in Holzschnitt herstellen zu lassen, würde zu theuer sein, es haben sich aber mehrere Lithographen von hier und Leipzig erboten, die Diplome in Holzschnittmanier herzustellen, was wesentlich billiger und dann nicht minder schön aussieht. Die Unterhandlungen hierüber schweben noch und wird der Vorstand in der Herbstversammlungen geeignete Vorträge diesethalb stellen. — Herr Maurermeister Friedrich zollt zwar der Thätigkeit des Vorstandes alle Anerkennung ist jedoch in einem Punkte mit demselben nicht einverstanden. Dies betrifft den durch die hiesigen Zeitungen veröffentlichten, bekannten Aufruf an die Bauhandwerker und Bauherren bei Errichtung von Hochbauten in frequenten Straßenlinien, welcher, nach Ansicht des Genannten, nicht die beabsichtigte Wirkung gehabt. Namentlich ist der letzte Passus in dem Aufruf, betreffend Veröffentlichung der Namen derjenigen Interessenten, welche den Ansichten des Kunstgewerbe-Vereins in dieser Angelegenheit beigetreten sind und demgemäß verfahren wollen, angethan, den Bauhandwerker zu schädigen. — Dem entgegnet Herr Stadtbaurath Lohausen, daß der gemachte Vorwurf nicht den Vorstand treffen könne, da der erwähnte Aufruf in der Herbstversammlung von den Mitgliedern ohne Widerspruch beschlossen worden und der Vorstand nur der ausführende Theil derselben sei. Bei aller Ehrenhaftigkeit unserer hiesigen Bauhandwerker gebe es doch eine Anzahl unter denselben, die einen architektonisch schönen Bau ohne fremde Hilfe nicht ausführen können und für diese wäre zuerst der Aufruf bestimmt. Denn es könne und für diese wäre zuerst der Aufruf bestimmt. Denn es könne nicht gleichzeitig sein, wenn in einer unserer Hauptstraßen neben andern hervorragenden Bauten ein Bau ausgeführt werde, der auf alles andere, nur nicht auf architektonische Schönheit Anspruch zu machen habe. Uebrigens sprach der Aufruf auch nur davon „man möge den Rath der Architekten" — nicht von „akademisch gebildeten Architekten" einholen, denn auch diese können entsprechende Entwürfe liefern. — Es wurde nunmehr zur Vorstandswahl geschritten. Der Vorstand hatte in seiner kurz vorher stattgehabten Sitzung folgende Herren turnusmäßig ausgelost: ersten Bürgermeister Staude, Professor Dr. Heydemann, Maurermeister Kuhnt, Steinmetzmeister Schober und Tischlermeister Schönbrodt — welche jedoch wieder wählbar sind. Dieselben wurden wiedergewählt, außerdem neu hinzu die Herren Graf von Hohenthal-Dölkau, Bildhauer Glück, Fabrikbesitzer Hübner, Rentier Otto und Zimmermeister Werther von hier. Es wurde hierauf ein Schreiben des Industrie-Vereins zu Altona zur Verlesung gebracht, in welchem derselbe zur Bildung eines Central-Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818830421 2-11/fragment/page=0002

bandes deutscher Industrie- und Kunstgewerbe-Vereine auffordert und zur Verwirklichung dieser nicht zu unterschätzenden Idee zu einer Versammlung nach Altona einladet. In dieser Versammlung soll zunächst über die Bildung eines solchen Verbandes und dann über den Punkt: Gemeinsame Concurrenzausschreibungen von Zimmer- 2c Einrichtungen — Berathung gepflogen werden. Der Vorstand hat, der Kosten wegen, von der Entsendung eines Delegirten zu dieser Versammlung abgesehen, wird aber wohl in derselben vertreten sein, da Herr Photograph Höpfner hier um jene Zeit in dortiger Gegend weilt und nicht abgeneigt ist, den Verein dort zu vertreten. — Herr Fabrikbesitzer Thalwitzer regte noch die Lehrlingsausstellungen, als im Rajon der Kunstgewerbe-Vereine mit liegend, an und wies namentlich auf die des Berliner Kunstgewerbe-Vereins als äußerst reichhaltig und nutzbringend für das Handwerk hin. Auch hier könnte einmal der Versuch gemacht werden und würde derselbe wohl Anklang und Unterstützung in gewerblichen Kreisen finden. — Herr Stadtbaurath Lohausen bemerkte hierzu, daß vor Jahren der hiesige Handwerker-Meister-Verein eine solche Ausstellung entrirt hätte, die auch ganz zufriedenstellende Resultate geliefert habe, aber seitdem nicht wiederholt worden sei. Doch solle die Sache im Auge behalten und mit dem Handwerker-Meister-Verein dieserhalb Fühlung genommen werden. — Sodann weist zum Schluß der Versammlung Herr Geometer Frohwein auf die Bestrebungen des Germanischen National-Museums in Nürnberg, dessen hiesiger Pfleger er ist, hin und fordert die Anwesenden zur Zeichnung von Beiträgen für dasselbe auf. Ein von ihm verfaßtes und vorgetragenes Gedicht, auf das Vorerwähnte Bezug habend, geben wir nachstehend im Wortlaut wieder.

Wer kennte nicht in Halle und der Runde,
Den hies'gen Kunstgewerb' Verein, von „Männern" präsidirt?
Wer hörte nicht unlängst die wahre Festeskunde,
Was Schönes der Verein exhibitirt?
Wie wir stets gern all' die Produkte schauen,
Die Künstlers und Werkmeisters Hand entgehn,
So auch bestimmt dazu, die Wohnung auszubauen,
Die sich der „kleine Mann" hat ausersehn —;
So wird die Nachwelt wohl gern rückwärts blicken
Auf das, was uns der Kunstgewerbefleiß,
Hier darstellt immerfort bis zum Entzücken,
Und unsern Ahnen auch zu Ehr und Preis!
Insonderheit den Künstlern, die da lebten
Jahrhunderte vor uns im edlen Bayernland,
Zu Nürnberg, wo vereint mit jenem webte
Im engsten Bund der große Handwerksstand;
Von dem die Dichter jener Zeit gesungen,
Wie noch vor Kurzem in der Stadt Bayreuth,
Der Tonkunst Meister, dess' Stimm' jetzt ist verklungen —:
„Daß jeder deutsche Mann in Freud und Leid,
Sein Augenmerk auf Nürnbergs Schätze richte."
Wo auch Germaniens Nationalmuseum steht,
Das einzig groß erscheint in der Geschichte,
Weil Schöpfungsluft den ganzen Raum durchweht.
Doch ruht dies Werk auf ganz besondern Füßen
Von seiner Gründung an bis auf den heut'gen Stand;
Schreibt seine Existenz nur Gaben zu, die fließen,
Freiwillig, aus des Volkes und der Fürsten Hand.
Um nun in Halle an dem Saaleflusse
Dess' Quelle wohlgemuth im Bayernland entspringt,
Zu stiften einen Fonds im wahren Vollgenusse
Und der dem Nationalmuseum neues Leben bringt;
Ist's angezeigt, daß ich heut hier erscheine
Mit einer Subscription im Kunstgewerbvereine! —

Frohwein.

— Heute Vormittag wurde auf dem hiesigen Stadtbauamte eine Submissionsverhandlung abgehalten, betreffend die Herstellung eines Thonrohrkanals von 35—40—45 cm Lichtweite auf der östlichen Seite der Reilstraße auf der Strecke von der Nordgrenze des Kasernengrundstücks bis zum Hause Bernburgerstraße Nr. 9, im Anschluß an den daselbst gelegenen Thonrohrkanal — veranschlagt auf 12600 ℳ. Es wurden 5 Offerten abgegeben und zwar von den Schachtmeistern F. George 22½ pCt., W. Kirschke 15¼ pCt., F Hätzsch 15 pCt., G. Löther 11½ pCt., F. Uebe 9 pCt., sämmtlich unter dem Anschlag. Der Kanal wird eine Gesammtlänge von 531 m incl. Schachte, 9 Reinigungsschachte und 12 Rinnsteinabzüge erhalten; mit dem Bau desselben soll sofort nach Ertheilung des Zuschlags begonnen werden.

— Bei der heute Vormittag auf dem hiesigen Stadtbauamte abgehaltenen Submissions Verhandlung, betreffend die Umänderung der Häuser-Eingänge Wilhelmstraße Nr. 36 und 37, wurden 2 Offerten abgegeben und zwar auf Nr. 36 von R. Höder 145 M., G. Thiemann 220 M., auf Nr. 37 von R. Höder 105 M., G. Thiemann 90 M.

Aus den Verhandlungen der Strafkammer III des königl. Landgerichts zu Halle a. S.

am 16. April 1883.

Der Maler Otto Harrmann genannt Gellhorn von hier, jetzt in Leipzig wohnhaft, bereits vorbestraft, wurde für überführt erachtet, am 16. Juli v. J. zu Nietleben bei Halle dem Hausmann Ferdinand Heinicke hier, welcher dem Observator des Harrmann'schen Grundstückes in Nietleben, dem Stellmacher Kuntze daselbst, einen Brief überbrachte, ohne erhebliche Veranlassung vorsätzlich körperlich mißhandelt und ihn bedroht zu haben. Wegen der beiden Vergehen wurde der Angeklagte mit 5 Wochen Gefängniß bestraft. — Der in Haft befindliche Steinhauer Gustav Carl Mänecke von hier wurde für überführt erachtet, im Januar d. J. aus der Bodenkammer eines Hauses in der großen Brauhausgasse hier verschiedene Gegenstände wie ein Umschlagetuch, mehrere Handtücher, Kleiderzeug 2c. entwendet zu haben. Ferner beehrte Mänecke im Februar d. J. ein Haus auf dem Grasewege mit seinem Besuche. Hier stahl er aus einer Bodenkammer einem Schneiderlehrling eine Partie Kleidungsstücke und 3 Mark baares Geld, aus einem Verschlage im Keller einem Locomotivführer ein Stück Messing, anderen in demselben Hause wohnenden Leuten verschiedene Gegenstände u. A. auch Lebensmittel. Der Angeklagte wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. — Die inhaftirte Wittwe Löther, Friederike geborene Kunth aus Querfurt gebürtig, entwendete am 25. November v. J. aus dem Henze'schen Gasthofe in Neu-Bitzenburg, in dem sie übernachtet hatte, ein dem Handarbeiter Henze aus Lettin, einem Verwandten der Vorgenannten gehörendes Portemonnaie mit ca. 20 Mark Inhalt und verschwand damit, ohne an Berichtigung der gemachten Zeche in Höhe von 1 Mark zu denken. In Zöschen wurde die professionirte Diebin abgefaßt. Hier versuchte sie am 26. Februar d. J. die Ladenkasse des Kaufmanns Fränkel zu bestehlen, was jedoch bemerkt wurde, infolge dessen ihre Festnahme erfolgte. Wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle, versuchten Diebstahls und Betruges (Zechprellerei) wurde die Angeklagte mit 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht bestraft. — Die unverehelichte Ida Schmidt aus Gutenberg bei Halle, noch nicht 18 Jahr alt, aber schon mehrfach wegen einfachen und schweren Diebstahls vorbestraft, entwendete der Wittwe Schnabel daselbst aus deren Wohnung ein Hemd, ferner der Wittwe Birkner daselbst aus einem Schranke 43 Mark baares Geld. Ihrem Vater, dem Mitangeklagten Schuhmacher Albert Schmidt, ebendaher, gab sie von dem gestohlenen Gelde einen Theil. Die jugendliche Diebin wurde, da die volle Strafe nicht eintreten konnte, wegen mehrfachen, zum Theil schweren Diebstahls mit 6 Monaten Gefängniß, deren Vater wegen Hehlerei mit 14 Tagen Gefängniß bestraft.

Predigt-Anzeigen.

Am Sonntage Cantate (den 22. April) predigen:

Zu U. L. Frauen: Vormittags 10 Uhr Archidiakonus Pfanne. Nachmittags 2 Uhr Kinder-Gottesdienst Superint. Lic. Förster. Abends 6 Uhr Diakonus Grüneisen
Vorm 11½ Uhr Militär-Gottesdienst Archidiakonus Pfanne.
Montag den 23 April Abends 6 Uhr Bibelstunde Superint. Lic. Förster.

Zu St. Ulrich: Vormittags 10 Uhr Diakonus Richter. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst Derselbe. Abends 6 Uhr Oberprediger Sickel.

Zu St. Moritz: Vormittags 10 Uhr Diakonus Nietschmann. Abends 6 Uhr Oberprediger Saran.

Hospitalkirche: Vormittags 8¾ Uhr Diak. Nietschmann

Domkirche: Vormittags 10 Uhr Domprediger Albertz. Abends 5 Uhr Consistorialrath Göbel.
Nachmittags 1½ Uhr Kindergottesdienst Dompred. Albertz.

Zu Neumarkt: Vormittags 10 Uhr Hilfsprediger Bungeroth. Nach der Predigt Ordination des Hilfsprediger Bungeroth durch Superintendent Förster. Nachmittags 2 Uhr Kinderlehre Pastor Jordan. Abends 5 Uhr Abendgottesdienst Kandidat Horn.

Zu Glaucha: Vormittags 10 Uhr Predigt Pastor Knuth. Nachmittags 2 Uhr Sonntagsschule Hilfsprediger Dr. Schmidt.

Im städtischen Siechenhause: Vormittags 9 Uhr Hilfsprediger Dr. Schmidt.

Katholische Kirche: Morgens 7 Uhr Frühmesse Kaplan Peter. Vormittags 9½ Uhr Pfarrer Woker. Nachmittags 2 Uhr Christenlehre Derselbe.

Diakonissenhaus: Vormittags 10 Uhr Pastor Jordan.

Tholuck'scher Kindergottesdienst Mittelstraße 10. Vorm ¾9 Uhr.

Literarisches.

O. Hübners statistische Tafel ist soeben für den Jahrgang 1883 erschienen (50 ₰). Diese ungemein praktische, wegen ihres reichen Inhalts, ihrer Gründlichkeit und Uebersichtlichkeit allgemein eingebürgerte Tabelle hat diesmal eine sehr bedeutende Umarbeitung erfahren. Sie giebt nach streng amtlichen Mittheilungen über tausenderlei, den ganzen Erdball umfassende Dinge Auskunft. Die Tafel ist daher für jeden Zeitungsleser von Interesse, insbesondere aber von Wichtigkeit für den Gelehrten, den Geschäftsmann, für Schulen und Vereine aller Art, da man sich durch dieselbe für wenig Geld über die heutige materielle Kultur aller Völker schnell unterrichten kann. — Neben dieser Plakatausgabe ist das Werkchen auch in einem handlichen Taschenformat in Leinwand gebunden (75 ₰) erschienen.

Coursbericht der Bankfirmen zu Halle a/S

Börse vom 20. April 1883.

	Letzte Div.	Zf.	Angeb.	Gef.
4% Hallesche Stadt-Oblig. v. 1882	—	4	101,50	100,50
3½% Hallesche Stadt-Oblig. v. 1818	—	3½	—	96,50
4% Pfandbriefe der Provinz Sachsen	—	4	102,20	101,20
4% Sächs. Provinzial-Obligationen	—	4	—	101
4½% Mansfelder Gewerksch.-Oblig.	—	4½	—	101
4% Unstrut-Regulirungs-Oblig.	—	4	—	100,50
5% Hallesche Zuckersiederei-Anleihe	—	5	—	97,50
5% Hypoth.-Anl. d. Zuckerf. Körbisdorf	—	5	—	101
5% Hyp.-Anl. d. Cröllwitzer Act.-Pap.-F.	—	5	—	103
Hallesche Bankvereins-Actien	8½	5	—	147
Hallesche Zuckersiederei-Actien	0	fc.	—	—
Körbisdorfer Zuckerfabrik-Actien	12	4	—	—
Glauziger Zuckerfabrik-Actien	4	4	—	—
Zuckerraffinerie Halle-Actien	10	4	138,50	137,50
Sächs.-Thür. Braunkohlen-St.-Actien	10	4	—	160,50
Sächs.-Thür. Braunkohlen-St.-Pr.	10	5	—	160,50
Werschen-Weißenf. Braunkohlen-Actien	13⅓	4	—	175
conv. Dörst.-Rattmannsd. Braunk.-J.-A.	2	4	—	90
Naumburger Braunkohlen-Actien	5	4	—	70
Vereinigte Sächs.-Thür. Stamm-Actien	—	4	—	45
Vereinigte Sächs.-Thür. Stamm-Prior.	4	4	—	94 50
Hallesche Brauerei St.-Actien (Michaelis)	2	4	—	—
Hallesche Brauerei St.-Priorit. "	5	5	—	—
Cröllwitzer Papierfabrik-Actien	16	4	—	190
do. do. II. Emiss.	—	—	—	178
Zeitzer Maschinenbau-Actien (Schäde)	9	4	160	—
Hallesche Maschinenfabrik-Actien	20	4	—	229
Cönnern Malzfabrik-Actien	9	5	—	—
Landsberger Malzfabrik-Actien	18	5	240	—
Eilenburger Kattun-Manufaktur-Actien	0	4	—	—
Kuxe des Bruckd.-Rietl. Bergbauvereins pr. Anth. (1 Antheil = 4 Kuxe)	—	fc.	—	—
Packhofs-Actien (nom. 1500 ℳ) pr. St.	3	fc.	—	500

Courszettel des Mehl-Börsen-Vereins zu Halle.

(Für 100 kg)

Am 19. April 1883.

Weizenmehl 00	ℳ	30,00—31,00.
do. 0	"	28,00—29,00.
Roggenmehl 0	"	22,00—23,50.
do. 0/1	"	22,00—22,50.
Futtermehl	"	14,50.
Roggenkleie	"	10.00.
Weizenkleie f.	"	9,00.
Weizenschaalen	"	9,50.
Haide-Mehl	"	33,00—34,00.

Telegraph. Coursberichte der Hall. Zeitung.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

vom 20 April 1883.

Krystallzucker I., über 98 %	—.—	ℳ	pr. 50 kg.
do. II., " 98 "	—.—	"	" " "
Kornzucker, excl., von 97 "	32.40—32.80	"	" " "
do. " " 96 "	31.40—31.90	"	" " "
do. " " 95 "	30.40—30.90	"	" " "
do. " " 94 "	29.20—29.70	"	" " "
do. " 88° Rendem.	29.60—30.00	"	" " "
Nachproducte, excl. 88-92 %	23.80—26.80	"	" " "

Tendenz unverändert.

Bei Posten aus erster Hand:

Raffinade, ffein excl. Faß	—	ℳ	pr. 50 kg.
do. fein, " "	—	"	" " "
Melis, ffein " "	38.00—38.25	"	" " "
do. mittel " "	37.50—37.75	"	" " "
do. ordinär " "	—	"	" " "
Würfelzucker, I., incl. Kiste	—	"	" " "
do. II., " "	38.50—39.00	"	" " "
Gem. Raffinade I., incl. Faß,	37.25	"	" " "
do. II., " "	36.75—37.00	"	" " "
Gem. Melis I., " "	36.25—36.50	"	" " "
do. II., " "	35.75	"	" " "
Farin " "	31.00—34.75	"	" " "

Tendenz unverändert.

Umsatz 50000 Rohzucker, 13000 Brode, 2000 gemahlene, 700 Würfelzucker.

Melasse I. 4,60—5,00, II. 4,00—4,40.

Spiritus 53 30—53.80.

Berliner Fonds-Börse.

Berlin, den 20. April 1883.

4% Preußische Consols 102,25 Oberschlesische Eisenb.-Stamm-Actien A. C. D. E. 256 25. Mainz-Ludwigshafener Stamm-Actien 101,60. 4% Ungar. Goldrente 76,75. 4% Russische Anleihe v. 1880 72,40. Oesterr.-Franz. Staatsbahn 575 —. Oesterr. Credit-Actien 536,—. Tendenz: ruhig.

Berliner Getreide-Börse.

Weizen (gelber) April-Mai 191 70. Sept.-Oct. 196 20. fester.
Roggen. April-Mai 140,50. Mai-Juni 140 50 Sept.-Oct. 146,75, ermattend.
Gerste loco 120—220
Hafer. April-Mai 125 75
Spiritus loco 53,30. April-Mai 53,10 August-Sept. 55,10, ruhig.
Rüböl loco 70,—. April-Mai 70 20. Septbr.-Octbr. 62 30.

Coursbericht von Zeising, Arnhold, Heinrich & Co.

vom 20 April 1883.

4% Preußische Consols 102 20 4½% Preußische Consols 104,20. 4% Sächsische Pfandbriefe 101,70. 4% Landschaftl. Centralpfandbriefe 101,70. Russisch-Englische Anleihe v 1871/72 87,25. Russische Anleihe von 1880 72,45. Darmstädter Bank-Actien 154 90. Disconto-Commandit-Antheile 204 —. Deutsche Bank-Actien 155 50. Deutsche Genossenschafts-Bank-Actien 127,50. Maklerbank 125,75. Oesterreichische Credit-Actien 536 50 Rechte Oderufer-Bahn 190,50 Oberschlesische Stamm-Actien ACD. 255,60. Breslau-Freiburger Stamm-Actien 108 50. Mainz-Ludwigshafener Stamm-Actien 101 40. Galizier Carl Ludwigsbahn-Stamm-Actien 132,75. Franzosen 575 50 Dortmunder Union-Stamm-Prioritäten 98 80. Kurz London 20,435 Oesterreichische Noten 170 75. Russische Noten 201,75 Tendenz: fest.

Telegraphische Depeschen.

Quebeck, 20. April. Das Parlamentsgebäude in Quebeck ist gestern gänzlich niedergebrannt. Ursache unbekannt.

Quebeck ist die Hauptstadt von Unter-Canada. Das frühere Parlamentsgebäude ward am 1. Febr. 1854 von gleichem Unglück betroffen, wobei zugleich die sehr bedeutende Bibliothek größtentheils zu Grunde gegangen war.

Delhi, 20. April. Zu Delhi (Ostindien) fand gestern eine große Feuersbrunst statt, wobei 2000 Häuser vernichtet wurden.

Duisburg, 19. April. (B. T.) Ein Waldbrand nahe der Stadt hat 300 Morgen beschädigt.

Bern, 19. April. Der Bundesrath hat heute beschlossen, dem Antrag auf Verstaatlichung der Centralbahn und der Bonzbergbahn seine Zustimmung zu versagen.

Rom, 19. April. Die Anklagekammer hat entsprechend dem Antrage des Generalprokurators, alle wegen der Oberdank-Demonstration am 6. und 7. Januar d. J. verhafteten Personen vor die Assisen verwiesen.

Schlüsselburg, 19. April. Die Newa ist 28 Werst stromabwärts fast vollständig frei von Eis.

Riga, 19. April. Der Eisgang auf der Düna hat bei ziemlich hohem Wasserstande begonnen, so daß man nicht ohne einige Sorge wegen einer Ueberschwemmung ist.

Konstantinopel, 19. April. Der Fürst von Bulgarien hat heute den Botschaftern Besuche abgestattet. — Die Libanonkonferenz hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

London, 19. April. Oberhaus. Bei der heute beendeten Spezialberathung über die Novelle zum Medizinalgesetz wurde auf den Antrag der Regierung ein Amendement angenommen, wonach Fremde und in den englischen Kolonien heimathsberechtigte Aerzte auf die in dem neuen Gesetze gewährten Privilegien nur dann Anspruch haben, wenn ihr Heimathsland englischen Aerzten entsprechende Privilegien gewährt.

Kirchliche Anzeigen.

Unserer lieben S. Laurentii-Gemeinde, insonderheit auch ihren Vertretern, machen wir hierdurch bekannt, daß am Sonntag Cantate den 22. April im Vormittagsgottesdienst durch Herrn Superintendent **Förster** im Auftrag des Hochw. Consistorii der Hülfsprediger **Bungeroth** ordinirt werden wird.

Halle, den 20. April 1883.

Der Gemeinde-Kirchenrath zu S. Laurentii.

5 Mark mit der Zuschrift „für Arme" sind aus dem Kirchenbecken entnommen und der Bestimmung gemäß verwendet worden. Matth. 25, 40.

Sickel.

(Gesundheitspflege.) Professor Dr. Klenke hat im Vorwort zu seinem Hauslexikon mit vollem Recht gesagt, „daß sich täglich Jedem, dem sein eigenes oder das Leben seiner Familie werth erscheint, Fragen, welche die Gesundheit betreffen, aufdrängen und sich häufig darauf beziehen, welche Mittel als Hausheilmittel für gewisse Störungen im Organismus zu empfehlen sind. Einem Broschürchen von Apotheker R. Brandt in Zürich, dem Darsteller der bekannten „Schweizerpillen", entnehmen wir, daß dieselben von unseren ersten medizinischen Autoritäten geprüft und als ein sicheres, schmerzloses und unschädliches Heilmittel bei Anschoppungen in den Unterleibsorganen (Verstopfung, Leber- und Hämorrhoidalleiden, Blutandrang 2c.) empfohlen werden. Daß ein solches legitimirtes Präparat, welches bereits in den meisten Apotheken erhältlich, dazu geeignet ist, ein wahres Haus- und Heilmittel zu werden, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Bekanntmachung.

Gestohlen sind in der Nacht vom 10. zum 11. d. Mts. 14 **Hühner** und 1 Hahn vorjähriger **Zucht**. Die Hühner haben stark verschnittene Flügel, die meisten sind schwarz, zwei schwarz und weiß gesprenkelt mit dunkelblauen, theils gelblichen Füßen.

Wer über den Verbleib der Hühner Auskunft geben kann, wird ersucht, im Criminal-Commissariat Zimmer 21 Anzeige zu erstatten.

Halle, den 17. April 1883. **Die Polizei-Verwaltung.**

Der unterm 11. d. Mts. gegen den Arbeiter **Gottlieb Hauck** von hier erlassene Steckbrief wird, da der Genannte zur Haft gebracht ist, hierdurch aufgehoben.

Halle a/S., den 17. April 1883. **Die Polizei-Verwaltung.**

Bekanntmachung.

Anmeldungen zur **Abfuhr von Cloaken**, vermittelst Schlauchpumpe, welche nicht direct bei dem unterzeichneten Institute in **Reideburg** (Poststation) angebracht, werden in Folge **Verlegung des Comptoirs** in **Halle a/S.** von jetzt ab durch **Herrn Jung, Leipzigerstraße 53** im Comptoir, oder in dessen Wohnung **kl. Schloßgasse Nr. 4** I. entgegen genommen.

Abfuhr-Institut Reideburg.

230,000 Thaler Stiftsgeld-Posten = bei **4** procent Zins = sind auf Aecker auszuleihen. Baldige schriftliche Offerten erbittet **B. J. Baer** in **Halberstadt**.

Eine **Kochmamsell** wünscht in einem feinen Restaurant oder Hôtel per 15. Mai oder 1. Juni Stellung.

Adresse **S. Opel**, „Münchener Brauhaus."

Aeltere Herren und Damen finden **freundl. Wohnung** und **Pension.** Offerten sub K. h. 21954 befördert **Rud. Mosse, Brüderstr. 6.**

Pianino,
neu, wegen Mangel an Raum verkauft. kl. Ulrichstraße 1 b II.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188304212-11/fragment/page=0003

Unter dem Protectorate Sr. Majestät des Königs Ludwig II.

München 1883 ✦ Internationale Kunst-Ausstellung.

Geöffnet vom 1. Juli bis 15. October.

Hallischer Tageskalender.

Sonnabend den 21. April:

Königl. Universitäts-Bibliothek (Friedrichstr.): geöffnet Vm. von 9—12 u. Nm. von 2—4 Uhr. Ausleihen der Bücher u. Abgabe derselben Nm. v. 2—4 Uhr.
Marien-Bibliothek: geöffnet von 2—3 Uhr Nm.
Gerichtsschreibereien d. Kgl. Landgerichts: Dienststunden v. Vm. 8 bis Nm. 4.
Königl Kreiskassen des Stadtkreises u. des Saalkreises: Dienststunden Vm. von 8—12½ u. Nm. von 3—6.
Standesamt: Vm. v. 9—1 u. Nm. v. 3—5 geöffnet im Waagegebäude Eingang Rathhaus. Montag, Mittwoch u. Sonnabend Eheschließungen.
Städtisches Leihhaus: Expeditionsstunden von Vm. 8 bis Nm. 1.
Städtische Sparkasse: Kassenstunden Vm. 8—1 u. Nm. 3—4.
Sparkasse f. d. Saalkreis: Kassenstunden Vm. 9—1 u. Nm. 4—5 Sophienstr. 10.
Spar- u. Vorschuß-Verein: Kassenstunden Vm. 9—1 u. Nm. 3—5 Brüderstr. 6.
Börsenversammlung: Vm. 8 im städt. Schützenhause (mit Cours-Not.).
Patentschriften-Lesezimmer: Magdeburgerstr. Nr. 4, 1 Treppe hoch, geöffnet von 8—12 Uhr Vm.
Städtische Fortbildungsschule: Ab. 8—9¼: Deutsch in 2 Abtheilungen, Schreiben im Stadtgymnasium.
Kaufmänn. Verein Hermes: Ab. 8 Versammlung im Restaurant z. „Reichskanzler".
Verein jüngerer Buchhändler: Ab. 8½ Versammlung i. Restaur. „Elsässer Taverne".
Techniker-Verein zu Halle a/S.: Ab. 8½ Sitzung im „goldenen Löwen".
Holztechnischer Verein: Ab 7—9½ Bibliothek u. Lesezimmer im „Kronprinz".
Bürger-Verein für städtische Interessen: Ab. 8 Sitzung im „Kühlen Brunnen".
„Plattdütsche Vereenigung": Ab. 8 im „Reichskanzler".
Jahn'scher Turnverein: Ab. 8—10 Turnstunde in Thieme's Restaur., Augustastr.
Turnverein „Alle": Ab. 8½ Uebung in Meyers Restaurant (am Roßplatz).
Hallesche Liedertafel: Ab 8—10 Uebung auf dem Jägerberge.
Männer-Liedertafel: Ab. 8—10 Uebungsstunde im „Paradies".
Schützler'sche Liedertafel: Ab. 8 Uebung im Fürstenthal
Hall. Volks-Liedertafel: Ab. 8 Generalversammlung kl. Klausstraße 8
Ruderclub „Neptun": Ab. 8 Versammlung im Restaurant zur „Forelle".

Stadt-Theater.

Sonnabend den **21. April:**
15. Opern-Ensemble-Gastspiel vom Hoftheater in Sondershausen.
Tannhäuser,
Große Oper in 3 Acten von R. Wagner.
Sonntag: Czaar und Zimmermann.

Repertoire der Leipziger Theater.

Für Sonnabend:
Neues Theater: Aschenbrödel, Lustspiel.
Altes Theater: Der Bettelstudent, Operette.

Volksküche (große Märkerstraße 9). Marken, ganze Portion 25, halbe 13 ₰ (am Tage **vor** Benutzung zu entnehmen): ebendaselbst, bei **Neumann,** Geiststr. **Nr. 3** und **Bellson,** Kleinschmieden 10. **Anweisungen** zu ganzen und halben Portionen sind **nur** bei **L. Sachs,** große Ulrichsstraße **Nr. 24** zu haben.

Bäntsch & Behrens,

Eisengiesserei und Maschinenfabrik,
Ludwigshütte bei Sandersleben,
Gusseiserne Säulen, gewalzte Träger, Anker, Fenster etc. etc. **zum Ausbau von Viehställen** etc. etc.

Durch eine vortheilhaft eingerichtete Gießerei und Haltung eines großen Lagers von gewalzten Trägern sind wir im Stande, Aufträge auf Ausbautheile in möglichst kurzer Zeit zu äußersten Concurrenzpreisen auszuführen.

Lieferungen, bei denen die Stärke der Theile unter zu Grundelegung statischer Berechnungen, **Materialverschwendung prinzipiell ausgeschlossen,** ermittelt sind, übernehmen wir **die Theile vollständig passend zusammengearbeitet,** nach specificirten Kostenanschlägen, auf Wunsch zu Gesammtpreisen, unter mehrjähriger Garantie.

Einen wenig gebrauchten, auf Federn gehenden Breschwagen — Hinterlader — noch in gutem Zustande, haben zu verkaufen
Gebr. Wege in **Teutschenthal.**

Mein schönes Landgut,
Provinz Sachsen, 212 Morg. guter Boden, incl. 26 Mrg. vorzügl. Wiesen, gute Gebäude, ½ Stunde von Bahnst., will ich, weil selbst nicht Landwirth, für 50,000 ℳ mit 10—15 000 ℳ Anzahl. verkaufen, nehme event. auch ein **kleines Gut** oder **anderes Objekt** in **Tausch** u. erbitte Offerten unter E. P. 1883 postlag. Leipzig. — **NB.** Besitzern einer kl. Wirthschaft ist hier die günst. Gelegenheit geboten, leicht ein größeres Gut zu erwerben.

W. Höffert, Königl. Sächs. u. preuss. Hoflieferant,
Schloßgasse 1, Petersbrücke Leipzig.
Aufnahme mittelst Moment-Platten
an Wochentagen von 8—6 Uhr und Sonntags von 9—1 Uhr.

Eine erfahrene
Wirthschafterin
aus der Provinz Sachsen wird zum Antritt am **1. Mai gesucht.** Bewerberinnen belieben die Abschrift ihrer Zeugnisse nach **Johannisberg** bei Herrnprotsch, Provinz Schlesien, zu schicken.
Trübe.

Heu.
Verschiedene Lowry's Heu und Grummet stehen Centralbahnhof Halle a/S. zum Verkauf. Näh. durch Restaurateur Möritz daselbst.

Moselwein
garantirt rein: Waare p. Flasche 60 ₰ excl. Glas.
Frischen Waldmeister
B. Falcke,
Leipzigerstraße 6 und 83.

Berlin W., den 13. April 1883.

Bekanntmachung.

Austausch von Packeten mit den Dänischen Antillen.

Vom 1. Mai ab findet im Verkehr mit den **Dänischen Antillen** (St. Thomas, St. Jean und St. Croix) ein regelmäßiger Austausch von **Postpacketen ohne Werthangabe** bis 3 kg auf dem Wege über Hamburg und mittels Deutscher Postdampfer statt.

Der einheitliche Portosatz beträgt ℳ 2,40. Die Sendungen müssen frankirt und von **zwei** Zoll Inhaltserklärungen begleitet sein.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Stephan.

Halle (Saale), den 18. April 1883.

Amtliche Verkaufsstellen

für Postwerthzeichen bestehen

A. in Halle:

1) beim Kaufmann Herrn **C. H. Spierling,** Leipzigerstraße Nr. 27.
2) bei den Kaufleuten Herren **Steinbrecher & Jasper,** Leipzigerstr. Nr. 1.
3) beim Kaufmann Herrn **Th. Stade,** Königsstraße Nr. 16.
4) „ „ „ **G. Moritz,** große Steinstraße Nr. 53.
5) „ „ „ **L. H. Beck** (in Firma **Ernst Voigt**), große Klausstraße Nr. 22.
6) „ „ „ **C. F. G. Kitzing,** Schmeerstraße Nr. 43.
7) „ „ „ **Ernst Beyer,** Herrenstraße Nr. 5.
8) „ „ „ **J. R. Sträßner,** Bernburgerstr. Nr. 13.
9) „ „ „ **Julius Grunenberg,** gr. Ulrichsstr. Nr. 39.
10) „ „ „ **R. Penne,** Leipzigerstr. Nr. 77.
11) „ „ „ **Otto Pallas,** Sophienstr. Nr. 8.
12) „ „ „ **H. Bindseil,** an der Moritzkirche Nr. 1.
13) „ „ „ **Leonhard Pfeiffer,** Wörmlitzerstraße Nr. 41.
14) „ „ „ **Otto Seeger,** Dorotheenstraße Nr. 11.
15) „ „ „ **Heinrich Stade,** große Steinstraße Nr. 36.
16) „ „ „ **Georg Schultze,** Poststraße Nr. 12.
17) „ „ „ **J. Leutner** (in Firma **J. Neumann-Berlin**), Geiststraße Nr. 3, und Königsstraße Nr. 5a.
18) „ „ „ **C. Hennig,** gr. Ulrichsstraße Nr. 54.
19) „ „ „ **C. Matthes,** Steinthor Nr. 6.
20) „ „ „ **Albert Schmidt,** Domplatz Nr. 8.
21) „ „ „ **Ferd. Fiedler,** große Brauhausgasse Nr. 18.
22) „ „ „ **Andreas Hupe,** gr. Wallstraße Nr. 29.
23) „ „ „ **C. Hammelmann,** Klausthorstraße Nr. 3.
24) „ „ „ **Gustav Preißer,** Karlstraße Nr. 15.
25) „ „ „ **Hermann Lehmann,** Friedrichstraße Nr. 25.
26) „ „ „ **Grimm** (in Firma **Hünicke**), Steg Nr. 17.
27) „ „ „ **F. Dannenberg,** Henriettenstraße Nr. 28.
28) „ Buchbinder „ **E. O. Bürger,** gr. Steinstraße Nr. 14;

B. im Landbestellbezirk:

1) bei Herrn Gastwirth **Nagel** in Dölau,
2) „ „ **C. Reiche** in Dölau,
3) „ „ **C. Schmalfuß** in Passendorf,
4) „ „ **G. Köppe** in Nietleben,
5) „ „ **C. Hartkopf** in Lettin,
6) „ „ **Ludwig Kramer** in Diemitz,
7) „ „ **Friedrich Nachtigall** in Lieskau,
8) „ „ **Franz Künnicke** in Brachstedt bei Niemberg,
9) „ „ Gastwirth **Stemmler** in Morl bei Teicha,
10) „ „ **Gustav Engel** in Dieskau,
11) „ „ **Gustav Riegel** in Rothenhaus bei Nehlitz,
12) „ „ Gastwirth **Engel** in Holleben,
13) „ Bäckermeister **Karl Stock** in Canena,
14) „ „ Kaufmann **Rudolph Specht** in Wörmlitz;

C. in Giebichenstein:

1) beim Kaufmann Herrn **C. Wötzel,** Trothaer Straße Nr. 25a.,
2) „ „ „ **Ed. Beyer,** Reilstraße Nr. 36,
3) „ „ „ **F. C. Scheibe,** gr. Gosenstraße Nr. 1a.,
4) „ Maler „ **A. Hoffmann,** Burgstraße 15.

Kaiserliches Postamt Nr. 1.
Wirtgen.

Die unterzeichneten Mitglieder der hiesigen **Tapezirer- u. Decorateur-Innung,** von dem Bestehen geleitet, ihren werthen Kunden eine vollkommen sichere Gelegenheit zur Vertilgung der **Motten** in Polstermöbeln, Matratzen, Wollenwaaren jeder Art u. s. w. zu bieten, haben sich mit hiesigen **wissenschaftlichen Autoritäten** in Verbindung gesetzt und nach Angabe derselben einen Apparat konstruirt, **durch welchen oben genannter Zweck sicher und ohne jeden Schaden für die von Motten u. s. w. zu befreienden Gegenstände erreicht wird.** Dieselben empfehlen diesen Apparat ihren werthen Kunden bei billigster Preisstellung zur gefälligen Benutzung.

Hochachtungsvoll

Blaschke. Brandt. Bönicke. Frauendorf. Fröhlich. Geyer. Hartwig. Herrig. Hohmann. Kästner. Küpp. Leibe. Reiche. Riemann. Prohaska. G. Schlüter. Fr. Schlüter. Taatz. Taenzer. Traxdorf. Vaass. Zachger. Zehbe.

Pension.

Junge Mädchen, welche ihre Gesundheit auf dem Lande kräftigen wollen, finden freundlichste Aufnahme in der Familie eines Landwirthschaftslehrers. Denselben ist Gelegenheit geboten, den Haushalt, sowie alle feinen Handarbeiten zu erlernen. Gesunde, romantische Gegend und nahe der Bahn! Pensionspreis 400 ℳ p. a. Offerten unter O. K. 100 befördert
Rud. Mosse in **Jena.**

Verwalter-Gesuch.

Auf dem Dominium **Sparrenfelde** bei Stettin wird möglichst p. sofort ein junger Landwirth als **erster** Verwalter gesucht, auch ist die Stelle eines **zweiten** Verwalters noch unbesetzt.

Reflectanten gebe ich anheim, sich umgehend schriftlich zu melden.
Weste.

Wer nach Leipzig will, ist günstige Gelegenheit geboten, mit 500 ℳ eine Gastwirthschaft mit vollständiger Einrichtung zu übernehmen. Briefe an **Frau verw. Tümmler, Leipzig,** Wiesenstr. 9 erbeten.

Anzeigen jeder Art befördert prompt und spesenfrei an sämmtliche existirende Zeitungen die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler, in Halle a/S., Leipzigerstr. 2.**

Frische Strals. Bratheringe
pro Faß mit 80 Stück 4 Mark,
pro Faß mit 40 Stück 2 ℳ 25 ₰
B. Falcke,
Leipzigerstraße 6 und 83.

Feinst. Astrachan. Caviar,
Prima ger. Rheinlachs,
Frische Birkhöhner,
Neue Malt. Kartoffeln,
Frankfurter Brühwürste,
Aecht Veroneser Salami,
Kiebitzeier empfing
Wilh. Schubert,
grosse Stein- u. grosse Ulrichstrassen-Ecke.

Eingelegte Gemüse, als: **Schoten, Spargel, Bohnen, Carotten etc. etc.** empfiehlt in bekannt. feinst. Qual.
Wilh. Schubert.

Cigarrenköpfchen-Sammler!
Vorstands-Sitzung Sonnabend 8 Uhr in der **Tulpe.**

Portemonnaie verlor. zwischen Schmeerstr. u. Steinweg. Näh. Thorstraße 37.

Familien-Nachrichten.

Entbindungs-Anzeige.
Durch die glückliche Geburt eines strammen Jungen wurden hocherfreut
A. Joachimsthal u. **Frau** geb. **Rosenberg.**

Familien-Nachrichten.

Der „Magdeb. Ztg." entnommen:
Verlobt: Frl. Louise Cohn mit Hrn. Oscar Frank (Thorn-Magdeburg).
Verehelicht: Hr. Robert Hesse mit Hedwig Diesing (Magdeburg).
Geboren: Ein Sohn: Hrn. Gille (Cöcklingen). Hrn. Symphonie-Director A. Schulz (Braunschweig). Hrn. Pfarrer Gabriel (Weißenschirmbach).
Eine Tochter: Hrn Carl Herzberg (Buckau-Magdeburg).
Gestorben: Hrn. Erdmenger Sohn (Magdeburg). Frau Minna Preßler geb. Giesecke (Prester). Buchbindermeister Alb. Jacobs (Magdeburg). Privatmann Heinrich Schäfer (Neustadt-M.) Frau Mathilde Lüder geb. Suthoff (Cuttleborn). Hrn. Chr Curths Sohn Otto (Atzendorf). Kgl. Kreisbau-Inspector a. D. Ferdinand Wagenführ (Salzwedel).

Der „Kreuzzeitung" entnommen:
Verlobt: Frl. Therese v. Bonin mit Lieut. Hrn. v. Könemann (Berlin). Frl. Marie v. Krosigk mit Hrn. Prem.-Lieut. d. Ref. Wilh. Oechelhäuser (Dessau).
Verehelicht: Hr. Josef Colac mit Anna v. Rudloff (Arnsberg).
Geboren: Ein Sohn: Hrn. Pastor F. Loël (Büßte) Hrn. K. deutsch. Vice-Consul Armin Schäffer (Buenos Aires).
Eine Tochter: Hrn. Graf von Schwerin-Putzar (Putzar). Hrn. Hauptmann Waldemar Blohm (Zwickau).
Gestorben: Kgl. Regier.-Baumeister Gustav Preßler (Schwerin). Henriette v. Reindorff (Berlin). Hrn. Fr. Heckmann Tochter Dora (Berlin). Geheimrath Hermann von Sanden (Köslin). Pastor Höfer (Pogarell b/Brieg). Verw Frau Oberprediger Julie Kipping geb. Bandow (Berlin). Hrn. Pastor Feldhahn Tochter Louise (Klausdorf b/Berlin(chen). Pastor em. Robert Hering (Nauen). Amalie Saro (Ludwigslust). Frau M. Schulemann geb. Euen (Bromberg). Hrn. Carl Melms Tochter Lori (Wöckendorf). Hrn. Hauptmann Bernhard von Lippe Tochter Hilda (Frankfurt a/M.) Oberst-Lieut a. D. Aug. Kühne (Wiesbaden). Kgl. Stabsarzt Willy Tylio (Wiesbaden). Amtsverwalter W. v. Lücken (Neustadt i/M.)

Für den Inseratentheil verantwortlich
Wilhelm Liebsch in Halle.
Expedition: Gr. Märkerstraße 11, geöffnet von 8 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.

Hierzu zwei Beilagen.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188304212-11/fragment/page=0004

Erste Beilage zu № 91 der Hallischen Zeitung im vorm. G. Schwetschke'schen Verlage.

Halle, Sonnabend den 21. April 1883.

Halle, den 19. April 1883.

Die Versammlung von Freunden der Sonntagsruhe,

welche gestern Nachmittag im Saale des „Neuen Theaters“ hierselbst stattfand, hatte sich eines regeren Besuches, als man anfänglich erwartet, zu erfreuen, denn das Lokal war, wenn zu den Gästen auch eine Anzahl von Gegnern der Ober-Präsidial-Verordnung gehörten, bis auf den letzten Platz gefüllt. Herr Superintendent **Lic. Förster** eröffnete die Versammlung im Namen des Hallischen Lokal-Comités zur Beförderung von Sonntagsruhe mit einer herzlichen Begrüßung der Anwesenden und gab seiner aufrichtigen Freude über das zahlreiche Erscheinen Ausdruck. Redner betonte darauf, daß er den Zweck der Versammlung näher zu motiviren wohl nicht Ursache habe, da derselbe hinlänglich bekannt sei, er wolle nur darauf hinweisen, daß diese Frage sich nicht zu scheuen brauche, immer und immer wieder an die Oeffentlichkeit zu treten und daß es damals mit Freude anerkannt worden sei, wie dieselbe endlich aus der grauen Theorie zur Praxis geworden sei. Nachdem der erste Sturm bei dem Inkrafttreten der Ober-Präsidial-Verordnung vorüber gewesen sei, habe man geglaubt schweigen zu sollen und man habe auch geschwiegen zu manchen persönlichen Verdächtigungen und zu der Meinung, daß die Verordnung eine Ausgeburt kirchlicher Reaktion, man habe geschwiegen, da die aus der Verordnung folgernden Gefahren von den Gegnern bis in's Maßloseste ausgedehnt worden seien, ohne sich dabei zu verhehlen, daß Modifikationen der Verordnung von beiden Seiten einer Besprechung werth seien. Als es sich jedoch dann um die Sache und nicht mehr um Personen gehandelt habe, habe man es für eine ehrenvolle Pflicht gehalten, nicht länger zu schweigen und die Meinung zu widerlegen, daß ein christliches Interesse das hiesige Lokal-Comité bewogen habe, für die Verordnung einzutreten. Die einstimmige Forderung gehe dahin: Unserem Volke muß der Sonntag gegeben und auch erhalten werden. Dies sei die Meinung aller Parteien, denn die Verordnung sei keine politische, sondern eine rein soziale, eine ethische Frage und es wäre mit tiefem Schmerze zu beklagen gewesen, wenn die Ober-Präsidial-Verordnung rückgängig gemacht worden wäre. Redner schloß mit der Hoffnung, daß ein Segen aus dem heutigen Tage und seinen Verhandlungen erwachse, denn man sei dem Manne großen Dank schuldig, der es gewagt, für das Wohl des Volkes in diesem Maße einzutreten!

Bei der nunmehr erfolgten Ernennung des Bureaus wird Herr Realgymnasialdirektor **Dr. Schrader** zum Vorsitzenden gewählt, welcher verspricht, die Verhandlungen unparteiisch und leidenschaftslos zu leiten; er hält es jedoch für eine ehrenvolle Pflicht, zuerst des Mannes zu gedenken, der mit uns in dieser Sache eins ist, des greisen Monarchen und bringt demselben ein dreifaches Hoch, in welches die Versammlung begeistert einstimmte. Es werden darauf noch zu Beisitzern ernannt folgende Herren: Generalsuperintendent **D. Schultze-Magdeburg**, Kaufmann **Fahrenhorst-Magdeburg**, Kaufmann **Richter-Naumburg**, Kaufmann **Alb. Drechsler-Halle**, Superintendent **Lic. Förster-Halle**, Regierungs-Präsident a. D. **Rothe-Halle**.

Es erhält nunmehr das Wort:

Herr Medicinal-Assessor Dr. Hartmann-Magdeburg: Meine Herren! Das hochgeehrte Lokalcomitée hat mich beauftragt, Ihnen einen kurzen Ueberblick über die Geschichte der Sonntags-Verordnung in Magdeburg zu geben. Diese Entwickelung in der Provinzial-Hauptstadt ist ebenso eigenartig als lehrreich; denn ohne die Vorgänge bei uns in Magdeburg würde die gegenwärtige Lage, in welche die aus dem wärmsten Wohlwollen hervorgegangene Verordnung gerathen ist, kaum zu verstehen sein.

Was wollte die Verordnung? Sie wollte, — soweit ihre Macht reichte, im Sinne der Provinzial-Synodal-Beschlüsse und im Einverständniß mit dem Provinzial-Rath, — die Segnungen der Sonntagsruhe auf eine zahlreiche Classe von meistens vielgeplagten Leuten ausdehnen, die bisher durch die Macht der Gewohnheit und Bequemlichkeit davon so gut wie ausgeschlossen sind; ich meine die Gewohnheit und Bequemlichkeit des ungehinderten Einkaufens und Verkaufens am Sonntage. Sie konnte und mußte dabei auf das wohlwollende Entgegenkommen Derer rechnen, die bisher im Alleinbesitz des Sonntagsrechtes gewesen waren.

Natürlich ist solche Generationen hindurch eingewurzelte Gewohnheit nicht im Handumdrehen abgewöhnt; solche langbesessene Bequemlichkeit nicht angenehm zu entbehren; und während der Zeit der Neugewöhnung erleidet auch dieser nnd jener Käufer und besonders Verkäufer vorübergehend Verluste. Aber ist der zu erstrebende bleibende Gewinn dieses vorübergehende Opfer nicht werth? Welche segensreiche Neuerung wird ohne ein zeitweiliges Opfer erkauft?

Und vorübergehend ist dieses Opfer. Bei gutem Willen für die Sache hungert in der Stadt deshalb Niemand mehr als ein Mal, oder läßt seinen Gast zum zweiten Mal darben, wenn er sich ein Mal vor dem sonntäglichen Schluß der Läden nicht rechtzeitig mit Vorräthen versorgt hat. — Und wenn der Arbeiter wirklich nach der Lohnauszahlung am Sonnabend keine Zeit zu Einkäufen für die Woche mehr hat, was hindert Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bei gutem Willen für die Sache der Sonntagsruhe, gemeinsam die längst empfohlene Verlegung der Lohnzahlung auf einen anderen Wochentag anzustreben. — Was hindert, selbst dahin zu trachten, daß auch für die lohnarbeitende Landbevölkerung eine andere als die Sonntagszeit zum Einkauf in der benachbarten Stadt allmählig erwirkt werde durch den guten Willen ihrer Arbeitgeber und Brotherren für die Sache der Sonntagsruhe?

Zu all' solchem und ähnlichem Streben aus dem guten Willen für diese große und heilige Sache heraus konnte und wollte die Ober-Präsidial-Verordnung ein Anstoß werden.

Und wenn sich irgendwo die Zeit bis zur Verwirklichung zu lang zeigte, um für den Einzelnen das Opfer erträglich erscheinen zu lassen, zeigt nicht die Verordnung selbst (Alinea 2) den Weg zur zeit- oder districtweisen Abhülfe? Ja noch mehr, ist nicht von der ersten sich darbietenden Gelegenheit an von maßgebender Stelle aus immer wieder und wieder betont worden, daß, wenn nur erst Erfahrungen (statt der Declamationen) vorlägen, auch eine sich als nöthig ergebende generelle Modifikation nicht von der Hand gewiesen werden würde?

Was hätte also gehindert, in der ganzen Provinz, in Stadt und Land, bei Käufern und Verkäufern die wohlgemeinte Verordnung im Hinblick auf das große Ziel der zu erstrebenden Sonntagsruhe wohlwollend aufzunehmen, zu erproben; nicht bloß an ihre Modification zu Gunsten unserer Bequemlichkeit, sondern ebensosehr an die Beseitigung der angewöhnten Uebelstände zu denken, welche die Verordnung für uns unbequem machen; und endlich, nach treuer Abwägung dieser beiden Momente neben- und gegeneinander, mit wohlbegründeten Vorschlägen zur zeitweisen oder dauernden Einschränkung hervorzutreten?

Wie aber wurde die Verordnung am Orte ihrer Entstehung aufgenommen? Fünf Tage nach dem Inkrafttreten hielt der Magdeburger Bürger-Verein eine General-Versammlung ab. (Für die in Magdeburg nicht Orientirten muß ich hier einschalten, daß dieser Verein bei allen politischen und communalen Wahlen dem vorgeschrittenen Fortschritt huldigt.) In dieser Versammlung (12. Januar) wurde sofort die Verordnung mit allen erdenklichen und nicht erdenklichen Waffen bekämpft. Der Ruin zahlloser Geschäfte, Gehalts- und Stellenverlust für die Handlungsgehilfen, Schwächung der Steuerkraft der Communen wurde geweissagt und vorgerechnet. Kein Wort von dem durch die Verordnung beabsichtigten Segen für die bisher fast sonntaglosen; nur von einem den Prinzipalen entgegengesetzten Interesse der Commis und Lehrlinge wurde geredet. — Kein Wort von der in der Verordnung selbst gezeigten Abhülfe für zeit- und ortweise Härten. — Hohn und Vorwurf dafür, daß sie sich einzig auf die centrale Provinz Sachsen erstrecke, und nur den nothwendigen Handelsverkehr mit dem Unentbehrlichen zur Nahrung und Kleidung treffe, Conditorei und Wirthshaus, ja sogar die Schnapskneipe aber unangerührt lasse; — als ob der Arm des Ober-Präsidenten über die Provinz hinaus, oder in das Gebiet des Wirthshausverkehrs hineinreichte; als ob nicht vielmehr bei gutem Willen für die Sache der Sonntagsruhe die centrale Lage der Provinz Sachsen ein gleichzeitiger Anstoß für viele benachbarte Provinzen und Länder, und als ob die Förderung der Sonntagefrage auf dem einen Verwaltungs-Gebiete des öffentlichen Handelsverkehrs nicht ein Anstoß zur entsprechenden Weiterführung auf dem andern Gesetzgebungsgebiete des Wirthschaftsverkehrs, der Comptoirs und Bureaux werden könnte!

Von alledem kein Wort in jener, die ganze Bewegung einleitenden und charakterisirenden Versammlung. Zuletzt folgte noch eine dreiste Brandmarkung der Verordnung einerseits als Akt einer immer mehr zunehmenden Polizei-Willkür, andererseits als Ausgeburt der kirchlichen und politischen Reaktion. Charakteristisch ist, daß dieser effektvolle Schluß von einem Israeliten (M. Nathan Getreide-Commissions-Geschäft) hinzugefügt wurde, eines Mannes, der bei allen Wahlen in Magdeburg eine sehr einflußreiche Rolle spielt.

Das war der Anfang, — 5 Tage nach dem Inkrafttreten der Verordnung. Und fast gleichzeitig eröffnete, in salonfahigerer Form, aber nicht minder entschieden, die Magdeb. Zeitung ihren Feldzug gegen die Verordnung und ihren ihr wohl nicht allzu sympathischen Urheber, zunächst in einer schier endlosen Reihe von Leitartikeln „aus der Feder einer der ersten Autoritäten“, die Rechtsgültigkeit der Verordnung anzweifelnd, dann sie bestreitend, zwischendurch aber sehr bald das Gespenst der Reaktion am Nachthimmel der Zukunft vor dem gruselnden Leser aufsteigen lassend.

Wer in Magdeburg Bescheid weiß, der kann ermessen, wieviel bei uns nun noch für eine ruhige, wohlwollende, objektive Aufnahme und Erprobung der neuen Verordnung seitens der sachlich Betroffenen zu hoffen war, nachdem die verblüffende Phrase mündlich und das politische Evangelium Magdeburgs schriftlich dagegen Partei ergriffen hatte.

Das Thörichtste und Bedauerlichste, was der Verordnung passiren konnte, war geschehen: sie war als „ein garstig Lied, pfui! ein politisch Lied“ denuncirt worden. — Von wem? Das weiß jeder Hörer oder Leser der Verhandlungen in jener Bürger-Vereins-Versammlung vom 12. Januar.

Was lag näher, als daß die Freunde der Verordnung sie zu vertheidigen suchten? Natürlich nur die offenen, muthvolleren Freunde, die freilich in Magdeburg die Minorität darstellen. (Es würde anders sein, wenn alle die, welche aus Furcht vor Kundschafts-, vor Stellen-Verlust oder unter was sonst für einem Terrorismus ihre heimliche Freundschaft nicht zu zeigen wagen, damit offen hervortreten wollten.) Der Versuch wurde gemacht, einen durchaus neutralen, Politik grundsätzlich ausschließenden Verein dazu zu bewegen, daß er die Vertheidigung der Verordnung übernehme. — Er lehnte ab. —

Erst da brachten Einige jener Freunde die Sache in dem conservativen Verein Magdeburgs zur Sprache, — 3 Tage nach jener Bürger-Vereins-Versammlung. — Wie ein Mann trat dieser natürlich für die Verordnung ein und faßte sofort eine geharnischte Gegen-Resolution, die von allen Mitgliedern und vielen Gästen unterzeichnet und nachher dem Herrn Ober-Präsidenten überreicht wurde.

Unmittelbar nach ihrer ersten Versammlung hatten die Gegner in energischer, aber in der Wahl der Mittel nicht zu wählerischer Weise begonnen, Unterschriften zu einer Petition an den Herrn Ober-Präsidenten um Aufhebung der Verordnung in und außerhalb Magdeburgs zusammenzubringen. Auch auf diesem Wege mußte man ihnen folgen, wenn man die Verordnung wirksam vertheidigen wollte. Aber Eile that Noth, denn es hieß, der Landtag werde demnächst zusammentreten und sofort mit einer Interpellation der Verordnung behelligt werden.

Der conservative Verein erbot sich, Geld und Arbeit hierzu herzuleihen. Im Uebrigen glaubte er, daß er seine redliche Absicht, der Sache nicht als politischer Verein, sondern quasi als neutrales Comité zu dienen, dadurch genugsam kundgebe, indem er zum Zweck der Sammlung befreundeter Stimmen aus der ganzen Provinz nicht seine eigene energische Resolution benutzte, sondern statt deren eine ganz objektive, ja farblose Zustimmungs-Erklärung zur Unterzeichnung hinausschickte. Sie kennen Alle den Wortlaut derselben.

Nichtsdestoweniger ist dies ein — nur durch die Eile entschuldbarer — taktischer Fehler gewesen. Denn nun war der vollkommene Anlaß gegeben, das fast 14 Tage zuvor an der Verordnung begangene Unrecht, — daß man ihr einen politischen Character unterschob, — nagelneu den bösen Conservativen in die Schuhe zu schieben.

Und wieder reichten sich die beiden Tyrannen Magdeburgs, — der Bürgerverein und die Magdeburger Zeitung, — verständnißinnig die Hand bei diesem Werk.

Die letztere erklärte (in Nr. 47 vom 28. Januar) auf Grund der Provinzial-Synodal-Prot. die dortigen einstimmigen Sonntags-Beschlüsse für furchtbarste Reaction, ebenso schlimm, meist schlimmer, als Alles was nur je von den Ultramontanen ausgegangen sei.

Und der Bürgerverein veranstaltete eine große Volksversammlung, in der dasselbe Lied angestimmt, außerdem weitere Schauergeschichten von bereits hervorgetretenen oder doch sicheren Folgen der bösen Verordnung erzählt und 2 unter Zusicherung freien Geleits persönlich eingeladene Freunde der Verordnung zwar zum Worte gelassen, dann aber — der Eine mehr der Andere weniger — niedergeschrieen und nach beider Weggang persönlich begeifert wurden.

Auch auf diese Volksversammlung der Gegner sind die Freunde der Verordnung die entsprechende Antwort (in ihrer Weise) nicht schuldig geblieben. Gewiß ist auch zu Ihrem Ohr oder Auge der schöne, ungestörte Verlauf jener von über 4000 Männern besuchten Versammlung (vom 6. Februar) zur Vertheidigung der Sonntagsruhe gedrungen, wo der bekannte Herr v. Schlümbach aus seinem Leben amerikanische Sonntagszustände und Reformbestrebungen schilderte, von welchen auf die unsrigen zu abstrahiren manchem Zuhörer gewiß mehr leicht als angenehm war.

Wenige Tage vor dieser Versammlung war durch eine Deputation des Bürger-Vereins, bestehend aus dem Hauptredner beider Versammlungen, dem nach Magdeburg übergesiedelten Rechtsconsulenten, Herrn Bammel, dann dem „Prediger“ der freien Gemeinde in Magdeburg, Herrn Sachse, und drei andern Herren, — das Ergebniß der Stimmensammlung gegen die Verordnung in Gestalt der Petition mit 40000 Unterschriften (durch Nachlieferung auf 48000 Unterschriften vermehrt) überreicht worden. Von der Art, wie diese zusammengebracht sind, befinden sich gewiß Zeugen aus recht verschiedenen Orten unter uns. Aber davon ganz abgesehen: es war leichte Mühe, mit Declamationen, wie vorher geschildert, die Interessenten einzuschüchtern und zur Unterschrift zu bewegen; und jeder, der Verdienst oder Bequemlichkeit zu verlieren befürchtete, war ein solcher Interessent.

Die Zahl dieser Unterschriften hat auch keinen Eindruck auf den Herrn Ober-Präsidenten gemacht, also daß die Unternehmer am 12. Februar ca. 100 Abgesandte aus verschiedenen Orten der Provinz um sich versammelten, ihnen Vortrag über das Mißlingen des ersten Sturms hielten und sich (sammt einigen Begleitern aus andern Orten) beauftragen ließen, bei dem Herrn Minister des Innern und womöglich bei Sr. Maj. dem Kaiser persönlich Beschwerde über die unheilvolle Verordnung und ihren Urheber zu führen und um Remedur zu bitten.

Der Erfolg dieser unter Führung des Herrn Bammel am 16. Februar in Berlin gewesenen Deputation ist allgemeiner bekannt und gehört nicht mehr zu den spezif. Magdeb. Ereignissen. Die Gerichte hatten begonnen Stellung zu der Frage nach der Rechtsgültigkeit der Verordnung zu nehmen, und mit dem achselzuckenden Hinweis auf den zuvorigen Austrag dieser Rechtsfrage mußten die Herren auch dort abziehen. Freilich hätten die Freunde der Sache gewünscht, daß sie weniger Anlaß zu Muth und Uebermuth, zu dreister Ignorirung und Verspottung der Verordnung in Berlin gefunden hätten, als sie augenscheinlich trotz ihrer Abweisung von dort mitgenommen und nicht bloß nach Magdeburg heimgebracht haben.

Weniger allgemein bekannt, obgleich auch nicht eigentlich zu Magdeburg gehörig, ist das der Zahl nach viel bescheidenere, der Bedeutung nach wohl kaum werthlosere Resultat der Stimmensammlung für die Verordnung aus unsrer Provinz, welches sich inzwischen ruhig vollzog. Ich hoffe mehrseitigem Interesse zu begegnen, wenn ich bitte, meine Mittheilungen aus Magdeburg mit einigen Daten über diese Resultate schließen zu dürfen.

Am 18 Januar wurden ca. 1350 Briefe an die Pfarrer der Provinz versandt, mit der Bitte, entweder selbst oder durch einen Vertrauensmann Stimmen zu sammeln.

Bis zum 19. Februar waren Zustimmungs-Erklärungen aus 390 Gemeinden (fast 30 pCt.) eingegangen.

Die Meisten (350) lauteten einfach zustimmend, und darauf allein kam es ja zunächst an. Die Uebrigen machten ihre Zustimmung von gewissen Modifikationen abhängig; aus jedem Orte sah die gewünschte Modifikation aber anders aus, Beweis genug, daß zuerst Erfahrungen gesammelt werden müssen ehe vernünftiger Weise an Modifikationen gedacht werden kann.

Es wurde beschlossen, daß Zustimmungs-Erklärungen mit Vorbehalt vorläufig bis zur Zeit der zweifellos einmal kommenden Revision der V. zurückzulegen, und unterm 19. Februar die Zustimmungs-Erklärung der 350 Ortschaften mit rund 8000 Unterschriften dem Herrn Ober-Präsidenten überreicht.

Daß diese Zahl eine viel größere eigentlich bedeutet, dafür nur ein paar Worte:

Aus 27 Orten hatte aus Mißverständniß der Pfarrer die Erklärung nur mit eigener Unterschrift zurückgesandt, die Zustimmung der Gemeinde konstatirend. 27 Orte figuriren also dabei mit nur je 1 Stimme.

In 62 Orten waren Gemeinde-Vorstand, Orts-Vorstand, Schul-Vorstand und Kirchen-Vorstand zusammengetreten, hat en unterzeichnet und damit die Zustimmung der Gemeinde konstatirt. Diese 62 Orte weisen also je 4—12 Unterschriften auf.

In 12 Orten waren Krankheit, Abwesenheit oder zufällige Behinderung des Vertrauensmannes Schuld am geringen Erfolge.

In 10 Orten hatte der Vertrauensmann Gewissensbedenken gehabt, eine Verordnung zur Diskussion zu stellen, die als obrigkeitlich den Leuten für unanfechtbar gelten sollte und gilt.

In 24 Orten wurde starke Gegenagitation konstatirt. (Harpke!)

In 15 Orten lautete die Unterschrift: Scheu der Leute. Außerdem: Grenzgebiet, Terrorismus der Arbeitgeber, Einfluß der Magdeburger Zeitung und Firma des Conservativen Vereins.

Man denke sich an allen diesen Orten einen Stimmensammler, ebenso energisch und rücksichtslos wie den der Gegner, und dann frage man sich, ob die 8000 neben den 40000 so wenig bedeuten?

Dagegen köstliche Zeugnisse aus manchen Orten:

Aus dem Kreise Schleusingen, Grenzgebiet, waren 14 Orte zustimmend, die eine Liste aus dem Vesserthal allein hatte einige 80 Unterschriften.

Aus einigen Orten lautete der Zusatz: die hierstehenden Namen sind die von sämmtlichen Haushalts-Vorständen.

Meine Herren! Das Bild aus Magdeburg, welches ich Ihnen zu zeichnen versucht, ist kein sehr vortheilhaftes; deshalb freue ich mich, daß es zuerst gekommen ist. Wie ich höre, werden die Bilder der Zustände aus den beiden anderen Hauptstädten freundlicherer und erfreulicherer Art sein. Aber auch in Magdeburg halten wir den Kopf oben und gedenken uns nicht entmuthigen zu lassen.

Herr Ober-Prediger Saran-Halle: M. H. Die Oberpräsidial-Verordnung vom 18. Dezember 1882 hat, wie überall in der Provinz so auch in unserer Stadt, die Gemüther lebhaft beschäftigt. Die Freunde der Sonntagsruhe haben sie mit Dank und Freude als eine sittliche That des Herrn Oberpräsidenten begrüßt, während ihre Gegner sie mit Wort und Schrift bekämpft haben, um ihren Fortbestand zu untergraben. Da der pecuniäre Vortheil ihrer Gegner wesentlich mit in Frage kam, so ist die Agitation eine ziemlich scharfe und energische gewesen; aber ich muß doch sagen, daß sie glücklicherweise hier viel weniger mit politischen Nebentendenzen verquickt gewesen ist, als es in Magdeburg der Fall gewesen zu sein scheint und daß sie im Großen und Ganzen den Charakter der Ruhe und Mäßigung nicht verleugnet hat, der unser Halle'sches Leben, wie in politischer, so namentlich in kirchlicher und socialer Beziehung auszeichnet. Es hat ja freilich an persönlichen Angriffen auf den Herrn Vorsitzenden unseres localen Sonntagscomités und an anonymen Zuschriften, die bei ihm eingelaufen sind, nicht gefehlt, aber es würde, m. Er, unbillig und ungerecht sein, wenn wir für diese Ausschreitungen individueller Gehässigkeit die öffentliche Agitation verantwortlich machen wollten, mit der wir es doch hier allein zu thun haben.

Die wichtigste öffentliche Kundgebung wider die Oberpräsidialverordnung aus dem Lager ihrer hiesigen Gegner liegt in einer Resolution vor, welche eine zahlreich besuchte Versammlung von Gewerbtreibenden am 23. Januar cr. im hiesigen Stadtschützenhause gefaßt hat. Diese Resolution lautete nach dem Bericht der Saale-Zeitung: Die heutige Versammlung spricht über die Oberpräsidialverordnung vom 18. Dezember 1882, betreffend die Sonntagsruhe, öffentlich ihr Bedauern aus

1. weil diese Maßregel die gesammten Verkehrsverhältnisse zu hemmen und deßhalb einen jeden Geschäftsmann finanziell schwer zu schädigen geeignet ist;
2. weil dieser Erlaß tief in die Rechte persönlicher Freiheit eines jeden einzelnen Staatsbürgers eingreift und
3. weil derselbe über den Rahmen der bezüglich der Sonntagsfeier bestehenden Gesetze hinausgreift.

Da es nach dem Aufruf, welchen die Zeitungen gebracht haben, der Zweck der heutigen Versammlung ist, unter anderem auch die übertriebenen und verdunkelnden Kundgebungen unserer Gegner zu widerlegen, so erlaube ich mir, dieser Resolution und ihrer Begründung hiermit öffentlich zu widersprechen.

Es ist, um mit dem ersten dieser Sätze anzufangen, entschieden übertrieben, zu behaupten, daß die Verordnung geeignet sei, die gesammten Verkehrsverhältnisse zu hemmen. Die gesammten Verkehrverhältnisse! Das klingt beinahe, als ob durch diese provinzielle Maßregel der gesammte Weltverkehr ins Stocken gerathen könnte. Aber wenn wir auch den Ausdruck „die gesammten Verkehrsverhältnisse“ blos auf den Provinzialverkehr beziehen, so enthält er auch bei dieser milden Interpretation noch immer eine Ueberschwenglichkeit. Denn es wird durch diese Maßregel nachweisleich nur der Sonntagsverkehr in der Provinz gehemmt, etwas mehr gehemmt, als es durch die laxe Verordnung von 1879 geschehen ist und das gerade war der Zweck der Verordnung. Fällt hiernach die erste Hälfte des Satzes um, so muß auch die zweite Hälfte fallen, die sich auf die erste stützt. Denn es wird darin behauptet, daß wegen der Hemmung der gesammten Verkehrsverhältnisse die Maßregel geeignet sei, jeden Geschäftsmann finanziell schwer zu schädigen. Jeden Geschäftsmann! Das ist wieder eine Uebertreibung. Denn es haben sich in der Provinz sowohl, wie hier in Halle Geschäftsleute genug für die Verordnung erklärt und es uns bezeugt, daß sie durch dieselbe keine pecuniäre Einbuße erlitten hätten. Aber soviel ist gewiß, daß in der Furcht vor pecuniären Verlusten der nervus rerum der ganzen Gegenströmung bei uns gelegen hat. Man hat Auszüge aus den Contobüchern gemacht und lange Verlustlisten bei dem Oberpräsidium resp. bei dem Ministerium eingereicht, um zu beweisen, wie groß und schwer die Einbuße sei, die man erleide, und ich gebe gern zu, daß einzelne Geschäfte und gewisse Gegenden in unserer Provinz, z. B. solche, wo im Sommer Sonntags ein starker Fremdenverkehr stattfindet, mit einer gewissen Einseitigkeit durch diese Verordnung betroffen werden. Aber ich frage Sie, meine Herren, läßt sich überhaupt eine obrigkeitliche Verordnung schaffen, welche bei der unendlichen Mannigfaltigkeit der Verhältnisse und Interessen Niemanden vor den Kopf stößt, sondern alle Theile einmüthig befriedigt? Ich halte das für rein unmöglich. Ebenso bestreite ich, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188304212-11/fragment/page=0005
DFG

durch die Verordnung des Herrn Oberpräsidenten jeder Geschäftsmann finanziell schwer geschädigt werden müßte. Offenbar hat sich in den Bedürfnissen der Provinzialen durch die Verordnung nicht das Geringste ändern können, ihr Consum ist nach wie vor derselbe geblieben. Nur darin ist eine Aenderung eingetreten, daß derselbe Consum jetzt in einer kürzeren Frist eingekauft werden muß. Früher hatte das Publikum 7 volle Tage zum Einkaufen Zeit, die gottesdienstlichen Stunden ausgenommen, jetzt hat es nur 6½ Tag Zeit, die gottesdienstlichen Stunden ausgenommen. Ich würde es verstanden haben, wenn sich das Publikum durch die Maßregel genirt gefühlt hätte, aber das Publikum hat die Verordnung merkwürdiger Weise mit großer Seelenruhe aufgenommen und nicht gegen dieselbe agitirt — ein Zeichen, daß die Gesammtinteressen der Provinz durch dieselbe in keiner Weise geschädigt worden sind. Wäre die Verordnung streng durchgeführt worden, so würden sich die pecuniären Verluste gewisser Geschäftsinhaber wahrscheinlich auf ein Minimum reducirt haben, weil dann kein Kaufmann etwas vor dem Anderen vorausgehabt hätte. Diesen Standpunkt hat in der Versammlung vom 23. Januar der hiesige Kaufmann Herr Luckow zu vertreten gesucht, ist aber nach dem Berichte der Saale-Zeitung stürmisch unterbrochen worden und hat sich nur mit Mühe Gehör schaffen können. Daher werden wir der Saale-Zeitung gewiß beipflichten müssen, wenn sie in ihrer Nummer vom 28. Januar cr. mit Bezug auf jene Vorgänge schreibt: „Danach terrorisirte also die Majorität die Minorität und machte sie mundtodt. Jedenfalls haben wir Grund zu der Annahme, daß mit Herrn Luckow sehr viele Kaufleute in Halle übereinstimmen und wir zweifeln nicht, daß trotz aller Mehrheitsbeschlüsse in unserer Stadt schließlich die größere und freiere Ansicht der Dinge, die Ansicht, welche das recht verstandene Interesse des einzelnen Gewerbes mit dem des Bürgers eines mit socialen Aufgaben betrauten Staates und des Mitgliedes einer auf Humanität gegründeten Gesellschaft harmonisch auszugleichen weiß, die Oberhand behalten wird."

Satz 2 der Resolution bedauert die Verordnung, weil sie tief in die Rechte persönlicher Freiheit eines jeden einzelnen Staatsbürgers eingreife. Auch diesem Satze muß ich widersprechen. Denn offenbar geht das Recht der persönlichen Freiheit bei keinem Staatsbürger so weit, daß er die öffentliche Sonntagsruhe stören dürfte. Die Sonntagsruhe ist ein göttliches Gebot, welches der Staat durch seine Gesetze und Verordnungen zu schützen hat. Er kann die Sonntagsruhe aber gar nicht anders schützen, als dadurch, daß er tief in die persönliche Freiheit der Einzelnen eingreift, damit die Gesammtheit nicht durch die Selbstsucht Einzelner leide. Es ist entschieden verkehrt und ungerecht zu fordern, daß die Obrigkeit mit ihren Verordnungen sich in den Dienst einer Minderheit oder eines bestimmten Standes stellen solle, sie hat die Interessen der Gesammtheit zu wahren und darüber zu wachen, daß die Gesammtheit nicht durch die Einzelnen und die Einzelnen nicht durch die Gesammtheit geschädigt werden. Unseres Erachtens ist es ein Grundrecht der persönlichen Freiheit jedes Christenmenschen, daß er am Sonntag ruhen darf von seiner Arbeit und daher reclamiren wir die Sonntagsruhe im Namen der christlichen Freiheit für alle Stände und Geschlechter, für Reich und Arm, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für die Kaufleute und für das Publikum.

Ueber den dritten Satz der Resolution will ich schweigen, weil die juristische Seite der Verordnung demnächst vor dem obersten Gerichtshof zur Entscheidung kommen wird und mir als Laien ein Urtheil darüber nicht zukommt.

Dagegen muß ich noch einigen Bemerkungen widersprechen, welche auf der Versammlung vom 23. Jan. über die Oberpräsidialverordnung gefallen sind. Zu Anfang des Jahres war hier noch allgemein das Vorurtheil verbreitet, daß diese Maßregel aus der Initiative des Hallischen Sonntagscomitees hervorgegangen sei. Von dieser Voraussetzung aus, äußerte ein Redner in jener Versammlung, daß „der Herr Oberpräsident nur dem Willen Derer entsprochen habe, welche die von geistlicher Seite in Anregung gebrachte Petition um Beschränkung des sonntäglichen Handelsverkehrs unterschrieben haben, obschon diese Petition eines halben Jahres bedurfte, um 400 Unterschriften zu finden, während die Gegenpetition sich in 3 Tagen mit 800 Unterschriften bedeckte" (Saalezeitung). Die Wahrheit ist, daß wir über den Erlaß dieser Verordnung ebenso überrascht waren, wie die Gegner derselben. Aber unsere Ueberraschung war eine ebenso angenehme und freudige, als man sie werthvollen Weihnachtsgeschenken gegenüber zu empfinden pflegt.

Da man, wie gesagt, zu Anfang des Jahres die Verordnung noch allgemein als pietistisch-clericales Machwerk ansah, so lag es für ihre Gegner nahe, zu behaupten, daß die Verschärfung der Sonntagspolizeiverordnungen auf Moralität und Kirchenbesuch keineswegs so günstig einwirkte, als die Geistlichen anzunehmen schienen. Diesen Standpunkt vertrat mit vielem Beifall in jener Versammlung ein Redner, indem er ausführte, daß in Leipzig trotz der größeren Sonntagsruhe die Leute weniger in die Kirche gingen, als in Halle, während am Sonntag Nachmittag die Kneipen Leipzigs alle dicht gefüllt seien, weil die Leute mit ihrer freien Zeit nichts besseres anzufangen wüßten, als sie am Biertisch zu verthun. Der Redner schien nicht zu ahnen, wie sehr er mit diesen Bemerkungen aus unserm Herzen sprach. Denn wir Geistlichen täuschen uns darüber gar nicht, daß auch ein so edles Gut, wie die Sonntagsruhe, in den Dienst der Sünde und Immoralität herabgezogen werden kann; im Gegentheil, wir wissen aus der Schrift Schröters über den Sonntag und das Verbrechen, wie es statistisch nachgewiesen ist, daß die meisten Verbrecher gerade am Sonntag, resp. am Sonnabend oder blauen Montag zu Falle kommen. Drum ist uns die bloße Sonntagsruhe so lange ein Gut von zweifelhaftem Werthe, als sie nicht mit Sonntagsheiligung verbunden ist. Was Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden, heißt es hier. Die Sonntagsruhe ist ein goldener Rahmen ohne Bild, den uns der Staat durch seine Polizeigewalt verschafft; in diesen goldenen Rahmen muß aber nun ein schönes, lebensvolles, heiliges Bild gezeichnet werden, welches durch die Sonntagsheiligung geschieht. Die christliche Familie, die christlichen Vereine und die Kirche müssen zusammenwirken, um es wieder zur rechten Sonntagsheiligung zu bringen, sonst sinkt der Sonntag von seiner idealen Hohe herab und wird aus einem Könige der Tage, wozu ihn Gott gemacht hat, zu einem Knechte der Sünde, aus einem Seile der ewigen Liebe, die uns retten will, zu einer Schlinge des Verderbens. Das ist die Anschauung vom Sonntag, die wir in der Schule, im Confirmandenunterricht und auf der Kanzel vortragen und zu der wir uns auch hier in dieser freien Versammlung bekennen wollen im Angesichte unserer Gegner, weil diese Anschauung das Tageslicht auf keine Weise zu scheuen braucht.

Endlich äußerte ein Redner in jener Versammlung noch, daß die Oberpräsidialverordnung unerfüllbar sei, und berief sich für dies Urtheil auf die Thatsache, daß der Eintritt in die Läden trotz ihr stattgefunden habe, daß die Drehorgeln nach wie vor geleiert hätten u. s. w. Aber ich brauche wohl kaum zu sagen, daß der Herr Redner Zweierlei mit einander verwechselte, nämlich die Verordnung selbst und den Ungehorsam ihrer Uebertreter. Was kann der Herr Oberpräsident dafür, daß seine Verordnung nicht beobachtet wird? Die besten Gesetze bleiben unwirksam, wenn sie nicht gehalten werden. Mit demselben Argumente könnte man auch für die Aufhebung sämmtlicher Gesetze und Verordnungen plädiren, denn übertreten werden sie alle.

Meine Herren! Ich kann versichern, daß ich ohne alle persönliche Gereiztheit rede, weil ich in der glücklichen Lage bin, die wenigsten Wortführer aus dem gegnerischen Lager persönlich zu kennen, ich habe es lediglich mit ihren öffentlich ausgesprochenen Behauptungen zu thun. Nach allem was ich darüber gesagt habe, werden Sie mir hoffentlich in dem Urtheil beipflichten, daß wir keine Ursache haben, um dieser Resolution und ihrer Begründung willen unsern Standpunkt in der Sonntagsfrage irgendwie zu verändern. Unser Standpunkt ist uns durch die sociale Nothlage der Gegenwart, durch die Forderungen des Rechts, der Freiheit, der Humanität wie des göttlichen Wortes klar und deutlich vorgezeichnet. Ich betrachte es als ein glückliches Omen, daß unsre heutige Versammlung in eine Zeit gefallen ist, in welcher Se. Majestät der Kaiser jene herrliche Botschaft an den Reichstag hat gelangen lassen, welche ihm seine landesväterliche Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen dictirt hat. Er möchte gern noch für die nothleidenden Klassen sorgen, ehe seine Augen sich für immer schließen. Meines Erachtens gehört es zu den tiefsten socialen Nothständen unserer Zeit, daß Millionen unserer Brüder keine Sonntagsruhe haben. Darum bleibt es auch eine der heiligsten Pflichten für alle Freunde der Humanität, des Rechtes, der Freiheit wie der Kirche, für größere Sonntagsruhe zu agitiren, aber nicht für Sonntagsruhe allein, sondern für Sonntagsruhe in Verbindung mit der rechten Sonntagsheiligung.

Herr Generalsuperintendent D. Schulze-Magdeburg tritt darauf mit derselben Leidenschaftslosigkeit wie Herr Oberprediger Saran für die Verordnung ein und betont wiederholt als Anlaß derselben den Antrag der sächsischen Provinzialsynode. Er spricht sich sodann über die Wirkung der Verordnung auf den Besuch des Gottesdienstes aus und betont, daß von pastoralen Gelüsten nicht die Rede sein könne, aber man müsse für die Verordnung einstehen, weil das Volk eine innere Ruhe haben müsse! Die Behauptung, daß die Diener der Kirche mit diesen bürgerlichen socialen Fragen nichts zu thun haben, sei eine thatsächlich unrichtige, sie dürften dies nicht ruhig hinnehmen, ohne ihre Stimmen zu erheben. Nachdem Redner einen drastischen Vergleich der Beleuchtung der „strengen Sonntagsverordnung" mit dem Rescript des Ministers des Innern an die Provinzialschul-Collegien, welches verfügt, den Schülern während der Ferien keine Arbeiten aufzugeben, also einer „strengeren Ferienordnung" angestellt, kommt er zur Besprechung der Reichsgewerbe-Ordnung, in welcher der Sonntag bereits seinen Schutz gefunden, denn es heiße daselbst im § 136, daß jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahren an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden dürfen und im § 105, daß Arbeiter über 16 Jahre zu einer Sonntags-Arbeit nicht gezwungen werden können; es sei dies ein Beweis dafür, daß das Reich bereits dafür eingetreten, die Arbeiter-Klasse vor einer Sonntags-Arbeit zu schützen, die Frage werde daher nahe gelegt, ob man nicht in derselben Weise für den freien Sonntag der jungen Kaufleute eintreten solle. Redner erwähnt darauf, daß im Königreich Sachsen seiner Zeit bei der Einführung einer strengeren Sonntagsruhe derselbe Sturm entstanden sei, wie jetzt in Magdeburg und andern Städten, er hoffe aber, daß man auch diesen Gegenforderungen kräftig widerstehe, denn man wolle ja keinen amerikanischen Sonntag, sondern einen deutschen Sonntag, eine Ruhe in Gott, wo sich die Familie auf's Neue sammeln könne. Die Verachtung des Sonntags sei eine Verarmung der Nation an Lebensfreude, an Familiensinn, an Kinderzucht, in geistiger und leiblicher Kraft. Zum Schluß seiner Rede gab Herr Generalsuperintendent Schultze noch einen lehrreichen statistischen Ueberblick von verschiedenen Fabriken, in denen man mit der Verminderung der Arbeitszeit und der dadurch den Arbeitern gewährten größeren Ruhe eine erhöhte Production erzielt habe.

Nachdem noch Herr Regierungs-Präsident a. D. Rothe-Halle und Herr Kaufmann Richter-Naumburg im Sinne der Vorredner die Vortheile der Sonntags-Verordnung hervorgehoben, wird über eine Resolution in die Discussion eingetreten, an der sich namentlich die Herren Pastor Riemann-Magdeburg, Superintendent Förster-Halle, Professor Dr. Seeligmüller-Halle, Rechtsanwalt v. Gersdorff-Stendal betheiligen. Nach mehrfachen Erwägungen erhält die Resolution folgenden Wortlaut:

Die einseitigen, theils übertriebenen, theils geradezu entstellenden Mittheilungen, die von Seiten der Gegner der neu erlassenen Sonntags-Verordnung für die Provinz Sachsen über die Aufnahme dieses Regulativs, wie über die angeblich schon hervorgetretenen oder doch voraussichtlich davon zu erwartenden Nachtheile an die leitende Centralstelle gelangt sind, legen die Befürchtung nahe, daß die betr. Verordnung, und mit ihr der moralische Fortschritt, den sie — unbeschadet einiger, vielleicht rathsamer Limitationen — in der praktischen Lösung der Sonntagsfrage bezeichnet, der Provinz wieder verloren gehen könnte.

Angesichts dieser Gefahr findet sich die heute tagende Versammlung von Freunden der Sonntagsruhe aus allen Theilen der Provinz Sachsen veranlaßt:

I. zu erklären, 1. daß der Erlaß der Oberpräs.-Verordnung vom 18. December 1882, zur Herbeiführung einer größeren Sonntagsruhe, wie überhaupt als eine sittliche That, so insonderheit vom sozialen Gesichtspunkt aus mit Dank und Freude zu begrüßen ist.

2. Daß die für Aufrechthaltung dieser Verordnung entstandene Bewegung mit kirchlichen „Reaktionsbestrebungen", wie man ihr vorwirft, nichts zu thun hat, sondern von Männern der verschiedensten kirchlichen und politischen Richtungen ausgegangen und namentlich auch von Mitgliedern der gemäßigten Parteien geleitet und gefördert worden ist.

II. zu beschließen, 1. daß dem Herrn Ober-Präsident v. Wolff für den Erlaß dieses Regulativs ihr Dank durch eine Deputation aus dem heutigen Bureau und einigen Mitgliedern der Versammlung abgestattet werde;

2. Demselben für die von ihm, nach Maßgabe der zu sammelnden Erfahrungen, in Aussicht gestellte Revision der qu. Verordnung zur Berücksichtigung zu empfehlen, daß in die Verordnung der § 12 der Polizeiverordnung der Königl. Regierung zu Merseburg vom 13. Mai 1868 wieder aufgenommen werde.

3. dem Herrn Minister des Innern, unter Bezeugung des Dankes für die von ihm kundgegebene Weigerung, bis zur endgültigen richterlichen Entscheidung über die Rechtskraft der Verordnung den Fortbestand der letzteren irgendwie zu alteriren,

die dringende Bitte durch eine Deputation vorzutragen:

a) die Verordnung im Administrativwege jedenfalls so lange unverändert zu lassen, bis einerseits die Wogen der gegenwärtigen Agitation einer ruhigeren Stimmung Raum gegeben, und andererseits eine hinreichende Menge von Erfahrungen gesammelt sein wird, um über den praktischen, — übrigens in immer weiteren Kreisen dankbar anerkannten — Werth der Verordnung und ihrer Bestimmungen im Einzelnen, ein thatsächlich begründetes Urtheil fällen zu können;

b) den hie und da angestellten, aus angeblich officiösen Erklärungen entsprungenen, leider unter Connivenz einzelner Lokalbehörden zugelassenen Versuchen: die Verordnung durch eine zum mindesten ihrer Tendenz widersprechende Interpretation zu umgehen, — mit aller Energie entgegenzutreten und die betreffenden Behörden mit entsprechender Weisung zu versehen;

c) seinen Einfluß im Bundesrathe dahin geltend zu machen, daß für das Deutsche Reich ein Gesetz über die Sonntagsruhe erlassen werde, in welchem, außer dem öffentlichen Handelsverkehr, auch der Verkehr in Wirthshäusern, Schanklokalen und Branntweinschenken, namentlich auch der Post- und Eisenbahnverkehr an Sonn- und Festtagen dahin eingeschränkt wird, wie es mit den sittlich religiösen Interessen und mit den Forderungen wahrer Humanität sich verträgt.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

** **Lützen und Umgegend**, 18. April. Gestern Nachmittag wurde der frühere Lehrer von Großgöhren, J. K. Rud. Tornuß, auf dem Friedhofe zu Oebles unter außerordentlicher Theilnahme feierlich beerdigt. Sein früherer Ortsgeistlicher Pfarrer Wust in Großgöhren sprach im Hause des Verstorbenen tiefempfundene Worte, den Todten ehrend, die Hinterbliebenen tröstend; während ihm Pfarrer Diethold aus Vesta am offenen Grabe einen ehrenden Nachruf widmete. Die Lehrer der Ephorie Lützen, der er vor seiner Emeritierung angehört, sangen am Sarge ihres verstorbenen Kollegen ein paar köstliche Trostlieder; die Schulkinder seiner früheren Gemeinde Großgöhren waren gekommen, um in dankbarer Liebe mit einer reichen Fülle von Kränzen, Guirlanden und Palmenzweigen ihres treuen Lehrers Sarg zu schmücken und eine große Schaar Leidtragender von nah und fern legte ein sichtbares Zeugniß ab von der großen Achtung und Liebe, die sich der Verstorbene durch seine Treue im Amt und durch seinen allezeit feierlichstillen Christenwandel im Leben erworben. Sein Andenken bleibe im Segen!

—g. **Döllnitz**, 19. April. Heute hat sich der Böttchermeister Wilhelm Rothe hierselbst in dem Torfstalle, welcher zur Wohnung seines Sohnes gehörte, erhängt. Rothe war 60 Jahre alt, dem Trunke sehr ergeben und arbeitsscheu. Er hat in letzterer Zeit wiederholt an Säuferwahnsinn gelitten und hat jedenfalls in einem solchen Anfalle sich das Leben genommen. Andere Motive sind wenigstens nicht erfindlich.

—g. **Delitzsch**, 19. April. Anfangs dieses Monats hat sich der Knabe Franz G. von hier eines groben Bahnunfugs hierselbst dadurch schuldig gemacht, daß derselbe eines Abends am Hauptstrang des Verbindungsgeleises zwischen den Personen-Bahnhöfen der Halle-Sorau-Gubener und der Berlin-Anhalter Bahn Steine an der Schiene aufbaute, über die Steine einen Bremsknüppel legte und diesen wiederum mit Blech und Steinen befestigte. Glücklicherweise wurde der Vorfall noch rechtzeitig bemerkt und das Hinderniß, das leicht ein größeres Unglück hätte herbeiführen können, wieder beseitigt.

γ **Apolda**, 20 April. Im Februar d. J. haben Sie in Ihrer Zeitung von der Dammrutschung westlich des Viaduktes bei unserer Stadt berichtet und dürfte vielleicht auch die nachstehende Mittheilung für ihre Leser, von denen gewiß Mancher jene Stelle mit Bangen passirte, interessant sein. Die Rutschstelle, welche die Unterbrechung des an der Stadtseite belegenen Geleises zur Folge hatte, ist nunmehr durch kräftige Steinrippen entwässert, gestützt und vorläufig zum Stehen gebracht. Die weiter projektirte Steinpackung am Fuße der Böschung, welche in nächster Zeit in Angriff genommen werden soll, wird die Abrutschung dauernd verhindern. Das zur Zeit allein befahrene nördliche Geleis wurde während Ausführung der Sicherungsarbeiten dauernd unter guter Kontrole gehalten, hat Bewegung überhaupt nicht gezeigt und erscheint, zumal das Planum fürs südliche Geleis bereits wieder angeschüttet ist, vollständig gesichert. — Ferner erfahre ich, daß sich die speciellen Vorarbeiten der neuen Verkehrslinie nach Bayern auf der von der Direktion in Erfurt zu bauenden Strecke Eichicht-Probstzella ihrem Abschlusse nahen, sodaß der Bauangriff in diesem Sommer, die Vollendung im Sommer 1885 zu erwarten ist. Die Bahn wird, wie Gera-Eichicht, vorläufig bis Probstzella eingeleisig, von da an aber, da die starken Steigungen der bayerischen Strecke solches erfordern, zweigeleisig gebaut.

—g. **Pansfelde**, 19. April. Vor einigen Tagen ist der Arbeiter Christian Schmidt von hier, welcher beim Ziegelmeister Oertel hierselbst in Arbeit stand, in der Nähe der Oertel'schen Ziegelei beim Holzfahren so unglücklich vom Pferde gefallen, daß er unmittelbar vor das Wagenrad zu liegen kam und dasselbe ihm über den Kopf fuhr. Schmidt wurde zwar noch lebend aufgehoben und nach seiner Wohnung gebracht, ist dort aber bald darauf an den erlittenen schweren Verletzungen gestorben.

Civilstands-Register der Stadt Halle.

Meldungen vom 17. April 1883.

Aufgeboten: Der prakt. Arzt Dr. med. C. Stühmer, Magdeburg, und M. Richter, Dessauerstraße 1. — Der Klempnermeister G. Machetanz und W. Reinelt, Geiststraße 8. — Der Droschkenbesitzer O. Mittag, am Bahnhof 6, und O. Wurmstich, Pfännerhöhe 1a. — Der Lithograph M. Eggers, Mauergasse 10, und M. Höfer, Spitze 4. — Der Privatmann C. Ch. J. Braune und P. F. M. Klung, Leipzig. — Der Handelsmann Ch. W. Koch und M. S. A. Seiffert, Leipzig. — Der Sattler W. C. Markgraf, Halle, und B. Höhn, Roßbach.

Geboren: Dem Müller W. Dietel Zwillings-Töchter, Mühlgraben 8. — Dem Schuhmacher H. Meinhardt eine Tochter, Bäckergasse 6. — Dem Sattlermeister F. Kluge ein Sohn, große Steinstraße 27/28. — Dem Schuhmacher L. Gräfe ein Sohn, Entbindungs-Institut. — Eine unehel. Tochter, Graseweg 19.

Gestorben: Der Gelbgießer Robert Günther, 42 Jahr 4 Monat 4 Tage, Phthisis, Feldstraße 9. — Des Stellmacher L. Birke Sohn Ernst, 6 Jahr 4 Monat 2 Tage, Diphtheritis, Steg 17. — Des Schmied W. Rackwitz Sohn Paul, 6 Monat 9 Tage, Atrophie, an der Moritzkirche 5. — Der Handarbeiter Ernst Horn, 52 Jahr 9 Monat 10 Tage, Lungenlähmung, Fleischergasse 23. — Der Handelsmann Ferdinand Täubner, 53 Jahr 2 Monat 20 Tage, Vereiterung des Warzenfortsatzes, königliche Klinik. — Der Kesselschmied Wilhelm Börner, 47 Jahr 1 Monat 29 Tage, Schlag, Bahnhofstraße 11. — Der Rentier Friedrich Block, 60 Jahr 6 Monat 13 Tage, Stickfluß, Friedrichstraße 12.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 18. bis 19. April.

Kronprinz. Privatdocent Dr. Riggenbach a. Basel. Vers.-Inspector Werner u. Ingenieur Schmalfuß a. Colmar. Gymn.-Lehrer Handrick a. Neuhaldensleben. Assessor Zahn a. Berlin Dr. med. Gründer a. Berlin. Fabrikant Jackson u. Fabrikant Field a. Liverpool. Rentier Gompetz a. Sheffield. Landwirth Breme a. Querfurt. Die Kaufl. Ullrich a. Stettin, Neumeyer a. Frankfurt a/M., Keller u. Goldschmidt a. Berlin, Heller a. Hannover, Seifarth, Daum, Jacobi u. Schubert a. Berlin, Petersen a. Wiesbaden, Zinke u. Kolberg a. Magdeburg, Wiesener a. Hamburg, Tiede a. Erfurt. Civil-Ingen. Schmidt u. Techniker de Nolte a. Berlin. Techniker Andrä a. Berlin. Fabrikbes. Linke a. Annaberg. Fabrikbes. Rodenberg a. Lüttich. Rentier Siebel m. Gem. a. Hannover.

Stadt Zürich. Die Kaufl. Prinzhorn a. Berlin, Joachimsthal a. Elberfeld, Brand u. Singer a. Leipzig, Schmidt u. Dickel a. Berlin, Deichmann a. Gera, Luthy a. St. Gallen, Mohn a. Erfurt, Liebenthal a. Dresden, Zippel a. Döbeln, Knoche a. Mittweida, Lange, Köhler u. Hilbert a. Dresden, Wackernagel a. Rolle, Naake a. Essen, Petermann a. Cöln. Rentier Eckstein a. Untermhaus. Ober-Ingenieur Höttasch a. Dresden. Rentier Huldreich a. Greiz.

Stadt Hamburg. Graf von Dönhoff m. Gem. a. Berlin. Frau Hauptmann Schneider m. Sohn a. Gorsleben. Frau Köster m. Schwester a. Hamburg. Rentier Quaglio m. Gem. a. Braunschweig. Frau Grosser m. Tochter a. Frankfurt a/M. Major von Heimburg a. Magdeburg. Rittergutsbes. v. Häseler a. Dresden. Rittergutsbes. Dr. Jäckel m. Diener a. Cassel. Dr. jur. Rusack a. Berlin. Frau Baronin v. Weiß a. Schwerin. Rentier Föse a. Dresden. Consul Matthis a. Gotha. Prof. Dr. Gerhardt a. Liegnitz. Ingenieur Poggi a. Genua. Die Kaufl. Buch a. London, Fidesi a. Hamburg, Olschewski, Heckel u. Vogelsdorff a. Berlin, Winkelmann a. Gotha, Bachmann a. Offenbach, Giffenig a. Leipzig, Hasse a. Berlin, Rosenberg a. Breslau, Reinicke a. Hamburg, Becker a. Neutomysl, Rosenthal a. Hirschberg, Schwanecke a. Aachen.

Goldner Ring. Stud. med. Heygeld a. Breslau. Stud. med. Mayer a. Cöln. Die Kaufl. Risenthal a. Berlin, Boisin a. Königszelt, Wormser a. München, Hirschberg u. Wolff a. Berlin, Guckfeld a. Berlin, Schurich a. Hirschberg, Jokel a. Offenbach, Lutzmann a. Berlin, Manuel a. Cöln, Kalischer a. Leipzig, Baumgärtel a. Lengenfeld.

Goldene Kugel. Ober-Ingen. v. Kupfer a. Dresden. Berg-Inspector Wiesel a. Staßfurt. Rentier Meyer a. Rudolstadt. Rent. Gürtler a. Ohrdorf. Gutsbesitzer Geromont a. Mainz. Rector Müncher m. Sohn a. Jauer. Ingenieur Kayr a. Zürich. Inspect. Thieme a. Erfurt. Rentier Burger a. Hamburg. Ober-Ingenieur Ehrenberg a. Berlin. Landwirth Schäfer a. Erxleben. Fabrikant Schmidt m. Fam. a. Rudolstadt. Ingenieur Carpenter u. Bauunternehmer Selmann a. Berlin. Die Kaufl. Stange a. Wernigerode, Salomon a. Frankfurt a/M., Levysohn a. Berlin, Spier a. Aachen, Flock a. Mühlhausen, Bierwirth a. Bremen, Löser a. Gotha, Ullrichson a. Cölln a/E., Lange a. Dresden, Rudolph a. Crimmitschau, Nußbaum a. Berlin, Zießler a. Chemnitz, Müller a. Magdeburg. Fabrikant Kämper m. Gem. a. Berlin. Assessor Frensberg a. Torgau. Fabrikbes. Vonhof a. Leußenburg. Thierarzt Breitung a. Berlin. Administrator Frommer a. Falkenberg. Fabrikant Lehmann a. Hannover.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818830421 2-11/fragment/page=0006

Zweite Beilage zu № 91 der Hallischen Zeitung im vorm. G. Schwetschke'schen Verlage.

Halle, Sonnabend den 21. April 1883.

Geht es mit den Conservativen rückwärts?

Das geradezu betäubende fortschrittliche und secessionistische Triumphgeschrei über den unerwarteten Sieg im Reichstagswahlkreis Rügen-Franzburg, welches bis vor Kurzem noch kein Ende finden konnte, ist plötzlich verstummt, seitdem die Nachricht von der ebenso unerwarteten wie glänzenden Niederlage der Fortschrittler im Reichstagswahlkreis Osterode-Neidenburg bekannt geworden ist! Hat doch der conservative Candidat Bose mit beinahe 4000 Stimmen Majorität über den fortschrittlich-secessionistischen Kandidaten Weißermel gesiegt. Also von einem Erlöschen des conservativen Hauchs kann vorläufig noch nicht die Rede sein. —

Diese künstlich aufgebauschten Siegesbulletins im fortschrittlichen Feldlager erinnern unwillkürlich an fettgedruckte Zeitungsnachrichten in der französischen Presse während des Krieges 1870/71, wo ein phantastischer französischer Journalist es fertig brachte, aus der Mittheilung über die Gefangennehmung dreier preußischen ulans eine bedeutungsvolle Siegesnachricht zu schmieden.

Hieran wurde bekanntlich damals stets für die erstaunten Leser die Versicherung geknüpft, daß dieser großartige Erfolg das untrügliche Zeichen dafür sei, wie dem Siegessturmlauf der Preußen nunmehr „Halt" geboten werden. Trafen solche Prophezeiungen nicht ein, so schadeten sie weiter Nichts. Die Nachrichten wenn auch vom Schreiber selbst nicht geglaubt, hatten doch das Gute, dem leichtgläubigen Leser Muth einzuflößen!

Der eherne Schritt der Kriegsgeschichte ist über die damaligen Sieges-Prophezeiungen ebenso sicher hinweggegangen — wie ihn heutzutage wortreiche fortschrittliche Selbstüberhebung nicht aufhalten wird.

Qui vivera, verra! Vorläufig geht der Sturm-Marsch der conservativen Colonnen auf der ganzen Linie vorwärts, wie der Angriff der Preußen vor Metz und Sedan. Partielle Verluste werden die Streitenden nicht verhindern, vorwärts Terrain zu gewinnen. Sind doch die Streiter durchdrungen von dem hohen Werth der Güter, für welche sie kämpfen.

Damals galt es das deutsche Reich nach außen verteidigen, jetzt seinen Aufbau im Innern zu sichern!

Ueber den gesunden, stetigen Fortgang der conservativen Sache in ganz Preußen wie in unserer Provinz Sachsen — trotz einzelner Mißerfolge, wie z. B. hier in Halle — soll die nachfolgende interessante Uebersicht unseren Lesern ein veranschaulichendes Bild gewähren, indem die drei Wahlperioden: 1877, 1879 und 1882 in Vergleich gestellt werden.

Regierungs-Bezirk.	Anzahl der zu wählenden Abgeordneten.	Fortschritt.			Secessionisten.			Nationalliberal.			Freiconservativ.			Deutsch-Conservativ.			Polen.			Centrum.			Bei keiner Fraction.		
		1877	1879	1882	1877	1879	1882	1877	1879	1882	1877	1879	1882	1877	1879	1882	1877	1879	1882	1877	1879	1882	1877	1879	1882
Königsberg	19	12	5	2	—	—	1	3	3	—	—	—	1	—	7	11	—	—	—	4	4	4	—	—	—
Gumbinnen	13	13	5	—	—	—	—	—	—	1	—	3	4	—	5	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Danzig	9	2	2	2	—	—	3	5	3	1	—	1	1	—	—	—	2	2	2	—	—	—	—	1	—
Marienwerder	13	2	2	1	—	—	—	7	3	3	1	4	5	2	2	1	1	2	2	—	—	1	—	—	—
Stadt Berlin	9	9	9	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam	18	4	2	—	—	—	—	7	—	—	4	7	6	3	9	10	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Frankfurt	18	—	—	—	—	—	2	10	3	—	2	1	1	6	14	14	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Stettin	12	—	—	—	—	—	1	5	—	—	1	—	—	5	11	10	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Köslin	10	—	—	—	—	—	—	2	—	—	3	1	1	5	9	8	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Stralsund	4	—	—	—	—	—	—	2	—	—	1	2	—	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Posen	19	—	1	3	—	—	—	5	2	—	3	4	4	2	1	1	9	11	11	—	—	—	—	—	—
Bromberg	10	—	—	—	—	—	—	4	1	1	—	—	2	3	5	4	3	4	13	—	—	—	—	—	—
Breslau	25	2	—	3	—	—	2	12	6	1	1	2	3	5	11	11	—	—	—	5	4	4	—	2	1
Oppeln	21	—	—	—	—	—	—	1	1	—	4	2	—	1	1	1	—	—	—	15	17	20	—	—	—
Liegnitz	19	1	—	—	—	—	4	17	8	3	1	3	4	—	7	8	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Magdeburg	15	1	—	1	—	—	2	12	8	4	1	2	3	—	5	5	—	—	—	—	—	—	1	—	—
Merseburg	16	—	—	—	—	—	1	12	5	2	2	7	8	2	4	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	7	1	—	—	—	—	—	2	1	—	2	1	3	—	3	2	—	—	—	2	2	2	—	—	—
Schleswig-Holstein	19	4	4	6	—	—	1	9	8	7	3	3	2	1	2	1	—	—	—	—	—	—	—	2	2
Hannover	36	—	—	—	—	—	—	28	28	27	4	4	5	—	1	—	—	—	—	4	3	3	—	—	1
Münster	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	8	9	8	—	—	—
Minden	9	2	—	4	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	4	4	4	—	—	—
Arnsberg	13	5	1	3	—	—	—	1	5	3	1	1	1	—	—	—	—	—	—	3	3	3	3	3	3
Wiesbaden	12	6	4	6	—	—	3	5	4	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	1	2	1	—	1	—
Kassel	14	1	—	1	—	—	—	10	3	2	1	2	1	—	7	8	—	—	—	2	2	2	—	—	—
Köln	11	—	—	—	—	—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	10	10	—	—	1
Düsseldorf	21	3	1	1	—	—	1	8	7	8	1	2	1	—	—	—	—	—	—	8	10	10	1	—	—
Koblenz	10	—	—	—	—	—	—	4	1	2	1	1	—	—	—	1	—	—	—	5	7	7	—	1	—
Trier	11	—	—	—	—	—	—	2	1	1	1	2	2	—	—	—	—	—	—	8	8	8	—	—	—
Aachen	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	9	9	—	—	—
Hohenzollern	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	—	—	—
Summa	433	68	36	37	—	—	21	179	102	67	38	56	59	37	111	117	15	19	—	88	96	98	8	13	15

Deutscher Reichstag.

67. Plenarsitzung vom 19. April 1883.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Regierungstisch: Minister Scholz, Geh. Räthe Lohmann und Hermann und mehrere andere Kommissarien. In der Hofloge befindet sich Prinz Wilhelm.

Der Präsident theilt, indem die Mitglieder sich von den Sitzen erheben, mit, daß der Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg am 15. d. Mts. Vormittags 10 Uhr verstorben ist. In ihm verliert Se. Majestät der Kaiser den treuesten Verwandten, Freund und Bundesgenossen, das deutsche Volk einen geliebten Fürsten, der die Armee tapferen Muthes zum Siege geführt. Er ruhe in Frieden.

Vom Reichskanzler ist ein Schreiben eingegangen, die Ermächtigung wegen strafrechtlicher Verfolgung des Abg. v. Vollmar aus § 125 des Strafgesetzbuches zu ertheilen. Das Schreiben wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Die erste Berathung der allgemeinen Rechnung über den Etat pro 1879/80 giebt dem Abg. Rickert Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß mehrere der bekannten Miethsverträge, wie solche mehrfach von der Postverwaltung geschlossen und vom Hause als unzweckmäßig gerügt worden sind, auch dem vorliegenden Nachweise zu Grunde liegen. Redner nimmt an, daß die Regierung wegen dieses Punktes eine völlige Indemnität nachsuche. Nur in diesem Sinne könne die Decharge ertheilt werden.

Geheimer Ober-Postrath Fischer und Abg. v. Kardorff theilen diese Ansicht nicht, wogegen der Abg. Rickert ausführt, daß eine Etatsüberschreitung von über 140 000 ℳ vorliege, die doch jedenfalls der Genehmigung des Bundesrathes und des Reichstages bedürfe. Man werde künftig größere Spezialisirung des Postetats verlangen müssen.

Die Vorlage geht an die Rechnungskommission.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter. — Es werden die §§ 1, 1a, und 2 gemeinsam zur Debatte gestellt. Dieselben bestimmen, daß industrielle, gewerbliche und land- und forstwirthschaftliche Arbeiter dem Versicherungszwange unterworfen sind, und daß durch Ortsstatut der Versicherungszwang auf andere Kategorien von Beschäftigten ausgedehnt werden kann.

Abg. Richter (Hagen): Die Initiative zur Gesetzgebung der vorliegenden Art ist von unserer Partei ausgegangen. Das Genossenschaftswesen, die Haftpflicht und ähnliche sind aus fortschrittlicher Initiative entsprungen; wir werden deshalb auch weiter an dieser Gesetzgebung uns berathend betheiligen. Freilich unterscheiden wir uns von der Kommission bezüglich des staatlichen Versicherungszwanges. Wir können diesen Zwang nicht so allgemein gelten lassen, denn die Verhältnisse sind in den verschiedenen Berufsklassen so verschieden, daß man sich vor einer zu großen Uniformität hüten muß. Wir können den Zwang daher nur auf Grund des Ortsstatuts als richtig anerkennen. In dem staatlichen Zwange kennzeichnet sich das Mißtrauen gegen die Selbstverwaltung. Man sagt, unsere Städteordnung tauge dazu nicht. Warum verbessert man sie nicht? Wenn aber die Stadtbehörden nicht geeignet sind, wieviel weniger müßten es dann erst die ländlichen Gemeindeverwaltungen sein, denen man doch das Recht beilegen will, selbstständig über den Versicherungszwang ländlicher Arbeiter zu bestimmen. Die Neigung, sich zu Krankenkassen-Verbänden zu vereinigen, ist bei unserer Bevölkerung sehr starke vorhanden, diese freien Vereinigungen sollte man pflegen. Leider haben wir statistisches Material in dieser Richtung gar nicht. Man muß sich wundern, daß trotz aller künstlichen Hindernisse, die man den freien Krankenkassen in den Weg gelegt, sich diese doch erfreulicherweise weiter entwickeln. Die Regierungen haben oftmals den ältesten Kassen das weitere Bestehen schwer gemacht. Trat ein neues Kollegium zur Gründung einer solchen Kasse auf, so wurden so viel Bedenken erhoben, daß die Leute, müde der vielen Schreibereien mit den Verwaltungsbehörden, resultatlos auseinandergingen. Das Gesetz vom Jahre 1854 hat große Verwüstungen im Krankenkassenwesen angerichtet; noch schädlicher hat das Sozialistengesetz gewirkt. Wir wollten die Ergebnisse der Berufsstatistik für die Debatte verwenden; jetzt haben wir nicht einmal die Hauptziffern dieser Statistik. Es wäre doch wünschenswerth zu wissen, wie viel Arbeiter bereits in freien Kassen versichert sind. Wenn es z. B. richtig ist, daß 1400 000 Arbeiter versichert sind, so würden bei Arbeiter-Bevölkerung von 1700 000 Personen nur 300 000 unversichert sein. Jedenfalls ist die kleinere freie Gemeindeversicherung der zwangswesen Staatsversicherung entschieden vorzuziehen. Die kleinen Gemeinden können die individuellen Eigenthümlichkeiten der Versicherten viel besser berücksichtigen, als die staatlich erzwungene Versicherung. Es wird diesem Zwange gegenüber den Arbeitern sehr schwer werden, ihre freien Kassen aufrechtzuerhalten. Viel richtiger und konsequente als die Vorlage scheint mir daher, vom Standpunkte des Zwanges aus, der Antrag, der von sozialistischer Seite gestellt ist: alle Personen über fünfzehn Jahre dem Versicherungszwange zu unterwerfen. Bei der Gemeinde-Versicherung hört die Genossenschaftlichkeit, das korporative Prinzip ganz auf, das noch in der letzten Thronrede so besonders betont worden ist. Die Ausführung dieser Gemeinde-Versicherung wird zur Folge haben, daß ein Regierungsrath ganz einfach sagt: was soll ich mich wegen Gründung von Ortskassen mit den Arbeitern herumstreiten, ich gründe lieber Gemeindekassen; dadurch würden fünfzig Regierungsräthe für Preußen allein nöthig mit allen ihren Sekretären und den zahllosen Schreibkräften für die Gemeinden. Die Beiträge erlangen dadurch den Charakter einer Steuer, die den Arbeitern in viel größerer Höhe auferlegt wird, als sie ihnen in den Steuererlassen gemildert worden ist. Es ist bedauerlich, daß die Erziehung der Arbeiter für die Selbstverwaltung so sehr vernachlässigt wird; wie sollen die Arbeiter denn nur für die Selbstverwaltung gewonnen werden, wenn nicht bei dieser wichtigen Frage der Krankenkasse. Die große Zahl Derer, für die das Gesetz gemacht wird, weiß heute herzlich wenig von dem ganzen Gesetz, und die Leute werden sich später sehr wundern, was Alles gesetzliche Bestimmung geworden ist. Bei der Unfallversicherung war einer der Hauptstreitpunkte die Karenzzeit; heute fallen 13 Wochen der Karenzzeit den Krankenkassen zur Last, zum Vortheil der Unfallversicherung. Wie die Unfallversicherung gestaltet werden soll, das wissen wir wenigstens ungefähr; wie aber die damit im Zusammenhange stehende Alters- und Invalidenversorgung beschaffen sein wird und wie vollends die neuerdings angeregte Versicherung wegen mangelnder Arbeit aussehen wird, das wissen wir nicht; jedenfalls wird für die freie Versicherung gar nichts übrig bleiben. Das schwächt die freie Selbstbestimmung und schädigt damit das Staatswesen. Man will die Sozialdemokratie schwächen mit dieser Einrichtung; aber gerade diese Partei ist der Meinung, daß der staatliche Schutz gegen die freie Selbstbestimmung angerufen wird. Alles, was Sie hier an Gesetzen bieten, ist nach ihrer Meinung nur eine dünne Wassersuppe, gegenüber der kräftigen sozialistischen Kost. Daß die Konservativen den Plänen des Kanzlers folgen, finde ich erklärlich, aber daß das Zentrum sich so leicht dafür entschlossen hat, ist mir verwunderlich. Wer nicht genöthigt sein will, mit dem Reichskanzler bis an das Ende zusammen zu gehen, der hüte sich auch vor dem ersten Schritte. Heute soll etwas geschehen, um die Arbeiter zufrieden zu stellen. Das erinnert an das Jahr 1848, wo man sagte: die soziale Frage muß gelöst werden, und wenn wir die ganze Nacht zusammenbleiben müssen. Der Kanzler selbst hat seine erste Unfallversicherungsvorlage eine bureaukratische, fehlerhafte genannt; heute wird das allerseits anerkannt. In dieser Arbeitergesetzgebung haben alle Parteien das gleiche Bestreben. Es würde sich also empfehlen, daß die Kommission zunächst eine Verständigung über die Hauptprinzipienfragen der Unfallversicherung herbeiführte im Plenum und dann die Berathung der leicht zu debattirenden Detailfragen vornähme. Wird sind bereit, jetzt die Arbeitergesetze hier zu debattiren, aber wir meinen, den ersten Schritt, den Wunsch Sr. Majestät zu erfüllen, hat das preußische Staatsministerium, das dafür sorgen muß, alle anderen parlamentarischen Vorlagen gegenüber der neuen Arbeiter-Gesetzgebung zurückzustellen. Das bekannte Quittungsbedürfniß des Kanzlers ist schuld an unserer Arbeits-Ueberbürdung. Die Tradition der Hohenzollern ist gewesen, den Armen Gelegenheit zu geben, ihre Kräfte zu verwerthen und alle Verantwortlichkeit vom Staate abzuwälzen. Diese Tradition ist aufgegeben in der neuen Zoll- und Wirthschaftspolitik. Aber kein künstliches Manöver, kein parlamentarisches Fechterkunststück soll uns in Widerspruch bringen mit unseren Wählern. (Bravo! links.)

Minister Scholz: Auch nach Ansicht des Vorredners ist keine Aussicht vorhanden, die Unfallversicherung in dieser Session durchzubringen. Mit der Vereinbarung prinzipieller Gesichtspunkte wäre nichts gewonnen. Daß die preußische Regierung im Einverständnisse mit Sr. Majestät handelt, ist selbstverständlich. Das Tabaksmonopol hat ja die Kommission zu allgemeinem Erstaunen nicht lange beschäftigt. Wir können doch auch nicht alle Vorlagen unterlassen, wenn auch die Unfallversicherung dringend ist; nöthige Vorlagen müssen immer gemacht werden und andere sind nicht gemacht worden. Die gesammten sozialpolitischen Vorlagen mit einem Male vorzulegen, ist doch nicht thunlich, denn wir wollen ja eben das, was wir bei der einen Vorlage an Material gewinnen, für die andere Vorlage verwerthen. Mit seinen entgegengesetzten Ansichten hat hoffentlich der Vorredner auf keine Unklang gefunden.

Abg. Frhr. v. Hertling: Wer die Verhältnisse im Osten unseres Vaterlandes im Auge hat, der mag sich vielleicht für die Einbeziehung der landwirthschaftlichen Arbeiter entscheiden, wer aber die mittel- und süddeutsche Landwirthschaft kennt, der wird mir zugeben, daß dieser Versicherungszwang nicht wohlgethan wäre: der ganze Versicherungszwang ist herausgewachsen aus den Verhältnissen der Industrie, er ist nicht auf die Landwirthschaft anwendbar. Der Versicherungszwang ist vielleicht nicht absolut nöthig; er kann vielleicht auch durch freie Vereinigungen ersetzt werden; aber der Hinblick auf die Geschichte unserer Industrie muß uns von der augenblicklichen Nothwendigkeit des Versicherungszwanges überzeugen. Den freien Kassen ist genügender Spielraum zu ihrer Entwicklung gelassen, sie können in jeder Ausdehnung und an Stelle der Zwangskassen gegründet werden. Auch scheint es mir nicht zweckmäßig, daß da, wo heute die ganze Last der Krankenpflege von dem Arbeitgeber getragen werden muß, dies in Zukunft anders werden soll. Die ganze Tendenz des Gesetzes würde leiden durch ein Hineinziehen der ländlichen Arbeiter; man würde sich, mit Ausnahme weniger Gegenden, von Landwirthschaft und Industrie zusammenfallen, mit der Gründung von Gemeindekrankenkassen begnügen, und darum bitte ich Sie, bez. der ländlichen Arbeiten auf den Boden der Regierungsvorlage zurückzutreten. (Bravo! rechts.)

Abg. Buhl: Wir verlangen, daß ein Theil der Beitragspflicht für die Krankenversicherung des Arbeiters von dem Arbeitgeber getragen wird, das würde bei den freien Kassen nach der Idee des Abg. Richter fortfallen. Wir werden allerdings zunächst viele Gemeinde-Versicherungen bekommen, aber aus diesen werden dann Orts-Krankenkassen hervorgehen, und ich glaube nicht, daß die Bequemlichkeit der Beamten dem hindernd entgegensteht, sondern umgekehrt, da ihm die Ortskasse weniger Arbeit macht, als die Gemeinde-Versicherung, so wird er die erstere begünstigen. Der vom Gesetze vorgeschriebene Zwang ist nicht so schwer, und ihm steht gegenüber die Festsetzung der Beiträge auf einen geringen Prozentsatz; ich kann also nicht glauben, daß der Arbeiter durch diese Beiträge so schwer betroffen wird. Soweit ich Gelegenheit gehabt habe mit Arbeitern und Arbeitgebern über die Sache zu sprechen, ist mir überall ein volles Einverständniß mit diesem Gesetze mitgetheilt worden. Der Antrag des Abg. Frhr. v. Hertling, welcher die landwirthschaftlichen Arbeiter von der Versicherung ausschließen will, ist ebenso unzweckmäßig, wie der Antrag Gutfleisch, welcher die Gleichstellung der industriellen mit den landwirthschaftlichen Arbeitern, mit Ausnahme des Gesindes bezweckt. Und ich kann Sie nur bitten, die Kommissionsvorlage anzunehmen.

Abg. v. Wedell-Malchow: Die Hauptschuld an der Verzögerung der Geschäfte dieses Hauses trägt der Abg. Richter, der überall Verzögerung durch namentliche Abstimmungen und nutzlose Debatten herbeizuführen gesucht hat. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben es jedenfalls mit einem sehr komplizirten Gesetz zu thun. Bezüglich der ländlichen Arbeiter sind meine politischen Freunde getheilter Meinung; ich persönlich bin für die Aufnahme der ländlichen Arbeiter in den Versicherungszwang, denn das ist ein probates Mittel, den verderblichen Irrlehren der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Allerdings werden sich Schwierigkeiten bei der Ausführung ergeben. Wenn bei einer Gemeindeversicherung ein Handwerksgeselle erkrankt, so müssen die ländlichen Arbeiter mit für ihn bezahlen; solche Unzuträglichkeiten muß man durch zweckmäßige Ausführungsbestimmungen zu beseitigen suchen. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Vorlage noch manche Mängel enthalte, aber wir haben, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu behindern, keine Abänderungsanträge gestellt und ich bitte, die Kommissionsvorlage anzunehmen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Abg. Sonnemann (zur Geschäftsordnung) bittet die morgende Sitzung um 11 Uhr anzuberaumen; da wir schon zwei Sitzungstage durch die Rücksichtnahme auf das preußische Abgeordnetenhaus verloren haben; wir können ja den Rathe des Ministers Scholz folgen und ohne Rücksicht auf die die Herren, die dem preußischen Landtage angehören, unsere Geschäfte erledigen.

Abg. Windthorst: Die Regierung sollte doch einsehen, daß es von höchster Wichtigkeit für die Beziehungen des Reichstages zu den Einzellandtagen ist, wenn in beiden dieselben maßgebenden Personen sitzen.

Präsident: Das Abkommen, aus Rücksicht gegen den Landtag erst um 1 Uhr anzufangen, gilt nur für morgen.

Abg. Hänel: Ich will diesem Abkommen nicht wiedersprechen, stehe im Uebrigen auf dem Standpunkt des Abg. Windthorst.

Abg. v. Bennigsen bittet den Präsidenten sich mit den Parteiführern in Verbindung zu setzen und den Arbeitsplan mit ihnen zu vereinbaren.

Abg. Dirichlet bittet den Präsidenten eventuell ohne Rücksicht auf den preußischen Landtag vorzugehen.

Abg. v. Minnigerode betont, daß die Herren, welche die Geschäftslage so unerträglich finden, dieselben sind, welche diese Geschäftslage durch ihre Verschleppungen herbeigeführt haben.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Handelsvertrag mit Serbien und Fortsetzung der Krankenversicherungsdebatte

Schluß 5¼ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818830421 2-11/fragment/page=0007

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

53. Plenar-Sitzung vom 19. April.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Am Ministertische: Justizminister Dr. Friedberg, Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach und mehrere Kommissarien.

Der Gesetzentwurf betr. die Verlängerung der Wahlfrist der sächsischen Lehnsbesitzer auf fernere zwei Jahre wird ohne Debatte unverändert in dritter Lesung angenommen, und demnächst in der zweiten Lesung der Sekundärbahn-Vorlage fortgefahren.

Für die Erweiterung des Bahnhofes in Steglitz werden 422 000 ℳ gefordert. Die Kommission hat diese Position nicht bewilligt, sondern dieselbe zu streichen beantragt.

Es liegt ein Antrag der Abgeordneten Wolff und Cremer vor, die von der Regierung geforderte Summe zu bewilligen.

Der Referent der Kommission Abg. Dr. Hammacher betont, daß man in der Kommission die Nothwendigkeit von Sicherheitsvorrichtungen zum Schutze des Publikums auf dem Bahnhofe in Steglitz nicht verkannt habe; dieselbe könnte aber durch Anlage eines zweckentsprechenden Tunnels hergestellt werden. Der kostspielige Umbau des Bahnhofes ist von der Kommission als nicht nothwendig anerkannt.

Abg. Wolff: Man scheint in der Kommission geglaubt zu haben, daß Steglitz nur ein Vergnügungsort für die Berliner sei, und der Bahnhof gewissermaßen nur zum Vergnügen der Einwohner verändert werden soll. Dies trifft nicht zu. In Steglitz wohnen zahlreiche Leute, die in Berlin ihrem Berufe nachgehen. Auch die nothwendigen Umänderungen des Bahnhofes würden ganz bedeutende Unkosten nöthig machen. Die Bahnfrequenz in Steglitz war im vorigen Jahre 6—700 000 und über 1000 Abonnements-Billets, also ein Beweis, wie er sich nur auf einem Berliner Bahnhofe wiederfindet. Es passiren dort 70—80 Züge an jedem Tage; man wird also die Gefahr ermessen können, die daraus erwächst, daß die Hauptstraße des Ortes quer über den Bahndamm geht. Die Bahnhofsanlage ist nicht sehr glücklich von der früheren Verwaltung angelegt; das Bahnhofsgebäude hätte, statt an der Ankunftsseite, auf der Abfahrtseite erbaut werden sollen; es ist das ein Fehler der alten Privatverwaltung, jetzt ist die Bahn glücklicherweise in die staatliche Verwaltung übergegangen, die hoffentlich umsichtiger zu Werke gehen wird.

Abg. v. Tiedemann (Bomst) giebt zwar zu, daß der Vorredner sehr geschickt plaidirt, aber doch für die Bewilligung neue Momente nicht vorgebracht habe; alles Angeführte sei bereits von der Kommission erörtert. Er bittet, den Kommissionsbeschluß anzunehmen.

Der Regierungskommissar wiederholt im Wesentlichen die Argumente des Abg. Wolff, die er mit statistischem Material begrün det.

Minister Maybach: Auf die Dauer ist der Zustand des Bahnhofes in Steglitz nicht haltbar. Es muß für das abfahrende Publikum ein Zugang geschaffen werden, der Sicherheit für Leben und Gesundheit des Publikums schafft. Wäre die Bahn noch in Privatverwaltung, so würde der Staat auf Grund seines Aufsichtsrechts derartige Maßregeln fordern. (Hört! hört! rechts.) Indessen kann man der früheren Verwaltung einen Vorwurf aus der Bahnanlage, die vor 45 Jahren bereits errichtet ist, heute nicht machen. (Hört! hört! links.) Die Aenderungen sind nöthig, sind nicht billiger als veranschlagt herzustellen und wenn noch etwas erspart werden kann, so wird dies geschehen; aber ich muß erklären, daß selbst wenn die Position gestrichen werden sollte, ich dennoch im Interesse der Sicherheit diejenigen Maßregeln treffen werde, die getroffen werden müssen. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Ludwig: Es wäre sehr hübsch, wenn der Minister sich die Bahnhöfe in entfernteren Gegenden einmal ansehen möchte; dort müssen oft Hunderte von Arbeitern stundenlang im Regen ohne jede Bedachung auf den Bahnhöfen warten. Es wird den Berlinern nicht schaden, wenn sie in den wenigen Sommersonntagen einmal bei schlechtem Wetter auf dem Steglitzer Bahnhofe warten müssen.

Abg. Wolff: Es kommt gar nicht auf die Berliner Vergnügungsreisenden, sondern auf die zahlreich in Steglitz wohnenden Eisenbahn-Abonnenten an.

Abg. Dr. Lieber (Zentrum): Berlin saugt polypenartig alle Vororte an, wohin das führen kann, haben wir an der Pariser Kommune gesehen. Auch für Wildpark ist wieder eine große Summe bewilligt und es ist ja ein öffentliches Geheimniß, daß die Budgetkommission bei allen Berlin betreffenden Angelegenheiten aus ganz anderen, als in der Sache liegenden Gründen ihre Beschlüsse faßt. Die Station Gatsell an der Tauusebahn ist viel schlechter, als Steglitz, und die dort sich aufhaltenden Kranken werden auch das Schwerste davon betroffen, ohne daß die Regierung an eine Aenderung gedacht hätte; auf dem Minister würde, wenn er entgegen dem Beschlusse dieses Hauses dennoch die Bahnhofsanlage ändern sollte, die konstitutionelle Verantwortlichkeit viel schwerer lasten, als die Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Publikums in Steglitz.

Minister Maybach: Es handelt sich vorwiegend um die Sicherheit, nicht um die Bequemlichkeit des Publikums. Auch die absolute Nothwendigkeit liegt vor, denn der Bahnhof ist bereits mehrmals überschwemmt gewesen; stellt sich diese Nothwendigkeit immer dringender heraus, so wird der Beamte, der sie anerkennt, die Verantwortlichkeit für die zur Abhilfe getroffenen Maßregeln nicht scheuen dürfen.

Abg. v. Minnigerode: Ich will nur für diejenigen meiner politischen Freunde, die für die Position stimmen werden, bemerken, daß wir allerdings den Minister für berechtigt halten, Maßregeln gegen einen Beschluß der Majorität dieses Hauses zu treffen, wenn er dies im Interesse der Sicherheit für Leben und Gesundheit erforderlich hält.

Abg. Büchtemann hält diese Auffassung vom Budgetrecht des Hauses für falsch, auch Dr. v. Ludwig schieße in seiner bekannten Philippika gegen große Städte weit über das Ziel hinaus. Herr Wolff glaube wohl nur einen Akt der Dankbarkeit gegen seine Wähler zu üben, wenn er seinen Antrag stellt.

Die Debatte wird geschlossen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt der Abg. von Tiedemann (Bomst), daß er und seine politischen Freunde, nachdem der Minister Nova in der Sache vorgebracht, für die Position stimmen werden, um dem Minister seine Verantwortlichkeit nicht zu erschweren.

Bei der Abstimmung wird die Position mit 173 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte (um 12 Uhr) wegen Vertagung des Hauses; der Präsident dringt aber schließlich mit seinem Vorschlage durch, noch eine halbe Stunde weiter zu verhandeln.

Für die Umgestaltung des Bahnhofes Wildpark werden 355 000 Mark gefordert.

Auf eine Anfrage des Abg. von Rauchhaupt bittet der Minister, eine Petition von Potsdamer Petenten, eine Anlage eines Bahnhofes an der Voltairestraße in Potsdam betr., der Regierung nur zur Erwägung, nicht zur Berücksichtigung zu überweisen, weil eine Prüfung des Projektes in keiner Weise bisher stattgefunden habe.

Abg Büchtemann befürwortet die Verweisung der Petition an die Regierung zur Berücksichtigung

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, die Position jedoch bewilligt.

Zur Umgestaltung von Eisenbahnverbindungen mehrerer Hütten, sowie der Rheinisch-Westfälischen Industriebezirke werden 6 160 000 Mark verlangt.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Abg. v. Schorlemer (Alst) über einige diesbezügliche Aenderungen und die Entgegnung des Ministers Maybach wird die Debatte abgebrochen und die Sitzung vertagt.

Abg. Rickert fragt den Präsidenten, was er über die Berathung der Verwaltungsgesetze bestimmt habe. Eine Berathung derselben zu gleicher Zeit mit den sozialpolitischen Gesetzen im Reichstage sei unthunlich. Wenn die Regierung den feierlich ausgesprochenen Wunsch Sr. Majestät berücksichtigen will, so sollte sie Alles vermeiden, um das Nebeneinandertagen zweier Parlamente zu verhindern.

Minister v. Puttkamer verwahrt sich dagegen, daß der Wille der Regierung, den Wünschen Sr. Majestät zu genügen, hier von einem Mitgliede des Hauses konditionell hingestellt wird.

Abg von Rauchhaupt: Die Schuld des Zusammentagens der Parlamente liegt nicht an der Regierung, sondern an den Beschlüssen der Linken, wonach die Vertagung bis zum 16. d. Mts. beliebt wurde.

Abg. v. Zedlitz-Neukirch ist ähnlicher Ansicht und behält sich vor, dem Hause Vorschläge zu unterbreiten, welche ein Zusammentagen der beiden Parlamente ermöglichen sollen.

Abg. Dirichlet: Herr v. Rauchhaupt scheint zu übersehen, daß wir durch Königliche Verordnung vertagt sind, also unsere Beschlüsse sind dabei nicht maßgebend gewesen. Ich bitte den Präsidenten, vor einer Berathung der Verwaltungsgesetze Abstand zu nehmen, ebenso von den Wahlprüfungen, die auch längere Diskussionen erforderlich machen werden.

Abg. Rickert: Den Herren rechts gönne ich den vollen Ruhm der neuen Verwaltungsgesetze; ich konstatire nur, daß wir dem Reichstage freie Bahn für seine Arbeiten schaffen wollten, und daß Sie (rechts) uns daran gehindert haben.

Abg. v. Rauchhaupt: Wir sind erst durch Allerhöchste Verordnung vertagt worden, nachdem dahingehende Beschlüsse gefaßt worden waren. Ihnen sind die weiteren Verhandlungen hier unangenehm, weil Sie in der Minorität sind.

Abg. v. Ludwig: Die Schuld an unserer Geschäftslage hat der Seniorenkonvent, der eine geschäftsordnungswidrige Einrichtung ist. Wir hätten noch 11 Plenarsitzungen halten können, wenn wir nach den Vorschlägen der Regierung getagt hätten.

Abg. v. Minnigerode: Das Krankenkassengesetz ist eine ziemlich einfache Vorlage, neben welcher die Berathung der Verwaltungsvorlage sehr wohl möglich sein wird.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst bittet den Präsidenten, für die geschäftliche Diskussion morgen eine Stunde Zeit in Aussicht zu nehmen. (Heiterkeit.) Der Abg. v. Zedlitz habe gesagt, er wolle dem Hause annehmbare Vorschläge unterbreiten, die ein Zusammentagen von Reichs- und Landtag ermöglichen werden. Er möchte ihn bitten, das Geheimniß schon heute zu verrathen, das Haus würde ihm gewiß dafür dankbar sein. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hänel sucht an den Ausführungen der Konservativen nachzuweisen, daß diese für ihre Wünsche nichts weiter vorzubringen vermocht haben, als daß sie numerisch stärker sind, als die linke Seite des Hauses.

Abg. Dr. Windthorst hält es am besten, wenn der Landtag bis zum Oktober vertagt würde, um aus diesem unerquicklichen Verhältnissen herauszukommen. Damit wäre das beste Auskunftsmittel geboten, doch sei es fraglich, ob die Regierung hierauf einzugehen beabsichtige.

Abg. v. Eynern kann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Zeit, welche soeben auf die Geschäftsordnungsdebatte verwendet worden, sehr wohl ausgereicht haben würde, die Eisenbahnvorlage durchzuberathen (Sehr richtig! rechts).

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Sekundärbahn-Vorlage.

Schluß 1½ Uhr.

Lokales.

Halle, den 20. April.

Den Handelskammern und kaufmännischen Corporationen ist das nachstehende Schreiben zugegangen:

Berlin, den 6. April 1883.

Von vertrauenswerther Seite ist uns mitgetheilt worden, daß bei manchen Export- und Spedितionsfirmen des deutschen Binnenlandes die Ansicht bestehe, es ist für Waaren, welche zum Export nach überseeischen Plätzen über einen Hafen in den deutschen Zollausschlüssen bestimmt sind, dieser Verschiffungshafen an Stelle des Bestimmungslandes der Waaren in den Ausfuhrmeldescheinen für die Waarenverkehrsstatistik anzugeben. Nicht selten begegne man auch Zweifeln darüber, welches Land als Bestimmungsland für solche Sendungen anzugeben sei, die zunächst nach einem ausländischen Verschiffungshafen (Mittelhafen) und von da erst im Wege der Spedition nach ihrem eigentlichen Bestimmungslande befördert werden. Beispielsweise werde für Waare, welche nach Antwerpen zum Zwecke direkter Beförderung von da nach den La-Plata-Staaten gehen, häufig Belgien als Land der Bestimmung declarirt.

Es ist deshalb das Ansinnen an uns gestellt worden, dem handeltreibenden Publikum die Bestimmungen über die Declarationspflicht bei Sendungen, welche mittelst eines Spediteurs nach dem Auslande befördert werden, in Erinnerung zu bringen und die betheiligten Kreise dadurch aufzuklären. Bei dem großen Interesse, welches diese Angelegenheit für die deutsche Handelsstatistik hat, nehmen wir keinen Anstand, diesem Ansinnen dadurch zu entsprechen, daß wir die deutschen Handelscorporationen auf die folgenden Bestimmungen mit dem ergebensten Ersuchen aufmerksam machen, in ihren Kreisen auf die Befolgung derselben thunlichst hinwirken zu wollen.

Nach § 5 des Gesetzes vom 20. Juli 1879, betr. die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande, liegt die Ausstellung des Anmeldescheins dem Absender ob. Dem Waarenführer ist die Vertretung gestattet, öffentlichen Transportanstalten und Güterbeförderung gewerbsmäßig treibenden Personen jedoch nur dann, wenn der Absender weder im deutschen Zollgebiet noch in den Zollausschlüssen wohnt.

Als Land der Bestimmung ist nach § 1 desselben Gesetzes dasjenige Land zu bezeichnen, wohin die Versendung gerichtet ist. Hierzu ist im § 2 der zur Ausführung des Gesetzes erlassenen Bekanntmachung vom 29. November 1879 folgende Vorschrift erlassen:

„Bei Handelswaaren ist in der Regel als Land der Bestimmung das Land anzusehen, in dessen Eigenhande die Waare übergeht. Die Länder, durch welche die Waaren auf dem Transport unmittelbar durchgeführt, oder in welchen die Waaren lediglich umgeladen oder umgedeckt werden, bleiben bei der Angabe der Bestimmung der Waaren außer Betracht. Die Bezeichnung der Länder erfolgt durch Angabe der betreffenden Staaten (Zoll ebiete), an deren Stelle können, falls ihrer Lage nach allgemein bekannte größere Handelsplätze in Frage stehen, diese angegeben werden."

Dem Gesetze wird also hiernach Genüge geleistet, wenn in dem Ausfuhrmeldescheinen das Land oder der Handelsplatz, nach welchem Waare aus dem Zollgebiet in unverändertem Zustande gehen soll, als Bestimmungsland bzw. Bestimmungsort angegeben wird, wobei aber wohl zu beachten ist, daß blose Umladung oder Umspedition **nicht** als Unterbrechung des Transports betrachtet werden darf.

In § 6 Absatz 1 des gedachten Gesetzes ist sodann noch bestimmt, daß die öffentlichen Transportanstalten und diejenigen Personen, welche Güter gewerbsmäßig befördern, nach dem Auslande gerichtete Sendungen nur dann befördern oder, falls ihnen die Bestimmung der Waaren in das Ausland erst während des Transports bekannt wird, weiter befördern dürfen, nachdem ihnen die erforderlichen Anmeldescheine überwiesen worden sind, und wenn letztere sowohl in formeller Hinsicht den ertheilten Vorschriften entsprechen, als auch ihrem Inhalte nach mit den Frachtbriefen übereinstimmen. Erläuternd ist hierzu in § 9 der erwähnten Bekanntmachung bestimmt, daß, wenn hinsichtlich der Gattung, der Menge und des Bestimmungslandes der Anmeldeschein dem Frachtbriefe nicht widerspricht, damit die Forderung des § 6 Absatz 1 des Gesetzes hinsichtlich der Uebereinstimmung zwischen beiden erfüllt ist.

Bei dem überseeischen Waaren-Export wird es nun als Regel anzusehen sein, daß die Sendungen zunächst an einen Spediteur oder Agenten in dem deutschen oder ausländischen Verschiffungshafen gerichtet werden, insbesondere auch dann, wenn der deutsche Hafen (wie Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Geestemünde, Brake u. s. w.) vom Zollgebiet ausgeschlossen ist. Unseres Erachtens wird in einem solchen Falle dem § 1 des in Frage stehenden Gesetzes und der in § 2 der Bekanntmachung vom 20. Nov. 1879 hierzu gegebenen Vorschrift nicht Genüge geleistet, wenn im Ausfuhrmeldeschein für die Statistik des Waarenverkehrs in Uebereinstimmung mit dem Frachtbriefe dieser deutsche oder ausländische Verschiffungs- oder Spedितionsplatz an Stelle des Landes der eigentlichen Bestimmung der Waare angegeben ist, denn in dem gedachten § 2 ist ausdrücklich bestimmt, daß Länder oder Handelsplätze, durch welche die Waaren auf dem Transport lediglich durchgeführt oder in welchem die Waaren lediglich umgeladen oder umgedeckt werden, bei der Angabe der Bestimmung der Waaren außer Betracht bleiben sollen. Vielmehr wird in dem fraglichen Ausfuhr-Anmeldeschein das eigentliche Land der Bestimmung der Waare anzugeben sein, auch wenn in dem zugehörigen Frachtbriefe nur der betreffende deutsche oder ausländische Verschiffungsplatz, als nächster Bestimmungsort, verzeichnet ist. Ein Verstoß gegen § 6 Absatz 1 des Gesetzes vom 20. Juli 1879 kann hierin im Hinblick auf den erwähnten § 9 der Bekanntmachung nicht liegen, denn eine beispielsweise nach Antwerpen als Verschiffungs- oder Spedितionsplatz gerichtete Sendung kann recht wohl nach einem überseeischen Lande bestimmt sein, mit welchem dieser Platz Schiffsverbindung hat. Zur Vermeidung von Weiterungen mit den öffentlichen Transportanstalten dürfte sich indeß in den in Frage stehenden Fällen empfehlen, in den Ausfuhr-Anmeldescheinen für die Statistik des Waarenverkehrs nach dem Bestimmungsland der Waaren, nicht nur das eigentliche Land der Bestimmung, sondern auch den Verschiffungs- (Spedितions)-Platz anzugeben, z. B. bei der Versendung von Waaren über Antwerpen nach den Vereinigten Staaten von Amerika: „nach den Vereinigten Staaten von Amerika via Antwerpen."

Wir gestatten uns, um eine uns gegenüber ausgesprochene, an die vorstehenden Ausführungen sich knüpfende Besorgniß zu zerstreuen, denselben hinzuzufügen, daß die Declarationen der Spediteure in Bremen und Hamburg über die von ihnen in's Ausland spedirten Sendungen lediglich für die Aufstellung der Handelsstatistiken dieser Zollausschlüsse dienen, für die Zollgebietsstatistik dagegen gar nicht in Betracht kommen. Es können also auch die in Bremen oder Hamburg von den Spediteuren und die im Zollgebiet von den Versendern abzugebenden Deklarationen über die Ausfuhr derselben Waare nach demselben Lande zu einer doppelten Anschreibung dieser Waare nicht führen

Kaiserliches statistisches Amt.
gez. Beeke.

— Der Verein deutscher Locomotivführer, Bezirksverein Halle a/S., hielt am Dienstag Abend im Restaurant der Halleschen Actien-Brauerei eine gut besuchte Versammlung ab. Der Bezirksvorsitzende, Herr Amphlett, eröffnete die Versammlung mit Begrüßung der Anwesenden und mit einem Hinweis auf die Bestrebungen des Vereins. Gegenseitige Unterstützung im Berufe, Unterstützung der hinterbliebenen Wittwen und Waisen ehemaliger Kollegen, dann aber auch andererseits wissenschaftliche Vorträge seien die Hauptzwecke. Wie sehr höheren Orts den Bestrebungen des Locomotivführervereins ein Interesse gewidmet wird, beweist der Umstand, daß das Ministerium den Mitgliedern des ersten Kreises, Bezirksverein Berlin, auf deren Ansuchen freie Fahrt auf der Ringbahn gewährt hat, damit diese den angesetzten Versammlungen anwohnen können. Und zwar ist diese Erlaubniß nicht nur für Berlin, sondern auch auf die nächsten Stationen Köpnik und Potsdam ausgedehnt worden. — Hierauf hielt Herr Prof. Dr. Opel hier einen recht ansprechenden Vortrag über „das deutsche Postwesen im 17. und 18. Jahrhundert". Redner schilderte in anschaulicher Weise die damaligen, allerdings höchst primitiven Verhältnisse des Postwesens gegenüber unsern heutigen ausgezeichneten Postanstalten. Unter dem großen Kurfürsten wurde in Brandenburg zum ersten Male eine regelmäßige Post durch den bekannten Postmeister Madeweis eingerichtet, welche wesentlich zur Hebung und Förderung des Handels beitrug. Die bereits vordem bestehende Turn- und Taxis'sche Post unter Oberleitung des Fürsten von Turn und Taxis und der speciellen Leitung des Postmeisters von der Bürkten hatte angesichts der wenigen Mittel, die für ihre Erhaltung auszuwerfen worden waren, mit Mißständen aller Art zu kämpfen, die sogar den Organisator von der Bürkten mehr als einmal, so in Hamburg und München, in Lebensgefahr brachten. Redner schildert sodann die Beförderung der Briefe in jener Zeit durch reitende Postillone und die der mit der Post Reisenden auf von dieser gestellten Pferden, wie umständlich, zeitraubend — gegen heute. — Die Anwesenden dankten dem Herrn Redner für seine interessanten Mittheilungen durch Erheben von den Plätzen. Der Versammlung folgte ein längeres gemüthliches Beisammensein.

— Nachdem wir vor kurzer Zeit gezwungen waren, über eine hier gehaltene Vorlesung den Stab zu brechen, gereicht es uns heute zu ganz besonderer Freude, an dieser Stelle Hrn. Fritz Eulau unsern Dank aussprechen zu können für den Genuß, den er uns durch seine am gestrigen Abend im Saale des Volksschulgebäudes gehaltene Vorlesung und Recitation des „Menonit" von E. v. Wildenbruch bereitete. Die Handlung des Stückes meist zwar nur verhältnißmäßig wenig Personen auf, diese aber versetzt sie in so wechselvolle Stimmungen, daß zur wirkungsvollen Vorführung derselben dem Recitator die reichsten Stimmmittel zur Verfügung stehen müssen. Dies ist bei Herrn Eulau in ausgiebigstem Maße der Fall und so schuf er aus allen Personen der Handlung lebensvolle Gestalten. Es fehlt uns leider der Raum, hier näher auf die einzelnen Schönheiten des Vortrags einzugehen, doch ist es uns Bedürfniß, dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß sich nicht ein der gebotenen Leistung entsprechend zahlreiches Auditorium eingestellt hatte und damit Manchem der hohe Genuß verloren gegangen ist, sich an Wildenbruch's prächtiger Sprache, vorgetragen durch einen so berufenen Mund, zu erfreuen.

— Der Konsumverein für Post- und Telegraphenbeamte des Kaiserl. Ober-Post-Direktionsbezirks Halle zahlt seinen Mitgliedern für das verflossene Geschäftsjahr 9 Prozent Dividende; dieselbe wird in diesen Tagen zur Vertheilung gelangen.

— Gestern Abend um 10 Uhr belästigten zwei junge Leute, ein Techniker und ein Schneider, den auf Fahnenwache ziehenden Militairposten dergestalt, daß dieser sich veranlaßt sah, dieselben zu arretiren und mit auf die Hauptwache zu nehmen, von wo aus sie nach Feststellung des Thatbestandes der Polizeibehörde zur weiteren Veranlassung übergeben wurden. Die Strafe für dieses Vergehen wird nicht ausbleiben.

— Dem in Giebichenstein beim Victualienhändler Meißner wohnenden Schlosser Rudolph Schmidt wurde am 16. d. Mts. aus einer in der Wohnstube seines Logiswirths stehenden unverschlossenen Commode, welche ihm und anderen Schlafburschen von diesem zur Benutzung und Aufbewahrung ihrer Sachen überlassen worden war, ein goldener Siegelring mit glatter Platte im Werthe von 14 ℳ, eine goldne Uhrkette im Werthe von 34 ℳ, ein Zwanzigmarkstück, sechs Zehnmarkstücke und ein Fünfmarkstück gestohlen. Man ist dem Diebe jedoch auf der Spur und wird es hoffentlich gelingen, denselben recht bald zu überführen.

— Vor einigen Tagen machte der Ziegenbock des Maurers Horn Thalgasse Nr. 6 längere Zeit ohne Aufsicht eine Promenade in der Halle und auf dem Grasewege. Hierbei stieß er das auf der Straße spielende 3jährige Töchterchen des Klempnermeisters Erlecke, Grasewegs, derartig über den Haufen, das es den linken Oberschenkel brach und in die königl. Klinik aufgenommen werden mußte.

— Gestern Nachmittag hätten drei Personen beim Kahnfahren in der Saale sehr leicht ertrinken können. Der Kahn, eine sog. Golle, kam dem Wehr bei Trotha so nahe, daß die Strömung das Fahrzeug über das Wehr riß. Glücklicherweise schlug die Golle nicht um und kamen somit die drei Insassen mit dem Schreck davon.

Vorlagen

für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

Montag, den 23. April c Nachm. 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

Berathung und Beschlußfassung über: 1. den aus der Mitte der Versammlung gestellten Antrag auf Vorlage eines Projects nebst Kostenanschlag zum Bau einer Turnhalle hinter dem städtischen Gymnasio; 2. die Ertheilung der Decharge über die Rechnung der Kämmerei pro 1879/80; 3. die Ertheilung des Zuschlags zum Miethsgebote für die beiden unter dem Rathhause befindlichen, jetzt an den Brauereibesitzer Wenzel in Plötzzig vermietheten Keller,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818830421 2-11/fragment/page=0008

4. die Regulirung der Fluchtlinie für das Eckgrundstück Leipzigerstraße Nr. 87/88 nach der großen Brauhausgasse; 5. den Abbruch der Holzanbauten am Theater und des Theaters selbst; 6. die Ertheilung der Decharge über die Rechnung der Sparkasse pro 1880; 7. die Ertheilung der Decharge über die Rechnung der Arbeits-Anstaltskasse pro 1882/83.

Geschlossene Sitzung.

8 Die Theilung des 3. Armenbezirks und die Bildung eines neuen — 16. Bezirks — sowie die Wahl eines Armen-Vorstehers für den 3. und eines Vorsitzenden und 4. Armen-Vorstehers für den 16. Bezirk.

Der Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung.
J. V.:
Dr. Schrader.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

· **Aus dem Kreise Merseburg**, 18. April. Gestern wurde auf der Zuckerfabrik Benkendorf der 40 m hohe Schornstein niedergelegt. Es geschah dies durch Herrn Böttger aus Güsten, der hierin besonders kundig ist. Nachdem der Schornstein am Grunde angesägt war, begann er zu schwanken und fiel glücklich nach der berechneten Richtung; es ist wenig Material zertrümmert. Der alte Schornstein wird durch einen 60 m hohen ersetzt, da die neue Kesselanlage eine solche Höhe erfordert. Herr Böttger ist von hier in gleicher Absicht nach Duisburg gerufen worden.

⊙ **Aus dem Kreise Bitterfeld**, 18. April. Um den Bewohnern von Roitzsch und Umgebung eine Erleichterung betreffs der Sparkassen-Einlagen zu verschaffen, hat der königliche Landrath Herr Dr. jur. Frhr. v. Bodenhausen in Roitzsch eine Agentur der diesseitigen Kreissparkasse errichten lassen.

γ **Eisleben**, 19. April. Die Zuckerfabrik Volkstedt der Herren Spielberg u. Söhne ist für den Kaufpreis von 1 200 000 Mark in den Besitz des Herrn Gutsbesitzers Hörning in Giersleben bei Aschersleben übergegangen.

γ **Querfurt**, 20. April. Die landespolizeiliche Prüfung der Secundärbahnstrecke Oberröblingen-Querfurt hat am 11. und 12. d. Mts., wie wir bereits früher mittheilten, stattgefunden. Polizeiliche Bedenken wurden nicht erhoben, auch nur unwesentliche Aenderungen für nöthig erachtet. Die Arbeiten beginnen bereits am 1. Mai und man hofft am 1 October c. den Betrieb eröffnen zu können.

γ **Mansfeld**, 19. April. Unter den im letzten Quartal mit dem Zeugniß zur Verwaltung einer Physikatstelle versehenen Aerzten, deren Namen Sie neulich veröffentlichten, befindet sich auch Herr Dr. Otto Wiegand von hier, gegenwärtig in Berlin; es ist der Sohn des hier vorhandenen Herrn Sanitätsrath Dr. Wiegand.

♎ **Von der Elbe**, 19. April. Gestern gegen Mittag ertönte in Darchwig die Sturmglocke, da eine Feuersbrunst ausgebrochen war. Das ganze Hochheim'sche Ackergehöfte, welches an der westlichen Seite des Ortes liegt, stand, da das Feuer durch den Wind schnell weiter verbreitet wurde, in kurzer Zeit in hellen Flammen. Das Wohnhaus, durch Brandgiebel geschützt, wurde erhalten, Scheune und Ställe, sowie noch 3 benachbarte Gehöfte brannten vollständig nieder. Die Gebäude, welche sich im besten baulichen Zustande befanden, sind versichert. Das Feuer soll dadurch entstanden sein, daß der 6jährige Sohn des Oekonomen Hochheim vor der Scheune, wo eine Menge trockener Dung lag, mit Streichhölzern spielte, wodurch das Stroh in Brand gerieth. — Dieser Tage wurde in der Nähe von Holzburchta ein neuer Schacht eingeschlagen, der den Namen „Siegfried" führen wird. Schon beträgt seine Tiefe ca. 7 Meter. Er kommt zunächst bis auf 160, später auf 280 Meter Tiefe. — In der Nacht vom 17. zum 18. d. M. ereignete sich in dem Gasthauskeller zu Romstedt ein Unglücksfall, der zwei Menschenleben gekostet hat und wobei ein drittes in große Gefahr gerieth. Dem in jenem Keller befindlichen Branntwein war die Lichtflamme zu nahe gekommen, sodaß der Kellner und die Magd des Wirthes Köhler verbrannten und der herbeigeeilte Sohn des K. schwer betäubt aus dem Keller gezogen werden mußte.

—ee— **Nordhausen**, 19. April. Wiederum durch zwei mit Streichhölzern spielende Kinder veranlaßt, brach am Mittwoch Nachmittag gegen 5 Uhr in Krombach Feuer aus, durch welches zwei Scheunen und ein Schuppen in Asche gelegt wurden.

♁ **Northeim**, 19. April. In der Nacht vom Montag zum Dienstag ist in der alten Kantine der alten Kaserne zu Einbeck ein eigenthümlicher Einbruchsdiebstahl verübt worden. An der Straßenfront ist der Dieb nach Zerschlagen eines Fensters, unter welchem gerade der Militärposten steht, eingestiegen (ein Unteroffizier will von dem Klirren des Fensterscheibe aufgewacht sein) und hat die Kantinenkasse erbrochen und geleert. Es erregt dieser Vorfall in Einbeck großes Aufsehen und sind energische Nachforschungen eingeleitet worden.

Ziesar, 17. April. Am 15. d. M. feierte in unserm Städtchen der Herr Lehrer Storch sein 50jähriges Amtsjubiläum als Lehrer unserer Jugend. Ihm wurden an diesem Tage viel Ehren zu Theil. Neben vielen anderen Geschenken von ehemaligen Schülern und Schülerinnen wurde dem Jubilar eine Dotation von 100 Mark jährlich auf Lebenzeit aus der Stadtkasse überwiesen — um dem Jubilar für so langjährige treue Dienste eine Anerkennung zu geben. Der Herr Superintendent Wagner überreichte bei einer zu diesem Behuf veranstalteten kirchlichen Feier, nach Verlesung einer königlichen Kabinetsordre dem Jubilar den Hohenzollern'schen Hausorden. Nach Schluß der kirchlichen Feier wurde der Jubilar wieder nach seiner Wohnung geführt und ihm dort vom Festkomité im Namen der 38 Lehrer der Ephorie Ziesar werthvolle Geschenke übergeben. Nachdem der Jubilar den Geschenkgebern seinen wärmsten Dank ausgesprochen, begaben sich Jubilar und Festtheilnehmer zu einem frohen Festmahle, welches von schönen Toasten gewürzt war.

Cöthen, 19. April. Die von uns bereits erwähnte Versammlung der Gasconsumenten hiesiger Stadt, welche über Herbeiführung eines geringern Gaspreises bei Prüfung der beim Gasconsum hervorgetretenen verschiedenen Unzuträglichkeiten berathen sollte, fand am vergangenen Sonnabend nachmittags im Saale des neuen Schützenhauses statt. Leider war die Versammlung wider Erwarten nur gering besucht; außer von Gastwirthen und Restaurateuren waren Gasconsumenten nicht erschienen. Nachdem die Unzuträglichkeiten beim Gasconsum durchgesprochen, wurde der Vorsitzende des hiesigen Gastwirthsvereins, Herr Schulte (Besitzer des Hotel Weintraube) beauftragt bei der Gas-Gesellschaft Schritte zur Herbeiführung einer Preisermäßigung — von 21 auf 18 ₰ per Kubikmeter — zu thun. Wenn die Gesellschaft nicht eingehen würde, werde man sich dahin einigen, daß in Zukunft die Lokale der Betheiligten nicht mehr mit Gas zu erleuchten seien. — Am Montag Nachmittag tagte im Saale des Hotel Casino eine auf Anregung einiger Landtagsmitglieder zusammenberufene Versammlung, welche bezweckte, einen anhaltischen Verein zum Schutze gegen die Ueberhandnahme des Vagabondenthums ins Leben zu rufen. Die Versammlung erfreuete sich reger Betheiligung. Die Sitzung wurde von Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister von Krosigk eröffnet, Herr Landgerichtspräsident Pietscher aus Dessau übernahm den Vorsitz. Hierauf hielt Herr Landtagsabgeordneter von Ende einen sehr eingehenden Vortrag über das Vagabondenthum und dessen Verbreitung. Nach Beendigung des Vortrags konstituirte sich die Versammlung zu einem Verein und wurde zugleich beschossen sich dem in Halle a. S. für die Provinz Sachsen bereitr bestehenden Schutzvereine anzuschließen.

γ **Dessau**, 19. April. Die zwischen Preußen und Anhalt geführten Verhandlungen wegen des Salzbergwerkes Leopoldshall haben nunmehr zu einem Abschluß geführt und zwar dahin, daß die Verwaltung und der Betrieb auf 99 Jahre an Preußen gegen eine Rente von 4 pCt. pro anno auf 30 Millionen Mark abgetreten werde. Genehmigung des Kaisers und Königs, sowie des Dessauer Landtages fehlt noch.

= **Bernburg**, 19. April. Nach einer Bekanntmachung der herzoglich anhaltischen Finanz-Direktion in Dessau werden die im diesseitigen Kreise gelegenen landesfiskalischen Domainen Weddegast und Borgesdorf von Johannis 1884 ab anderweit auf 18 Jahre zur Verpachtung gestellt. Zur Verpachtung der Domaine Weddegast, zu welcher im Ganzen ein Areal von 1125 Morgen 7 Quadratruthen gehört, steht Termin auf den 4. Juni im Sitzungszimmer der Herzogl. Finanz-Direktion in Dessau an und haben Bieter sich über ein Vermögen von 120000 Mk. auszuweisen. Am 5. Juni steht ebendaselbst Verpachtungstermin für die Domaine Borgersdorf an, zu welcher im Ganzen ein Areal von 1844 Morgen 154,80 Quadratruthen gehört und für welche ein Vermögensnachweis von 180000 Mk. erforderlich ist.

† **Soolbad Sulza** in Thüringen. Die Vorbereitungen für die neue Badesaison beginnen bereits und ein Rückblick auf die vorjährige läßt eine recht lebhafte erwarten. Blieb doch die vorjährige Frequenz trotz der allerorts so ungünstigen Witterung nicht hinter der der besten Jahrgänge zurück. Fast ohne Ausnahme konnten die Kurgäste ihre Kuren mit bestem Erfolge beenden. Zu diesen günstigen Resultaten hat außer der bekannten Heilkraft unserer Quellen jedenfalls die so äußerst geschützte Lage des Kurortes beigetragen. Die ausgedehnten Gradirhäuser, die so milde ozonreiche Luft machen Sulza zu einem gesuchten klimatischen Kurort. Obgleich von Jahr zu Jahr die Kurmittel erweitert und verbessert werden, so kann in diesem Jahr ein ganz bedeutender und ungewöhnlicher Zuwachs derselben gemeldet werden. Unter dem Protektorat der Großherzogin Sophie wird nämlich ein Kinderheilbad hier eröffnet, in welchem in erster Linie kranke, der Bäder bedürftige Kinder des engern Vaterlands Aufnahme und Pflege finden sollen. Es wird also eine Art Ferienkolonie geschaffen werden für ganz bestimmte Krankheitsformen. Die Hochherzigkeit der Großherzogin stattet die Anstalt zweckentsprechend aus und Se. königliche Hoheit, unser Großherzog, sowie der Erbgroßherzog und die Prinzessinnen haben bereits eine Anzahl von Freistellen gestiftet. Auch andere Menschenfreunde haben beigesteuert und werden dieses hoffentlich auch ferner thun. Mehrere Krankenpflege-Schwestern hat die hohe Frau gütigst zur Verfügung gestellt und schöne geräumige und gesunde Säle und Spielplätze werden zur Aufnahme der Kinder bald bereit sein; an der Ausrüstung dieses Werkes der Menschenliebe arbeiten bereits viele fleißige Hände. Außer den der Kur bedürftigen Kinden aus dem engeren Vaterlande soll aber auch, soweit es der Raum gestattet, die Anstalt allen Kindern offen stehen, deren Eltern verhindert sind, mit ihnen eine Badereise zu unternehmen.

Kunst und Wissenschaft.

— Auf dem Leichensteine Blumauer's, des bekannten Verfassers der travestirten Aeneide, findet sich noch heute, wenn auch schwer lesbar, folgende Inschrift:

Hier ruhet
Aloys Blumauer.
Censor. Dichter.
Epikuräer. Freigeist. Genie. Hagestolz. Jesuit.
Kenner Latiums.
Maurer.
Naso Oestreichs.
Pfaffenfeind.
Quälte Roms Satelliten.
Travestirte
Unsterblich Virgils Werke.
Xerophthalmisch. Ybischartig.
Zollte
den Tribut dem Tode
den XVI. März
MDCCXCVIII.

Die Bezeichnung xerophthalmisch bezog sich auf Blumauer's stets entzündete Augen und das Wort Ybischartig auf seine lange Figur und auf seine gelbe Gesichtsfarbe.

— Die Aufführung des Wagner'schen Nibelungen-Cyclus endete am 18. d. Mts. zu Venedig mit der „Götterdämmerung", die äußerst beifällig aufgenommen wurde, nachdem am Tage vorher „Siegfried" kühlere Aufnahme gefunden. Frau Reicher-Kindermann und der Kapellmeister Seidl hatten sich der größten Auszeichnung zu erfreuen. Heute wird am Canale grande vor dem Palazzo Vendramin, dem Sterbehause Wagners, durch das Orchester des Richard Wagnertheaters eine Todtenfeier für den Meister veranstaltet. Am 21. d. Mts. beginnen die Aufführungen des „Nibelungenrings" in Bologna.

— Nachpharaonische Papyrusfunde. In den Jahren 1877 und 1878 wurde bei dem egyptischen Orte El-Fayum eine große Menge von alterthümlichen Schriftstücken ausgegraben, welche durchaus verschieden waren von den bisher in den egyptischen Grabstätten entdeckten Papyrusrollen. Dieselben wurden zuerst nach Kairo gebracht und waren dann von mehreren Händlern nach Europa, nach London, Paris und Berlin verkauft worden. Die Untersuchung hatte ergeben, daß man es mit nachpharaonischen Schriftstücken zu thun hatte, wie sie in den griechischen Kolonien am Mittelmeer gebräuchlich waren. Die im königlichen Museum zu Neapel befindlichen altegyptischen Papyrusrollen sind von diesen neueren Schriftstücken, die der christlichen Epoche angehören, sehr verschieden. Sie sind auch leichter zu enträthseln, weil sie mit griechischen, persischen und arabischen Schriftzeichen bedeckt sind. Die Zeit des Entstehens dieser Schriftrollen, die zum Theil leider stark beschädigt erscheinen, fällt in das dritte, vierte bis achte Jahrhundert nach Christus. Der Inhalt steht zum Theil mit den weltgeschichtlichen Ereignissen in Zusammenhang, wies dies bei den persischen Urkunden der Fall ist. Interessant sind die griechischen Dokumente, deren Inhalt ein Rechtsgegenstand bildet. Einem Oesterreicher, Kaufmann Graf in Kairo, gelang es, einen großen Theil der zerstreuten Urkunden wieder zusammenzubringen und nach Wien zu schaffen, wo sie demnächst im österreichischen Museum neben indischen Alterthümern zur Ausstellung gelangen werden. Das Material, aus welchem diese nachegyptischen (wenn der Ausdruck berechtigt ist) Papyrusschriften angefertigt sind, ist das der Papyrusstaude, welches korbartig geflochten erscheint und nicht so sorgfältig behandelt ist, als das berühmte „Schreibpapier" der alten Egypter. Während wir aus den egyptischen Grabstätten sehr wohlerhaltene Papyrusrollen haben, sind diese jüngeren vom Zahne der Zeit tüchtig mitgenommen. Auch einige Stücke, aus Baumwollstoff angefertigt. befinden sich in der Kollektion; sie sind mit islamitischen Schriftzeichen bedeckt. Dieses aus Baumwolle angefertigte Papier erscheint als der Rest eines von Arabern betriebenen Industriezweiges. Auch Rechnungen über Lieferungen, Steuervorschriften der Stadt Fayum, welche vor tausend Jahren noch so bedeutend war, wie heute Kairo, befinden sich unter den Urkunden.

Türkische Nationalbibliothek. Nach den Meldungen türkischer Blätter sind jetzt fünfundzwanzig Beamte des türkischen Unterrichtsministeriums damit beschäftigt, ein Verzeichniß der in den Konstantinopeler Moscheen, türkischen Klöstern und Medressehs (theologischen Lehranstalten) vorhandenen Bücher und Manuscripte anzulegen, welche den Grundstoß zu der im Auftrage des Sultans anzulegenden Nationalbibliothek bilden werden. Ebenso viele Beamte wurden nach den verschiedenen Provinzen des Reiches geschickt, um dort in gleicher Weise an dem Werke mitzuhelfen. In den Pfortenkreisen erwartet man, daß schon binnen zwei Jahren die Nationalbibliothek werde eröffnet werden können.

Vermischtes.

[Ein Sensationsroman.] **Wenn die französischen Romanciers bisweilen nach Nizza gehen um dort aus dem vollen Leben Stoff zu Romanen zu schneiden, so wissen sie wohl, daß sie ihre Billets nicht umsonst bezahlen und daß der Ritt in dies Land moderner Romantik lohnt. Den neuesten Sensationsroman aus dem dortigen Badeleben berichtet einer unserer italienischen Korrespondenten wie folgt: Die fünfunddreißigjährige Komtesse T. hat sich am 12. d. M. in ihrer Villa an der Promenade anglaise mit einem Revolver erschossen. Die Komtesse war eine Russin, der man ein großes Vermögen anfabelte und die in der That durch ihren vornehmen Luxus den Glauben erwecken konnte, daß sie sehr reich sei. Speziell auf den Korsos paradirte sie mit einem niedlichen Kabriolet mit vier wunderbar schönen Orloff Trabern. Die Russin, eine noch sehr stattliche Frau mit pikantem Lebegesicht, thronte dann gewöhnlich in verführerischem Kostüm auf der Höhe des Cabs und zügelte die Rosse selbst unter dem Drucke ihrer kleinen nervigen Hand. Komtesse T. galt als unverheirathet — doch erzählte man sich hie und da in den Zirkeln, daß sie es nicht immer gewesen sei. Man führte aus, daß sie vor etwa zehn Jahren einem höheren russischen Beamten zum Altare gefolgt sei; ihr Gatte sei jedoch in eine nihilistische Verschwörung unter so schwer gravirenden Umständen verwickelt worden, daß man ihn zur Deportation nach Sibirien verurtheilt habe. Schon auf dem Transport sei er aber einem durch Erkältung zugezogenen Lungenleiden erlegen. Komtesse T. ging ins Ausland, entzückte im vorigen Winter Paris unter ihrem Mädchennamen, und war in dieser Saison einer der Sterne von Nizza. — Als Ursache ihres Selbstmords wird Folgendes angegeben: Die Komtesse hatte hier einen Pariser Aristokraten, den Vikomte d'E., kennen gelernt. Obwohl sieben oder acht Jahre jünger als Komtesse T., verliebte d'E. sich doch sterblich in die schöne und geistreiche Frau und hatte die Genugthuung, seine Liebe in gleich leidenschaftlicher Weise erwidert zu sehen. Da Beide ziemlich allein in der Welt standen und auf keine verwandtschaftlichen Fesseln Rücksicht zu nehmen hatten, so wurden eiligst, wenn auch in aller Stille die Vorbereitungen zur Schließung des Ehеakts getroffen. Da langte plötzlich aus Petersburg die Mittheilung an, der todtgeglaubte Gatte der Komtesse lebe noch und sei — als Begnadigter in seine Heimath zurückgekehrt. Wie ein Donnerschlag traf diese Nachricht die junge Braut; Vikomte d'E. aber glaubte, er sei auf niederträchtige Weise betrogen worden und bereitete der bisher Geliebten eine furchtbare Scene, die mit einem Abschied für immer schloß. In ihrer Verzweiflung gab nun Komtesse T. sich selbst den Tod.**

[Ueber den Brand des Cirkus Salamonski in Moskau] widersprechen sich die in den Zeitungen cursirenden Nachrichten. Die „Post" läßt sich von einem ihrer Abonnenten die Mittheilung machen, daß zwar Feuer im Cirkus ausgebrochen ist und, wie eine vom Direktor Salamonski hierhergelangte Depesche ergiebt, die Stallung und die Garderoben abgebrannt sind, daß der neue, größtentheils von Eisen erbaute Cirkus aber vollständig unverletzt dasteht und am Sonntag die Vorstellungen wieder aufgenommen werden sollen; (auch habe ein ähnlichrr Unfall Herrn Salamonski noch nie betroffen.) — Im Widerspruch dazu steht wieder folgende Schilderung von dem Brande. welche wir heute im „Berl. Tagbl." lesen: In Moskau brach am 9. April um 1 Uhr Mittags in dem aus Holz aufgeführten Cirkus Feuer aus, das in wenigen Stunden das sehr große Gebäude vernichtete Eine große Anzahl von Arbeitern war um jene Zeit damit beschäftigt, bedeutende Heuvorräthe auf die Böden zu schaffen, als in der Gallerie, welche die Pferdeställe mit der Rennbahn verbindet, das Feuer auskam und mit ungeheurer Schnelligkeit sich verbreitete. In der zweiten Etage dieser Gallerie befanden sich die Lagerräume für die Kostüme, Sättel, Geschirre und sonstigen Utensilien, welche ein Raub der Flammen wurden. Viele Pferde sind verbrannt (?), eine noch größere Zahl schwer beschädigt. Im Ganzen wird der Schaden auf 200000 Rubel geschätzt. Dank den Bemühungen des Ober-Polizeimeisters Generals Koslow und des Brandmajors Potjechin ist die eigentliche Rennbahn trotz ihrer nahen Verbindung mit den Pferdeställen erhalten geblieben. Die Löschwerkzeuge der Feuerwehr befanden sich in einem nichtswürdigen Zustande. Die Schläuche waren zu kurz und mehrere davon platzten; daher waren einige Spritzen völlig unthätig, als gerade der Brand am heftigsten tobte. Die „Kölnische Zeitung" bringt ebenfalls einen Bericht, daß der Cirkus niedergebrannt ist und schildert ausführlich die Bauart und die Einrichtung dieses großartigen derartiger Etablissements; am Schlusse jenes Berichtes findet sich eine Notiz, welche vielleicht Aufklärung für die Mittheilung der „Post", daß am Sonntag die Vorstellungen wieder aufgenommen würden, giebt; es heißt daselbst wörtlich: Da in Moskau noch ein zweiter, Hrn. Hinné gehöriger Cirkus existirt, der zur Zeit nicht benutzt wird, so wird Direktor Salamonski seine Vorstellungen bald wieder aufnehmen können.

[Woher stammt die Sitte der Ohrlöcher?] Eine sonderbare Legende ist, dem Glauben der Moslems nach, die Ursache, daß jede dem Muhamedanismus anhängende Frau es für ihre Pflicht erachtet, Ohrringe zu tragen. Sarah, so berichtet die Tradition, von Eifersucht ergriffen über den Vorzug, den Abraham der Hagar zu geben schien, schwur einen Eid, die ihr verhaßte Nebenbuhlerin zu verstümmeln. Nicht ruhen und rasten wolle sie, so gelobte sie's bei Allem, was ihr heilig war, bis sie das rosige Gesicht ihrer Dienerin zerfetzt habe. Abraham, welcher den Racheschwur seiner Frau vernommen hatte, that sein Möglichstes die erbitterte Gattin auf andere Gedanken zu bringen. Lange blieben seine Worte ohne Erfolg. Endlich aber gelang es seinem sanften Zureden, die Ergrimmte zu beruhigen. Sie gab dem Patriarchen das Versprechen, ihren beabsichtigten Racheplan aufzugeben. Was aber konnte geschehen, um dennoch dem einmal ausgesprochenen Gelübde zu genügen? — Nach reiflichem Nachdenken war ein Ausweg gefunden: anstatt das liebliche Antlitz ihrer Dienerin zu zerschneiden, bohrte sie nur zwei Löcher in die rosigen Ohrläppchen derselben. Ob Abraham sich später bewogen gefühlt, diese kleinen Wunden dadurch zu versüßen, daß er Hagar mit kostbaren Ohrringen beschenkte — oder ob Letztere sich dieselben selbst zugelegt, davon erwähnt die Legende nichts. Jedenfalls aber sollen die türkischen Frauen, welche sämmtlich vom siebenten Jahre an Ohrringe tragen, den Gebrauch dieses Schmuckes von der Hagar ableiten, welche als die Mutter Ismaels, dem Stammvater ihres Volkes, von ihnen in hohen Ehren gehalten wird.

Postalisches.

Den 20. d. M. tritt in Schwittersdorf eine Posthülfsstelle in Wirksamkeit, welche ihre Verbindung durch die zwischen Salzminde und Besenstedt kursirenden Landbriefträger erhalten wird. Die Zuckerfabrik Schwittersdorf und die Grube „Gute Hoffnung" wird dem Bestellbezirk zugetheilt werden.

Literarisches.

Der siebente Jahrgang der Monatsschrift **„Nord und Süd"** beginnt unter günstigen Auspicien, denn sein erstes, das eben erschienene 73. Heft weist einen überaus reizvollen Inhalt auf. Da ist zuvörderst die Eingangsnovelle „Die Vertrauten", eine Geschichte voll liebenswürdiger Erfindung und Laune, dabei innerlich wahr und mit dem Tone des feinen Erzählers; ihr Verfasser, Otto Roquette, der Dichter von „Waldmeisters Brautfahrt", hat eine fesselndere Prosadichtung bisher nicht geschrieben. Wilhelm Lübke folgt mit einer umfassenden Studie über die von dem Berliner Museum erworbene Hamilton-Sammlung. Professor Friedrich Althaus in London bringt sodann seine überaus interessanten und für die Lebensgeschichte des Dichters bedeutungsvollen „Erinnerungen an Gottfried Kinkel" zum Abschluß. Der ausgezeichnete Nationalökonom Professor Lorenz von Stein in Wien hat eine Studie beigesteuert über „Musik und Staatswissenschaft." Johannes Scherr giebt eine vortrefflich erzählte Jugenderinnerung, betreffend das „Passionsspiel zu Gmünd;" Ferdinand Hiller in Köln, als Musiker und Feuilletonist gleich bedeutend und fesselnd, schließt sich ihm an mit einem Essai über den französischen Akademiker Maxime Du Camp. Den letzten Roman Emile Zola's „Au Bonheur des Dames" macht der Herausgeber Paul Lindau zum Gegenstande einer geistreichen, an feinen Beobachtungen reichen Studie von fesselndem Reize der Darstellung. Felix Dahn ruft schließlich dem großen Meister Richard Wagner eine schwungvolle Todtenklage nach. Reichhaltige bibliographische Mittheilungen sind dem vom Verleger S. Schottlaender in Breslau mit gewohnter Sorgfalt ausgestatteten Hefte beigegeben. Ein von W. Rohr in München meisterhaft in Kupfer radirtes Portrait Otto Roquette's gereicht dem Hefte zu besonderer künstlerischer Zierde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188304212-11/fragment/page=0009

SCHWEIZERISCHE LANDESAUSSTELLUNG IN ZÜRICH

H-71-Z

Mai bis September 1883.

Aufruf.

Das Vagabondenthum und Bettelwesen ist wieder wie im Mittelalter zur Landplage in Deutschland geworden. Man schätzt die Zahl der umherziehenden Bettler auf Hunderttausend und mehr. Die unfreiwillige Steuer, welche die Bevölkerung für diese Bettler zahlt, beträgt jährlich viele Millionen Mark.

Es sind allerlei Vorschläge und Versuche gemacht worden, diesen öffentlichen Nothstand zu beseitigen. Man hat Verschärfung der polizeilichen Maßregeln gegen das Bettelwesen gefordert und erreicht. Es sind Vereine gegen Bettelei gegründet worden, die ihre Mitglieder verpflichten, alle Bettler abzuweisen. In manchen Gegenden hat man die Bevölkerung zu einer ausschließlichen und zwar gleichartigen Naturalverpflegung an die Bettler veranlaßt, um dieselben nicht abweisen zu müssen, aber abschrecken zu können. Von anderer Seite wird auf die Reform der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Gesetzes, den Unterstützungswohnsitz betreffend, hingewiesen und gewartet. Alle diese Vorschläge sind zweckmäßig, aber sie lassen alle eine Lücke offen. Es ist unrichtig und unrecht, vorauszusetzen, daß alle umherziehenden, arbeitslosen Personen arbeitsscheu sind. Es widerstrebt dem christlichen Mitgefühl und Gerechtigkeitssinn, die Bestrafung und die allgemeine Abweisung der Bettler zu fordern, so lange nicht Einrichtungen getroffen sind, arbeitsfähigen und arbeitswilligen Bettlern Arbeit und damit Broderwerb zu verschaffen. In einem christlichen Lande darf Niemand sein Betteln damit entschuldigen können, daß er arbeiten will, aber keine Gelegenheit zur Arbeit finde, muß jeder, auch der Verkommenste, sobald er nur will, im Stande sein, wieder an die Arbeit und damit wieder zu bürgerlicher Existenz zu kommen.

Diese Erwägungen haben die Unterzeichneten zu dem Entschluß gebracht, die Begründung von Beschäftigungsanstalten für arbeitslose Personen in unserer heimathlichen Provinz und zwar zunächst, die Errichtung einer landwirthschaftlichen Arbeiter-Colonie ins Auge zu fassen. Die Colonie soll die Aufgabe haben, Land, das im Augenblick culturlos, aber culturfähig ist, dessen Urbarmachung von der Jahreszeit mehr oder weniger unabhängig ist, in Cultur zu nehmen, also einen, für die Bodenverwerthung hochwichtigen Dienst der Provinz zu leisten, ohne mit irgend einer bestehenden Industrie in Concurrenz zu treten und direct oder indirect die Arbeit und damit den Arbeitsverdienst der Bevölkerung zu schädigen. Die Colonie soll arbeitswilligen und arbeitsfähigen Männern ohne jede Rücksicht auf Stand, Alter, Religion und Vorkenntniß lediglich auf Grund ihres Bedürfnisses und ihres Antrages Unterkommen, Unterhalt, vorläufige Bekleidung und Gelegenheit, dieselbe sich eigenthümlich zu erwerben und demgemäß, sobald als möglich wieder in ihre frühere Beschäftigung zurückzukehren, gegen ihre Arbeitsleistungen gewähren.

Zu diesem Zwecke sind die Unterzeichneten zu einem Verein zusammengetreten, welcher alle Kreise und Gemeinden der Provinz umfassen soll, und welcher es sich außerdem unter Heranziehung bereits bestehender Lokalvereine zur Aufgabe machen wird, alle Bettler der bezeichneten Art nach dieser Colonie zu weisen und auf dem Wege dahin mit Nachtquartier und Kost in dazu auserwählten oder begründeten Herbergen zu unterstützen, alle arbeitsscheuen Bettler aber nunmehr rücksichtslos abzuweisen.

Zunächst ist eine für die Begründung einer solchen Arbeitercolonie in hohem Maße geeignete Stätte auf fiscalischem Grund und Boden gefunden. Das Areal, um das es sich handelt, ist von so großem Umfang, daß es für lange Zeit ausreicht, und nach dem Gutachten von Sachverständigen unter der Voraussetzung zureichender und billiger Arbeitskräfte zu dem vorbezeichneten Zwecke sehr geeignet. Es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß die hohen Staatsbehörden, sowohl was die Ueberlassung des Grundes und Bodens, als die übrigen Schritte zur Errichtung der Colonie anlangt, das Zustandekommen des Unternehmens in entgegenkommender Weise erleichtern werden. Ebenso dürfte an der Unterstützung der Provinzialbehörden bei der angedeuteten Organisation der Fürsorge für arbeitswillige Bettler in der Provinz nicht zu zweifeln sein. Es würde zunächst nur darauf ankommen, eine Anerkennung der dem Unternehmen zu Grunde liegenden Anschauungen in den weitesten Kreisen herbeizuführen und dadurch ein thatkräftiges Interesse an demselben zu erwecken.

Wir wenden uns an Alle, die ein Interesse daran haben, daß dieses ebenso schwierige wie verheißungsreiche Werk rettender und helfender Nächstenliebe gefördert werde mit der Bitte, dem Vereine als Mitglied beizutreten und demgemäß sich bereit zu erklären, einen Jahresbeitrag von mindestens 3 Mark an die in jedem landräthlichen und Stadtkreise zu bildenden Lokalkomités, beziehungsweise deren Zahlstelle zu entrichten, welche die Beitrittserklärungen entgegennehmen, die Vereinsstatuten mittheilen werden.

Es handelt sich um ein Unternehmen, durch das ein in der That brennender Nothstand in unserem Volksleben nicht gewaltsam beseitigt, sondern geheilt und dadurch überwunden und, wie wir hoffen, vielen mit und ohne ihre Schuld verkommener Mitmenschen der Rückweg in die bürgerliche Gesellschaft gezeigt und gebahnt werden soll. Es ist zu hoffen, daß nach einiger Zeit die zu begründende Colonie sich mehr oder weniger selbst erhält. Ohne ein zureichend großes Gründungs- und Betriebs-Kapital ist aber die Ausführung des Unternehmens unmöglich. Möchte dieser Aufruf die Herzen Aller, die ihn lesen, willig machen, für dieses große Liebeswerk ein großes oder wenn sie das nicht vermögen sollten, doch ein kleines Opfer fröhlich darzubringen. Die Dankbarkeit Derer, denen dadurch geholfen werden soll und — Gott gebe es — geholfen werden wird, lohnt jedes solcher Opfer überreich.

Halle, den 23. Februar 1883.

Arnold, Bürgermeister, Halberstadt. **Bärwinkel,** Pfarrer, Erfurt. Freiherr **von Bodenhausen,** Landrath, Lebusa. **von Bötticher,** Oberregierungsrath, Merseburg. **Bötticher,** erster Bürgermeister, Magdeburg. **von Breitenbauch,** Landrath, Schloß Ranis. **Breslau,** Oberbürgermeister, Erfurt. **Buhlers,** Rittergutsbesitzer, Erfurt. **Danneil,** Pfarrer, Nieder-Dodeleben. **Dehne,** Fabrikbesitzer, Halle. **von Diest,** Regierungs-Präsident, Merseburg. **Dietze,** Amtsrath, Barby. **Dittmar,** Superintendent, Iden i. d. Altmark. Dr. **Elvers,** Landrath, Wernigerode. Freiherr **von Ende,** Rittergutsbesitzer, Alt-Jeßnitz. **Gabler,** General-Kommissions-Präsident, Merseburg. **v. Goßler,** Kreisdeputirter, Zichtau. Graf **Hagen,** Kammerherr, Möckern. **Hecker,** Oberstaatsanwalt, Naumburg. **Heise,** Oberförster, Glücksburg. **Hesekiel,** Pfarrer, Sudenburg. Graf **Hohenthal,** Rittergutsbesitzer, Dölkau. **von Hülsen,** Generaldirector, Merseburg. **von Kamptz,** Regierungs-Präsident, Erfurt. Dr. **Knoblauch,** Geh. Regierungs-Rath, Professor, Halle. **Kobelt,** Pfarrer, Reinstedt. **von König,** Rittergutsbesitzer, Haus Zörnigall. **von Krosigk,** Kammerherr, Hohen-Erxleben. **Lenschner,** Geheimer Bergrath, Eisleben. **Lenschner,** Consistorialrath, Merseburg. **v. Lingenthal,** Rittergutsbesitzer, Buschhaus. **Lwowski,** Fabrikbesitzer, Halle. Dr. **Möller,** General-Superintendent, Magdeburg. **Müller,** Oberforstmeister, Merseburg. **von Nathusius,** Landrath a. D., Alt-Haldensleben. **von Nathusius,** Landes-Oekonomie-Rath, Königsborn. **Nobbe,** Verwaltungsgerichts-Director, Merseburg. **Nabe,** Superintendent, Herzberg. **von Rauchhaupt,** Landrath, Delitzsch. Dr. **Riehm,** Professor, Halle. **Rietz,** Oberpfarrer, Seyda. **Rietschel,** Superintendent, Wittenberg. **Rimpau,** Rittergutsbesitzer, Kunrau. **von Räder,** Oberst-Lieutenant a. D., Naumburg. Dr. **Roedenbeck,** Consistorial-Präsident, Magdeburg. **Schaeper,** Amtmann, Roßla. **Schneider,** Commerzienrath, Magdeburg. Prinz **Schoenburg,** Generalmajor z. D., Droyßig. **Schreiber,** Geh. Commerzienrath, Nordhausen. **Schrecker,** Bürgermeister, Eilenburg. Graf **von der Schulenburg,** Landrath a. D., Angern. Graf **von der Schulenburg-Beetzendorf.** Dr. **Schultze,** General-Superintendent, Magdeburg. **Schweineberg,** Bürgermeister, Mühlhausen. **von Senfft-Pilsach,** Oberpräsidialrath, Magdeburg. **Staude,** erster Bürgermeister, Halle. Graf **zu Stolberg-Roßla.** Graf **zu Stolberg-Wernigerode.** **Jacobi von Wangelin,** Forstmeister, Merseburg. Graf **Wartensleben,** Landrath, Rogäsen. **von Wedell,** Regierungs-Präsident, Magdeburg. **Weicke,** Deichhauptmann, Nienfelde. **Weiß,** Gutsbesitzer, Langensalza. **Werner,** Kommerzienrath, Mühlhausen. **Werner,** Bürgermeister, Stendal. Graf **Wintzingerode,** Landes-Director, Merseburg. Freiherr **von Wintzingerode-Knorr,** Merseburg. **von Wolf,** Oberpräsident, Magdeburg. **Zimmermann,** Amtsrath, Benkendorf.

Indem die Unterzeichneten, welche auf Anregung des Vereinsvorstandes zu einem Lokalcomité für die hiesige Stadt zusammengetreten sind, vorstehenden Aufruf des Vereins für die Provinz Sachsen, zur Beschäftigung brodloser Arbeiter, zur Kenntniß ihrer Mitbürger bringen, glauben dieselben des allseitigen sympathischen Einverständnisses mit den darin zum Ausdrucke gebrachten Bestrebungen gewiß zu sein. — Eine bedeutungsvolle große Aufgabe, die Hebung einer der schwersten socialen Krankheiten unserer Zeit durch die freie und werthätige Hülfe der Bevölkerung soll erfüllt, ein Werk wahrer Christenliebe und echtesten Bürgersinnes gegründet werden, für solches Unternehmen sind die Einwohner der Stadt Halle stets willig gefunden und auch jetzt werden dieselben gern und freudig ihr Scherflein beitragen, um ein Ziel zu fördern, dessen Erreichung sich der Gesammtheit wie dem Einzelnen gleich segensreich erweisen wird. Von solcher Ueberzeugung getragen, richten die Unterzeichneten an ihre Mitbürger die herzliche Bitte, durch recht zahlreiche Beitrittserklärungen den Kreis Derjenigen, welche im Sinne des Vereins mitarbeiten wollen, an der Beseitigung eines wirthschaftlichen Nothstandes, der sittlichen und socialen Hebung großer, der ehrlichen Erwerbsthätigkeit entzogener Bevölkerungs-Elemente zu erweitern und so nach ihrem Theile zu dem Gelingen eines Unternehmens beizusteuern, welches nur durch das bereitwillige Verständniß und das einmüthige Zusammenwirken aller Kreise unserer Provinz dem vollen und erwünschten Erfolge entgegengeführt zu werden vermag.

Die Mitgliedschaft des Vereins ist statutenmäßig durch die Leistung eines fortlaufenden Beitrages von 3 Mark pro Jahr oder einer einmaligen Zuwendung von 30 Mark bedingt. Etwaige Anmeldungen zum Beitritt nimmt der mitunterzeichnete Bürgermeister **Schneider** jederzeit entgegen, auch wird in nächster Zeit eine diesbezügliche Einzeichnungsliste in den Kreisen der hiesigen Bürgerschaft cirkuliren.

Halle a/S., den 10. April 1883.

Dehne, Kommerzienrath. **Förster,** lic. theol., Superintendent. **Gneist,** Regierungsrath a. D., Stadtverordneten-Vorsteher. **von Holly,** Stadt- und Polizeirath. Dr. **Knoblauch,** Geh. Regierungsrath, Professor. **Lutze,** Kasernenbesitzer. **Lwowski,** Fabrikbesitzer. **Rapmund,** Pfarrer. **Riehm,** Dr., Professor. **Schneider,** Bürgermeister. **Staude,** erster Bürgermeister. **Zernial,** Stadtrath.

„Germania"

Lebens-Versich.-Aktien-Gesellsch. zu Stettin.

Versicherungsbestand am 1. April 1883: **134,058 Policen mit . . . . . 270,751,405 ℳ**
Kapital und ℳ 311,663 jährl. Rente.

Neu versichert vom 1. April 1882 bis dahin 1883:

9,272 Personen mit	30,715,301 ℳ
Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen 1882:	12,235,779 ℳ
Vermögensbestand Ende 1882:	60,721,784 ℳ
Vermehrung der Fonds 1882:	4,882,896 ℳ
Ausgezahlte Kapitalien und Renten seit 1857:	50,769,173 ℳ

Die mit Gewinnantheil Versicherten der „Germania", welchen **6,599,823 ℳ** seit 1871 als Dividende überwiesen wurden, beziehen schon nach Entrichtung von 2 Jahresprämien Dividende und zwar die Versicherten des Dividendenplans **A** nach Verhältniß der zwei Jahre vorher entrichteten vollen Jahresprämie, dagegen die Versicherten des Dividendenplans **B** nach Verhältniß der **Gesammtsumme der gezahlten Jahresprämien.** Letztere erhalten bei Festhaltung des bisher gewährten Satzes von 3% der **Gesammtsumme aller gezahlten Jahresprämien** eine mit 6% beginnende und **alljährlich um 3% steigende Dividende,** beispielsweise

nach 10 Jahren	20 Jahren	30 Jahren	35 Jahren	40 Jahren
30%	60%	90%	105%	120%

der gezahlten Jahresprämie.

Die mit lebenslänglicher Prämienzahlung nach Plan **B** Versicherten sind, sobald die Dividende mehr als 100% der Jahresprämie beträgt, nicht nur **beitragsfrei,** sondern beziehen von da an **eine steigende baare Dividende,** während die mit **abgekürzter** Prämienzahlung Versicherten schon nach Zahlung der letzten Prämie die ihnen auf die **Gesammtsumme der eingezahlten Prämien** auch ferner zukommende Dividende als **lebenslängliche Rente** erhalten. — **Darlehne zur Cautionsbestellung** gewährt die „Germania" den bei ihr versicherten Beamten unter den günstigsten Bedingungen.

Jede gewünschte Auskunft wird bereitwilligst kostenfrei ertheilt durch die Herren Vertreter der „Germania".

Halle a/S., den 15. April 1883.

E. E. Achilles,
Haupt-Agent der „Germania".

In Aisleben	Herr Kaufmann	**Otto Göhre,**
„ Bitterfeld	„ Secretär	**Blau,**
„ Cönnern	„ Kaufmann	**Theodor Müller,**
„ Delitzsch	„	**C. R. Hennig,**
„ Eilenburg	„	**Louis Bässler,**
„ Herzberg	„ Canzlist	**E. Schierz,**
„ Hohenmölsen	„	**F. W. Berthold,** Kaufmann,
„ Kelbra	„ Kaufmann	**R. Bilsing,**
„ Landstädt	„ do.	**F. H. Langenberg,**
„ Löbejün	„ do.	**Otto Busch,**
„ Merseburg	„ do.	**Heinrich Schultze jun.,**
„ Mücheln	„ do.	**Otto Sauer,**
„ Mühlberg a/E.	„	**Albert Mattuschke,**
„ Nebra	„ Apotheker	**Dr. Schaal,**
„ Querfurt	„ Schornsteinfegermeister	**Schrappe,**
„ Roßleben	„ Thierarzt	**Carl Schreck,**
„ Sangerhausen	„ Controlleur	**L. Mehler,**
„ Schlenditz	„ Kaufmann	**L. Rittweger,**
„ Torgau	„ Maler	**Albert Höft,**
„ Weißenfels	„ Kaufmann	**C. Händel.**
„ Wittenberg	„ Auctionator	**E. Taubenheim,**
„ Zeitz	„ Bureau-Vorsteher	**G. Hoffmann.**

Das Rittergut **Herrngosserstädt** bei Buttstädt verkauft **150 St. Erstlings- und 150 St. Jährlings-Hammel,** beide Jahrgänge sind gemästet. Außerdem stehen noch **160 St. Merzschafe** zum Verkauf.

Pätzoldt, Inspektor.

Für ein junges anständiges Mädchen wird zur Erlernung des inneren Haushaltes eine Stelle in einer Pastorenfamilie auf dem Lande oder Oberförsterei gegen Kostgeld gesucht. Gefl. Offerten sub X. 100 nimmt die Exped. d. Ztg. entgegen.

Künstliche Zähne,

Plomb., Reparat. Zahnschmerzlos. sof.
Julius Sachse jr.,
Geiststr. 17 part., Adler-Apoth.,
Eingang Breitestraße 39.

33,000 ℳ als erste und alleinige Hypothek auf ein feines Grundstück gesucht. Gefällige Offert. erbeten unter **E. 12,666** an **H. Gräfe,** gr. Märkerstraße 7.

Reisszeuge

von vorzüglicher Güte billigst bei

Otto Unbekannt,
Kleinschmieden.

Strychnin-Weizen

bereitet seit acht Jahren als Specialität u. empfiehlt als wirksam gegen Feldmäuse und Hamster
Joh. Büdefeldt, Rannische Str. 24.

Franzbranntwein mit Salz, in chemischer Lösung, gegen Reißen, Rheumatismus ꝛc., **Klettenwurzelöl,** selbst bereitet, für den Haarwuchs, **Leberthran,** selbst gereinigt, gegen Skrofeln ꝛc., **Franzbranntwein mit Ricinusöl** gegen Schuppen, sogen. Kopfflechten, empfiehlt
Joh. Büdefeldt, Rannische Str. 24.

Verwalterstelle

sucht ein Gutsbesitzerssohn, 20 Jahr alt, welcher seinen Militärdienst in 2 Jahren antritt. Er ist in der Landwirthschaft aufgewachsen, hat eine landw. Schulbildung genossen u. eine zweijähr. Lehrzeit beendet.
Gefl. Offerten an d. Exp. d. Bl. sub R. Z. 72 erbeten.

Zur Beaufsichtigung von 4 Gespannen wird ein tüchtiger **Hofmeister** für ein Baugeschäft gegen hohen Lohn gesucht.
Reinhold Röhr in Weimar.

Ein junger Mann, gelernter Materialist, mit Comptoir-Arbeit en vertraut, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, bei bescheidenen Ansprüchen per 1./5. cr. oder später Stellung.
Gefl. Off. nimmt die Exped. d. Bl. unter F.10. an.

Zwei Herren suchen für die Sommermonate, vom 15. Mai ab, in **Wittekind** ein freundlich möblirtes Zimmer mit Kabinet. Offerten mit Preisangabe befördert die Expedition dieser Zeitung unter G. H. 1800.

Sehr gut empfohl. Inspektoren, Verwalter, Aufseher, Hofmeister, Gärtner, Schäfer suchen per sofort u. 1. Juli Stellung.
Landwirthschaftl. Beamten-Verein in Halle a. d. S., gr. Märkerstr. 7.

Ein Sohn **achtbarer Eltern** mit **guter Schulbildung** findet in unserem **Cigarren- und Tabakgeschäft,** verbunden mit **Fabrikation,** als **Lehrling** Stellung.
B. Schmidt & Co.,
gr. Ulrichstraße 37.

Eine perfekte **Glanz-Plätterin** sucht noch etliche Herrschaften. Näheres **Fleischergasse 39.**

Frisch eingetroffen:
Helgoländer Austern,
Birkhühner,
Haselhühner,
Schneehühner,
ungar. Poularden,
frischer Seedorsch,
Kieler Fettbücklinge,
grosse geräuch. Silberaale
bei
Julius Bethge.
Leipzigerstraße 2.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818830421 2-11/fragment/page=0010